

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis ... wöchentlich 28 Pfg. ... Einzelne Nummer 5 Pfg. ...

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Rußland und Japan.

II. (Schluß.)

Rußlands Rivale in Ostasien, Japan, hat sich mit beispielloser Schnelligkeit aus einem nach außen hermetisch abgeschlossenen Feudalstaate ...

Diese zwangsweise Öffnung Japans für den Handel und die Mission führte nun zur völligen politischen Umgestaltung des Landes. Die eigentliche Regierungsgewalt des Landes lag bisher in den Händen des Shogun, des mächtigsten der Vasallenfürsten ...

Mit einem Heere zog er gegen die abtrünnigen Daimios zu Felde, wurde aber geschlagen und derartig bedrängt, daß er in einem Kloster Zuflucht suchte. Er wurde nun in aller Form abgesetzt, zugleich aber wurde der Krieg gegen seine Anhänger mit solchem Nachdruck fortgesetzt, daß der Kaiser gegen Ende des Jahres 1868 seine Macht im ganzen Lande befestigt hatte.

Das Shogunat war nunmehr gestürzt, aber die Hoffnungen der großen Feudalherren auf Erringung einer größeren Unabhängigkeit gingen gleichwohl nicht in Erfüllung. Der Kaiser, der ja die Geschäftsfähigkeit der Macht der Daimios hinlänglich kennen gelernt hatte, bemühte vielmehr die erlangte Machtstellung dazu, die der Vasallenfürsten endgültig zu brechen. Er hob das erbliche Lehnsrecht der Daimios auf und verwandelte damit, ähnlich wie seiner Zeit Ludwig XIV. Frankreich, Japan aus einem Feudalstaat in eine absolute Monarchie.

Welch gewaltige Entwicklung seitdem Japans Handel und Industrie erfahren hat, mögen einige Zahlen beweisen. Japans Handelsmarine repräsentierte

Table with 3 columns: Year, Export, Import, Zusammen. Shows trade data for 1892 and 1902.

Eine Industrie im modernen Sinne existierte vor 1870 in Japan überhaupt nicht. Selbst die heutige Seidenfabrikation Japans nahm ihren Ausgang von einer haatlichen Mülserfabrik, die 1872 unter Leitung eines Franzosen mit 200 Arbeiterinnen eröffnet wurde.

1899 3047 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Glasfabriken mit mehr als 10 Arbeitern betrug in dem gleichen Jahre 43, die Zahl der Arbeiter 1612.

Japan besitzt gegenwärtig eine Reihe großer Werften. Die dem Marineministerium unterstellte Werft in Yokohama, die 1866 gegründet wurde, beschäftigte 1901 4907 Arbeiter.

Auch eine Anzahl von Maschinenfabriken besitzt Japan. 1897 gab es 22 derartige Fabriken in Tokio und 26 in Osaka. Mit der Steigerung des Eisenbahnverkehrs wurde auch die Schaffung großer Waggonfabriken notwendig.

Die Entwicklung von Industrie und Handel entspricht auch der Entwicklung der Eisenbahnen. Die Länge des Eisenbahnnetzes erhöhte sich während des letzten Jahrzehntes von 1621 auf 4025 Meilen.

Table with 2 columns: Year, Passengers. Shows passenger numbers for 1890 and 1901.

die Menge der beförderten Güter

Table with 2 columns: Year, Tonnage. Shows cargo tonnage for 1890 and 1901.

So erstaunlich aber auch Japans wirtschaftliche Entwicklung ist, sie stellt immerhin erst einen Anfang dar. Der Export Japans beschränkt sich auf seidene Fabrikate und Halbfabrikate, Baumwollgarn, Streichhölzer, Matten, Porzellanwaren, Tee, Reis, Kampher, Steinsöhlen und Kupfer.

Kun aber ist Japan auch derart dicht bevölkert — auf den Quadratkilometer kommen in Preußen nach der Volkszählung von 1900 nur 99, in Deutschen Reich 104 Einwohner, in Japan 118 Einwohner, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß ein großer Teil der Bodenschätze Japans aus vulkanischen Gebirgen besteht — daß es ihm ein Bedürfnis ist, einen Teil des Geburtenüberschusses an Kolonien abzugeben.

Zu all diesen wirtschaftlichen und nationalen Momenten kommt nun noch die drohende politische Gefahr des Vordringens Rußlands hinzu. Nicht nur, daß Rußland Japan um den Preis des siegreichen Krieges von 1894/95, den Südtel der Mandchurie, geprellt hat, Rußland hält bereits Korea unklammert und ist zweifellos bestrebt, auch die Stadwostok und Port Arthur trennende Halbinsel früher oder später in seinen Besitz zu bringen.

Wir sehen also: Japan hätte den triftigsten Grund, sich Rußlands Vordringen entgegenzustellen, so lange sich das Machtverhältnis noch nicht allzusehr zu seinen Ungunsten verschoben hat. Läßt es sich jetzt mit allerlei kleinen Konzessionen abgeben, so hat es voraussichtlich das Spiel endgültig verloren.

Ueber den Ausgang des Konflikts läßt sich mit Bestimmtheit freilich trotz alledem nichts sagen. Der Krieg oder der Rückzug Japans hängen schließlich von der Energie und dem Einfluß der japanischen Kriegspartei ab, von Triebkräften also, deren Wirksamkeit sich schwer aus der Ferne beurteilen läßt.

Japan gegen ein Schiedsgericht?

Die Meldungen von der Möglichkeit einer Vermittlung zwischen Japan und Rußland durch andre Mächte werden von der „Morning Post“ in einem anscheinend von der japanischen Botschaft ausgehenden Artikel in einer Form zurückgewiesen, die jedes Mißverständnis ausschließt.

männer keine mögliche Grundlage für eine solche Einmischung entdecken können. Sie haben ihr festes Wort gesprochen, indem sie Ansprüche aufgestellt haben, die ein unüberwindliches Minimum darstellen. Eine Einmischung würde nur thöricht sein, falls beide Seiten bereit wären, Zugeständnisse zu machen; da aber Japan seine Stellung gründlich erwogen hat, bevor es seine Sache darlegte, und fest entschlossen ist, bei seiner Entscheidung zu beharren, ist keine Aussicht für eine Vermittlung anderer Mächte vorhanden.

Eine Intervention Amerikas?

Nach einer Washingtoner Meldung der „Morning Post“ ist es gewiß, daß hohe amtliche Stellen in Washington sich mit einer Anregung beschäftigen, wonach für Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan, falls möglich unter Mitwirkung von Deutschland und Frankreich, die Zeit gekommen wäre, Rußland eine Konferenz vorzuschlagen, auf welcher die Rechte Rußlands und der anderen Nationen in der Mandchurie, die internationalen Handelsrechte und die Militärmacht, die Rußland in der Mandchurie zu halten hätte, abgegrenzt werden sollen.

Soul, 22. Januar. (Meldung der „Agence Havas“.) Eine chinesische Truppenabteilung wird hier erwartet. Nach ihrer Ankunft werden alle Legationen, mit Ausnahme der belgischen, die neben der französischen liegt, geschäftig sein.

Japan läßt in Tschumulpa beträchtliche Mengen von Kriegsmaterial landen, mehrere hundert Kisten mit Artilleriemunition sind bereits an Land gebracht.

Ueber die japanische Garnison in Soul, 800 Mann Infanterie, 50 Kavalleristen und 2 Batterien, wurde heute in der Nähe der Stadt eine Parade abgehalten, an die sich Schießübungen angeschlossen.

London, 22. Januar. Die „Times“ veröffentlicht eine Aufstellung ihres Korrespondenten in Peking über die Stärke der russischen Truppen, die östlich des Baitalsees stehen. Nach seiner Berechnung beläuft sich die Stärke der Truppen auf 2115 Offiziere, 147 479 Mann und 296 Geschütze.

Ferner meldet die „Times“ aus Tokio, daß es wahrscheinlich notwendig werde, die in Wladiwostok lebenden Japaner, die dort viel unter den Russen zu leiden hätten, von dort fortzuholen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar.

Der Reichstag

hatte sich am Freitag mit der Wahl des Abgeordneten Will, der in Stolp-Lauenburg mit einigen 500 Stimmen Mehrheit gewählt ist, zu befaßen. Geschäftsordnungsmäßig haben die Abteilungen des Reichstags diejenigen Wahlen zu prüfen, bei denen kein Protest vorliegt.

Die Debatte über den Serbistatist, der zur ersten Lesung stand, hielt sich in engen Grenzen. Der alte Wunsch des Reichstages, daß mit dem neuen Serbistatist auch eine neue Regelung der Wohnungsgeld-Zuschüsse vorgenommen werden solle, ist unerfüllt geblieben.

Das gleiche geschah mit dem Entwurf, der das bestehende Friedenspräsenz-Gesetz auf ein Jahr verlängert. Die sieben Heisen lange, höchst komische Begründung besagt bekanntlich, daß diese einfache Verlängerung nur deshalb vorgeschlagen wäre, weil der Reichstag in der laufenden Session bereits über eine Reihe umfangreicher und wichtiger Vorlagen zu beschließen habe.

*) Vergl. Nr. 11 vom 14. Januar.

Der deutsche Sozialismus vor dem Ausland.

London, 20. Januar. (Eig. Ber.) Die Reichstags-Debatte über die sozialdemokratische Anfrage wegen der russischen Spionewirtschaft in Deutschland wurde hier von den Morgenblättern in einer heftigen Debatte ausgedehnt wiedergegeben. Nur die „Times“ hatten einen ausführlichen Bericht, den sie in einem Leitartikel besprechen. Das Blatt sagt: „... Eine Debatte fand gestern im deutschen Reichstage statt, die auch nach einer andern Richtung hin zeigt, daß die Regierung „Preußen-Deutschlands“ sich höchst bereitwillig zeigt, ihren „östlichen Nachbar“ entgegenzukommen. Herr Haase, der sozialistische Vertreter Königsbergs, befragte das Ministerium wegen der organisierten Tätigkeit russischer Spionepolizei innerhalb des Deutschen Reiches. Es scheint, daß der russische Gesandtschaft in Berlin ein Beamter beigegeben ist, dem ein ganzer Etat untersteht und die Aufgabe hat, über die russischen „Anarchisten“, die so unklar sind, in Deutschland ein Netz zu legen, zu wachen und zu berichten. Allem Anscheine nach sind es die Studenten, denen die außerordentliche Sorgfalt gewidmet ist; wenn die in der Debatte gemachten Angaben richtig sind, zeigt die deutsche Regierung ein Entgegenkommen, wie es die Exekutive eines zivilisierten Staates den Bediensteten einer fremden Macht in der Regel nicht zeigt. Sie erklärt, verschaffen sich die russischen Agenten Eintritt in die Wohnungen verdächtiger Russen, untersuchen ihre Papiere und Papiere, besetzen die deutschen Hausbesitzer, ganz so, als würden sie in Kiew oder Rischinow und nicht in Berlin operieren. Wenn die russische Polizei die Ausweisung der „Anarchisten“ verlangt, so werden sie, wie Baron v. Richthofen beständig, an die russische Grenze gebracht, wo die russische Polizei wartet und ihnen jene „Gerechtigkeit“ widerfahren läßt, die in Ausland politischen Söldnern zu teil wird. Wie mehrere Redner erklärten, bedeutet dies tatsächlich eine Auslieferung, ohne — wie es scheint — jede gerichtliche Verhandlung in Deutschland, und obwohl ein Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland nicht existiert. Baron v. Richthofens Antwort hat die Opposition nicht befriedigt, nicht einmal den Centrumredner, und kein Engländer wird davon überrascht sein. Alle unzufriedenen Russen werden in Deutschland als „Anarchisten“ beschrieben, und wie Herr Schrader erklärte, müssen Vorgänge wie in Finnland und Kischinow Injustizigkeit erzeugen. Baron v. Richthofen berichtigte, die Lage des russischen Agenten in Berlin mit der der fremden Agenten in London zu vergleichen, die die internationalen Anarchisten überwachen. Er sollte doch wissen, daß dieser Vergleich irreführend ist. Wir haben keine Vorliebe für Anarchisten, aber in England ist jeder Mensch, sogar ein Anarchist, berechtigt, eine anständige Behandlung von den Gerichten zu verlangen und zu erhalten. Er sagte, die deutsche Regierung werde auch fernerhin verdächtige Personen an die Grenze abschieben. Daran zweifeln wir nicht. Aber wir zweifeln sehr, ob dieser unwürdige Versuch, sich die Petersburger Gunst zu erkaufen, bei der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes Anklang finden wird.“

In Frankreich geht man mit den russischen Spiegeln nicht so glimpflich um, wie in Deutschland. Dem „D. Z.“ wird aus Paris telegraphiert:

Hier lebende russische Arbeiter und Studenten halten allwöchentlich eine Versammlung in einem Kasino des dreizehnten Arrondissements ab, wo Vorträge und Reden gehalten werden. Gestern entdeckten sie im Saale drei Spiegel. Die drei Vorführen schickten auf den Abort, wo sie ihre Notizbücher in die Senkgrube warfen. Sie wurden aber hervorgeholt und gezwungen, auf das Podium zu steigen, und dort öffentlich ausgefressen. Sie wurden photographiert und alle Anwesenden zogen mit höhnischen Zurufen an ihnen vorüber. Schließlich warf man sie hinaus. Die Pariser Polizei mußte die Exekution dulden, sie protestierte nur schwächer.

Käme so etwas in Berlin vor, man würde die Russen nicht nur an die Kofalen Väterchen ausliefern, sondern sie vorher noch wegen der verübten schweren Verbrechen — Hochverrat und Majestätsbeleidigung gegen die Agenten einer befreundeten Macht oder dergleichen — hart prozessieren. —

Laurahütte. Das Reichsgericht hat am Freitag das Urteil der Strafkammer in Weiden wegen der Laurahütter Katastrophe wegen formaler Verstöße aufgehoben und an die Vorinstanz zur Überweisung. Es hatten 27 Verurteilte Revision angemeldet, die in 22 Fällen mit prozeßualen, in fünf Fällen mit materiellen Beschwerden begründet war. Der Reichsanwalt beantragte in 22 Fällen Aufhebung des Urteils der Vorinstanz wegen Gesetzesverletzung, da es von einer nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Ferienstrafkammer gefällt sei. Der Senat hob das Urteil in allen 27 Fällen auf. —

Die Freikonservativen gedenken die Wahlrechts-Erforschungen, die ihr Führer v. Jellich angeregt hat — wir machten davon in voriger Nummer Mitteilung — sich zu eigen zu machen und entsprechende Anträge im Landtag einzubringen. Ferner liegt es, wie die „Post“ mitteilt, in der Absicht ihrer Partei,

„bei denjenigen Fraktionen, mit denen bisher in Bezug auf den Erlass eines Schuldotations-Gesetzes zusammengearbeitet worden ist, die Einbringung einer dringlichen Auforderung an die Staatsregierung anzugehen, ohne Verzug einen bezüglichen Gesetzesentwurf in Verbindung mit Vorschlägen zur Ausgleichung wenigstens der größten Härten und Ungleichheiten in der Befassung der verschiedenen Schulverbände mit Schullasten und in der Höhe der Dienstleistungen der Lehrer vorzulegen. Die kommissarische Beratung eines solchen Antrags würde zugleich die erwünschteste Gelegenheit bieten, Klarheit darüber zu schaffen, ob Aussicht auf eine Befriedigung über diejenigen Fragen des inneren Schulrechtes, insbesondere über die konfessionelle Einrichtung der Schule, vorhanden ist, deren Verbindung mit dem Schuldotationsgesetze von den Konservativen und dem Centrum gefordert wird.“

Quasibareil am preussischen Wahlrecht, um es den privilegierten Klassen angenehmer zu machen, und weitere Verwirklichung des Volks-Schulwesens — das sind die ersten Pläne der freikonservativen Reaktion. Das etablierte der Wahlsysteme hat seine Schuldigkeit getan und seine Kreaturen gehen an die Ausnützung ihres „Sieges“. —

Der neue Zolltarif und der preussische Etat. Wie bereits mitgeteilt, enthält der Etat der Verwaltung der indirekten Steuern für 1904 erhebliche Mehrforderungen, die in dem neuen Zolltarif begründet sind. Es sollen die Beamtenstellen vermehrt, die Stellen der vorwiegend mit Zollabfertigung betrauten Beamten zweckmäßiger eingeteilt und besondere Anstalten für die Ausbildung der Beamten auf dem technischen Gebiete errichtet werden, um eine richtige und schleunige Zollabfertigung auch für die Zukunft sicher zu stellen. In der dem Etat beigegebenen Denkschrift wird darüber gelaugt, daß durch den neuen Zolltarif eine sehr große Mehrarbeit entstehen wird, nicht nur wegen der Vermehrung der zollpflichtigen Waren, sondern auch deshalb, weil unter den zollpflichtig werdenden Gegenständen solche sind, die, wie Stroh, Heu, Federvieh, Obst, Pfastersteine, auch stets in großen Mengen aus dem Auslande eingeführt werden, und weil bei vielen Waren, die jetzt nach dem Rohgewicht verzollt werden, künftig das Reingewicht ermittelt werden muß. Ferner wird ein

60 Unteroffizieren und Gemeinen zur Ausfüllung für das Kanonenboot „Habicht“, dessen Besatzung sich zum größten Teil in Karibib befindet. Hierzu kommt noch ein Eisenbahn-Detachement von 66 Mann, so daß dieser erste Schah sich an insgesamt 813 Mann beläuft. Diesen Truppen sollen im Anfang des nächsten Monats weitere 500 Mann folgen. Rechnet man hierzu den Abfuhrtransport von 230 Mann, der sich bereits unterwegs befindet, als der Krieg ausbrach, so beläuft sich das Extratruppenaufgebot für Südwest-Afrika auf circa 1600 Mann. Damit scheint freilich die Mobilmachung noch nicht erschöpft zu sein, denn die „Neue Hamburger Börse“ berichtet über Truppentransporte für Südwest-Afrika folgendes: Der Dampfer „Emilie Wörmann“, welcher von Lagos nach Swakopmund unterwegs ist, ist nach Duaba in Kamerun beordert worden, um von dort Truppen, Munition und Geschütze abzuholen. Der Dampfer „Eduard Vohlen“, welcher den Dienst zwischen Swakopmund und Kapstadt versieht, und gewöhnlich Port Kolloth anläuft, ist am 20. Januar von Swakopmund direkt nach Kapstadt gegangen, um auch von dort Mannschaften, Proviant und Munition zu holen. Von den in Swakopmund befindlichen Hereros sind etwa 300 Mann mit dem Dampfer „Eduard Vohlen“ nach Kapstadt befördert, und zwar als letzte Abteilung der Minenarbeiter für die Witwater Rand Labour Association in Johannesburg. Auf der Reise von Swakopmund liegt zur Zeit der Dampfer „Helene Wörmann“. Die Vorbereitungen für den Transport mit dem Dampfer „Adolf Wörmann“ am 30. d. M. sind in vollem Gange.

Nach dieser Meldung scheint es, als ob man auch einen Teil der kameruner Sautruppe in Südwest-Afrika verwenden wollte. In Kamerun befinden sich außer 100 weißen Offizieren und Unteroffizieren 1000 Mann farbiger Soldaten und Polizisten. Aber selbst wenn nur die von Deutschland abgegangenen resp. noch abgehenden 1000 Mann in Frage kämen, würden die bewilligten 2½ Millionen direkter und indirekter Kriegsausgaben bei weitem nicht ausreichen!

Nach der Meldung der „Hamb. Börse“ sind 300 Hereros als Minenarbeiter nach der Kapkolonie verschifft worden. Ob die Leute sich freiwillig haben anwerben lassen, oder ob man einen sauberen Druck angewendet hat, die Leute, die man, wie seiner Zeit gemeldet wurde, gleich Gefangenen auf Schiffen isoliert hatte, auf bequeme Art loszuwerden?!

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz

Nach heute nacht aus Swakopmund eingegangenen telegraphischen Nachrichten haben die gestern mit der Eisenbahn entlassenen weiteren 20 Mann S. M. S. „Habicht“ mit einem Maschinengewehr und einer Revolverpatrone Karibib erreicht. Die Stationsgebäude in Ohahis und Habis sind zerstört. Mit der Reparatur der Bahn jenseit Karibib ist begonnen. In einem Patrouillen-gesicht bei Andas ist ein Unteroffizier — Name nicht bekannt — verwundet worden. Eine größere Anzahl von Eingeborenen soll dabei gefallen sein. Aus Omaruru liegen Nachrichten vor vom 18. d. M., wonach die Besatzung dort 50 Genesene zählt. Sie hat sich gut verhalten und hofft, sich halten zu können. Ueber die Kolonne Jälow liegt in Swakopmund keinerlei Nachricht vor.

Ueber die Ursachen des Hereros-Aufstandes

Schreibt Dr. Förster in der „Deutschen Tageszeitung“: „Durch die Zeitungen sind allerlei Nachrichten über den äußeren Anlaß der Empörung gegangen. Es ist von wenig Belang, an welcher Stelle und zu welcher Zeit das Feuer ausbrach, das längst verheult glühte und das zur offenen Flamme zu entfachen eine Kleinigkeit genügt. Der Aufstand der Hereros ist die Folge ihres Ingrimmes darüber, daß ihr Besitz an Land in die Hände der Weißen übergeht. Immer mehr eingeengt als zum Teil wechselfähig treibendes Viehzüchtervolk durch die Verordnungen der Regierung, den teilweise Verlaufs ihres Landes, verschuldet an die weißen Händler, die allzu freigebig im Kreditgeben waren, kämpfen sie jetzt den Verzweiflungskampf um ihre wirtschaftliche Existenz und Selbstständigkeit, denn selbständig waren sie bisher, da man es nicht gewagt hat, sie zu entwaffnen.“

Dr. Förster giebt dann auf Grund der amtlichen Denkschriften eine Darstellung der Art, wie man die Eingeborenen um Land gebracht hat. Das Verfahren war ein sehr einfaches. Man erklärte einfach gewaltige Komplexe, die noch das relativ beste Weideland enthielten, für „herrenlos“. Das geschah schon vor einem Jahrzehnt. In neuerer Zeit nahmen die Entleerungen überhand. Von der Bahnlinie Swakopmund und Windhuk, die durch den besten Teil des Landes geht, wurden die Hereros immer mehr zurückgedrängt, so daß sie schließlich begriffen mußten, „daß man sie nach dem unwirksamen Osten abdrängen will“. Zu diesen Entleerungen kam dann noch die ungeheuerliche Ausweidung durch die Händler:

„Zu guter Letzt kommt noch eine sicherlich recht gut gemeinte Verordnung vom Herrn Reichskanzler v. Bülow vom 23. Juli 1903, gegeben zu Norderny, die bestimmt ist, die Hereros für die Zukunft zu schätzen, die aber sozusagen dem Falsch den Boden wird ausgeschlagen haben in ihrer unerwarteten, aber recht natürlichen Wirkung. Sie bestimmt, daß Forderungen an Eingeborene (nach einem bestimmten Formular) nur innerhalb zwölf Monaten einbringbar sind. Die Folge bei der Anzahl von Schulden der Eingeborenen war, daß eine ehrsüchtige Anzahl von Klagen mit allen ihren Folgen anhängig gemacht wurde. Ich ersehe aus einer Notiz in der „Südwest-Afrikanischen Zeitung“, daß von den stauffelnten zum Gebrauch nicht weniger als 106 000 Exemplare dieser Formulare bestellt sind. Man wird sie ja wohl nicht alle auf einmal verwandt haben, aber die Zahl läßt tief blicken. Endlich soll hier nochmals erwähnt werden, daß durch die neue Bahnlinie Swakopmund — Omaruru — Otavi, die man im Begriff ist zu bauen, den Hereros im Interesse der Otavi-Gesellschaft wiederum ein namenge Land wird verloren gehen, so daß die Sachlage für sie hoffnungslos ist.“

Zum Verständnis des Obigen muß man sich der Ausführungen des Kolonialdirektors Dr. Stübel erinnern. Stübel erklärte bekanntlich, daß die Regierung zum Schutz der Hereros geplant habe, das Klagerrecht für die Schuldforderungen der Händler aufzuheben, die in ungläublicher Weise die Eingeborenen zum leichtfertigen Kreditnehmen provozieren. Infolge des Enttäuschungssturms der biedereren Händler aber verstand man sich zu dem Kompromiß, eben zu der Bülowschen Verordnung, die Einlagefrist der Forderungen auf ein Jahr zu verlängern. Die Folge dieser vermeintlichen Schutzmaßregel waren dann Massenpfändungen, die unter dem ohnehin deminuierten Viehbestand der Hereros zweifellos fürchterlich ausgeräumt haben werden.

Also: Land- und Viehraub in notdürftig legitimierter Form waren, wie wir richtig vermuteten, die Ursachen der Erhebung! —

Kann es ganz anders kommen. Der Kriegsminister bestritt zwar, daß „Bedeutendes“ geplant sei; aber was einen Kriegsminister als inbedeutend erscheint, kann vom Volk schon als schwere Last empfunden werden. Wir werden, wie Genosse Hebel erklärte, die Vorlage ablehnen. Das Centrum will sich in der Budgetkommission vom Kriegsminister über die weiteren Pläne beruhigen lassen, bevor es der Vorlage zustimmt. Wir können aber sicher sein, daß es jedes Verhüttungspulver mit größter Bereitwilligkeit verschlucken wird. Die Debatte wurde durch die Rede eines neugewählten konservativen Abgeordneten, des Oberst v. Clemm, der Heiligenbeil und Brenschick-Gelau vertritt. Er sollte die schriftlich fixierte Erklärung seiner Fraktion dem Hause übermitteln und litt an dem krankhaften Ehrgeiz, die wenigen Zeilen auswendig herzusagen. Leider hatte er aber schlecht memoriert — er holte sich sein Zettelchen aus der Westentasche — und so entstanden in seiner Rede fortwährend beängstigende Pausen, die von dem heiteren Lachen der Linken angefüllt wurden. So kamen auch die Kriegserzürners-Phrasen, die den Schluß bildeten, ganz um ihre Wirkung.

Am Montag beginnt die zweite Lesung des Etats mit dem Etat des Reichstags und dem Etat des Innern. —

Die verstaatlichte Spalotterie.

Als die preussische Regierung durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung der Welt die traurige Nachricht verkünden ließ, daß der Zeltungsabritant August Scherl wegen der gegen ihn gerichteten Angriffe sich von der Mitwirkung an der Spalotterie zurückgezogen habe, vertateten wir im Gegensatz zu dem Optimismus der übrigen Presse die Auffassung, daß jene offizielle Darstellung keine Todesnachricht, sondern eine Geburtsanzeige darstelle. An das von der Presse herausgelesene „Begräbnis erster Klasse“ glaubten wir aus triftigen Gründen nicht.

Eine Regierung, die den Mut befehlen hat, Verträge mit einem durch Korruption der öffentlichen Meinung zum Millionär gewordenen Emporkömmling abzuschließen, die diesen zum Regenten eines gewaltigen, auf den Spieltrieb spezialisierten, staatlich unterstützten Verwaltungsapparates zu machen, würde, so meinen wir, wahrhaftig nicht vor dem doch minder skandalösen Unternehmen zurückstehen, die Spalotterie und die „Sprechstelle“ in eigener Regie zu übernehmen. Der von August Scherl der Regierung eingeblaufene Gedanke war denn doch zu verführerisch, als daß sie ihn, wegen eines überdies lediglich aus Konkurrenzgründen erhobenen Prehlärms fahren ließe. Durch das sinnreiche Mittel der mit der Sprechstelle und der Lotterie verbundenen Spalotterie erhielt die preussische Regierung mit einem Schlage Millionen der kleinen Kapitalisten zur Verfügung und gewann zugleich einen Weisensfonds zur Vernichtung der öffentlichen Meinung, bei dem der Witz war, daß die zu stürmenden selber die Mittel für Freiführung und Verbannung aufbringen mußten. So herrliche Zwecke opfert man nicht leichtfertig eßigen, interessierten Papieraufstreb!

Jetzt kommt nun in der That — unsere Auffassung bestätigend — die Nachricht, daß die Regierung keineswegs die Scherlsche Idee ausgegeben habe. Die Spalotterie soll verstaatlicht werden. Das heißt: Beamte des Staates werden die Spargelder abholen, der Staat selbst wird den kleinen Sparern die Zinsen ihrer Einlage einfließen und sie dafür erstens mit der süßen Karrenhoffnung des großen Lotes und zweitens mit einem Gratissblatt entschädigen, das den feinsten Geist des Wilow-Nebelbadaischen Ministeriums in jede Hütte trägt. Man hegt jetzt die Hoffnung, daß der Landtag eine solche Vorlage ablehnen würde. Das ist möglich, wenn auch nicht sicher. Offenbar haben gerade diese Bedenken wegen des parlamentarischen Scheiterns die Regierung veranlaßt, August Scherl vorzuschicken und so unter dem Schein eines Privatunternehmens und mit Umgehung der konstitutionellen Garantien den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch jetzt noch die Regierung nach einem Ausbrottmittel sucht, um die Sache auf dem Verwaltungswege zu organisieren und der Notwendigkeit entgehen zu sein, die verfassungsmäßigen Körperschaften um ihre Genehmigung zu eruchen. Vielleicht erscheint eines Tages eine große private Spalotterie-Gesellschaft unter staatlicher Protektion auf dem Plan, welche den Panamismus der Neptilien-Spalotterie in System bringt. Dann bedarf man des Landtags nicht.

Man wird also nach wie vor damit zu rechnen haben, daß durch die Spalotterie in der einen oder der andern Form die Wiedergeburt des Weisensfonds geschieht. Man will die echten Spargroschen einsammeln und dafür die Falsifikation einer offiziellen „Sprechstelle“ gewähren.

Die Sozialdemokratie verfolgt diese neue Methode der Sozialistifizierung, die doch nur eine neue Verfallerscheinung des herrschenden Systems darstellt, mit boshaftem Vergnügen. Diese kompromittierenden Spielereien verraten doch nur die Unwissenheit, Unentschlossenheit und die innere Ohnmacht der Herrschenden. Ein Dreddenne Blatt bringt gerade lustige Offenbarungen über die grenzenlose Naivität unserer regierenden Strategen gegen den Umsturz. Der „Dresdener Anzeiger“ erzählt nämlich:

„... Es wird allgemein behauptet, die Regierung verspreche sich von der geplanten Verbandszeitung, der sogenannten „Sprechstelle im Dienste des öffentlichen Lebens“ Wunderdinge. Die würde in Kreise dringen, wo sonst nur sozialdemokratische Blätter gelesen würden, und mit dem „Umsturz“ wäre es eines schönen Tages dank dem Scherlschen Spar- und Präventionsplan zu Ende. Diese Vision mutet der königlich preussischen Staatsregierung allerdings eine große Naivität an, aber sie ist nach dem, was ich vor Jahr und Tag von sozusagen „bestunterrichteter Seite“ höre, nicht so unwahrscheinlich. Ja, besawerte mich einmal bei einem Herrn, der auf die amtliche Nachrichtenvermittlung Einfluß hat, über die für die erste Prese verkehrende Vorzugung, die das Organ Scherls und Holabods erfahre. Da zog der also Apotrophierte die Schultern hoch und sprach: „Sehen Sie, der Minister (gemeint war Herr v. Hammerstein) sagt, der „Lokal-Anzeiger“ kostet der Sozialdemokratie jährlich schlicht gerechnet 30 000 Wähler. Das können Sie von sich doch nicht sagen. Ihr Blatt kommt an sozialdemokratische Kreise doch überhaupt nicht heran...“

Danach hätte die Sozialdemokratie seit den Wahlen von 1898 in Berlin „schlecht gerechnet“ 150 000 Wähler verlieren müssen.

Sobald aber ist die Wirkung der Lokalzeitung unbestreitbar: sie verknüpft jährlich schlecht gerechnet mindestens 30 000 bürgerliche Intelligenzen und macht damit den Gegensatz zwischen dem Proletariat und den kapitalistischen Klassen auch auf dem Gebiet der reinen Intelligenz immer größer.

Soll nun der „Lokal-Anzeiger“ Geist so oder so verstaatlicht werden — so ir können es nicht hindern, wenn es uns auch aus gewissen ästhetischen Erwägungen nicht sonderlich behagt, daß unsere Gegner geistig immer armlächer werden. Wir fühlen national genug, um solche Entartung auch der Bourgeoisie und den feudalen Schichten nicht zu wünschen. —

Der Hereros-Krieg.

Das für Südwest-Afrika bestimmte Marine-Expeditionscorps besteht nach den Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus 747 Mann — 30 Offizieren, 2 Stabsärzten und 156 Gemeinen, sowie aus

größerer Zeitaufwand bei den Abfertigungen dadurch bedingt werden, daß in dem neuen Tarif innerhalb der einzelnen Warengruppen noch keine Unterabteilungen vorgegeben sind und deshalb eine Staffelform der Zölle nach besonderen Merkmalen angeordnet ist, z. B. nach Gewicht und Fabriknummer bei einzelnen Geweben, nach dem Reingewicht der einzelnen Stücke bei Dampfmaschinen und Leder, nach dem Durchmesser bei Säulen und Draht, nach der Wandstärke bei Eisenröhren, nach dem Weingeistgehalt bei Weinen, nach dem Effigehalt bei Essig und nach dem Wert, Stoamaß und Alter bei Pferden. Abgesehen von dieser Mehrarbeit steigt auch die Handhabung des neuen Tarifs bei den Beamten ein technisches Wissen voraus, das durch die amtliche Tätigkeit allein nicht mehr in genügender Weise erworben werden kann. Die Vermehrung der Beamtenstellen an der Grenze wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Erhöhung der Zölle und die Vermehrung der Zahl der zollpflichtigen Gegenstände mehr als jezt zum Schmuggelverkehr anzuregen wird.

Cirkus. Die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte findet am 15. Februar im Cirkus Busch statt. Auf der Tagesordnung stehen neben den geschäftlichen Angelegenheiten Referate über „Unsere wirtschaftspolitische Lage“. Die Anwesenheit von weiblichen Angehörigen der Mitglieder darf, wie die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt, nicht gestattet werden. Es wird im Cirkus Busch am 15. Februar nicht sehr freudig hergesehen. Die Hoffnungen der vorjährigen Schauzeitung sind jäh zusammengebrochen, die Häuser des Bundes sind bei den Wahlen auf den Boden gerollt.

Reichstags-Ergebnis. Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahl in Donaukrud zählt für v. Bar (Welfe) 12 888, Wamhoff (naal.) 11 005 und Schrader (Soz.) 4900 Stimmen. Die Stichwahl ist auf den 1. Februar angesetzt worden.

Wegen Militärstrichter-Beleidigung hatte sich am Mittwoch der verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse Wilhelm Jander, vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Gegenstand der Klage war ein kritischer Artikel über das bekannte dramatische Heideberger Kriegsgerichts-Urteil, durch das einige badische Grenadiere wegen eines thörichten Märschrechtes zusammen fast 26 Jahre Gefängnis erhalten hatten. Jenem Urteil war ein zu gleicher Zeit von dem Kriegsgericht zu Ulm a. D. gefälltes Urteil gegen einen Lieutenant Freide gegenüber gestellt worden, der wegen erwiehener schändlicher Soldatenniederhandlungen zu der gelinden Strafe von 10 Wochen Zuchthaus verurteilt worden war, während man den Hauptmann v. Besseler-Zhaltingen wegen unterlassener Meldung der Soldatenniederhandlungen sogar freigesprochen hatte. Dieser Gegenstand in der Beurteilung militärischer Sünden veranlaßte die „Volksstimme“ zu scharf kritischen Bemerkungen. In ihnen erblühten die Generale des 13. und 14. Armee-corps eine Beleidigung der Militärstrichter des Heideberger und Ulmer Kriegsgerichts. Und zwar sei die Beleidigung darin zu erblicken, daß den betreffenden Kriegsgerichten die unverantwortliche Leichtfertigkeit bei Fällung der Urteile vorgeworfen wurde. Der Angeklagte wie sein Verteidiger bestreiten das zwar entschieden und erklärten, daß durch die Kritik nur das System der Militärstrichter gekennzeichnet werden sollte, aber das Gericht ließ diese Einrede nicht gelten und verurteilte Jander, der bisher nur mit Geldstrafen vorbestraft ist, zu einem Monat Gefängnis, indem es dabei von der Annahme ausging, daß durch die Weglassung wichtiger Beweisergebnisse in der Heideberger Verhandlung beim Publikum eine falsche Meinung über das Urteil erzielt werden sollte. Darin liegt eine Beleidigung der Militärstrichter zu erblicken.

Wir waren zu ängstlich!

Vor dem Schwurgericht in Köln stand der Fuhrmann Rymus unter der Anklage, wider besseres Wissen vor dem Gouvernementsgericht in Köln unter Eid angezogen zu haben, daß er von dem Unteroffizier Schiffer vom Feldartillerie-Regiment Nr. 44 in Trier im Dienst nicht mißhandelt worden sei. Wie die Vernehmung von drei Zeugen ergibt, ist Rymus unter allen Soldaten am schlimmsten mißhandelt worden. Der Unteroffizier Schiffer, der auch zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, schlug bei der geringsten Verfehlung mit dem ersten besten Gegenstand drauf los. Einzelne Soldaten sind vierzigmal von ihm geschlagen worden. Er ließ Soldaten eine Viertelstunde lang Anrede machen, und wenn die Leute matt wurden, schlug er sie, mitunter blutig und daß sie ins Lazarett aufgenommen werden mußten. In anderen Fällen mußten Soldaten bei Regenwetter aus dem Pferdemeist Strohhalme heraussuchen. Ein Winger sagt aus: Das Verdächtigungs-Instrument des Schiffer, der vor seiner Dienstzeit Wiederbrot war, sei Pferdegeschirr gewesen; aus purer Lust am Schlagen habe er geschlagen und sozusagen täglich die ganze Mannschaft geprügelt. Auf die Frage, weshalb er sich nicht beschwert habe, antwortet der Zeuge: „Wir waren zu ängstlich!“ — Ein anderer Zeuge behauptet: Niemand sei in Stalldienst versetzt worden; Schiffer habe in seiner Wut so drauf los geschlagen, daß er selber nicht mehr wußte, wohin er trat. — Ein dritter Zeuge sagt aus: Schiffer habe mit der Reitpeitsche oft draufgeschlagen und oft getreten; Ohrfeigen derbesten Art seien tägliches Brot gewesen.

Der angeklagte Fuhrmann bestreitet, wesentlich falsch geschworen zu haben; er habe infolge eines Unfalles einen Gedächtnisfehler; erst später habe er sich der Mißhandlungen wieder erinnert und selber Anzeige erstattet. Die Zeugen bestätigen, daß R. vergeblich und etwas blöde gewesen sei. Er hat aber zwei Jahre gedient und ist Gekreuzter gewesen. Der Verteidiger bezeichnet ihn als ein Opfer der Justiz; jene Subjekte gehörten auf die Anklagebank, die die Soldaten antreten ließen, ihnen zu reden verbieten und den Kadavergehorfam distanzieren. — Die Geschwornen verurteilten alle Schuldfragen. Darauf wurde der Angeklagte freigesprochen. Der Unteroffizier, der wegen Verleitung zum Meineid verfolgt wird, ist schuldig.

Das Oberkriegsgericht in Metz verwarf unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Vernehmung des Lieutenant Schilling vom 98. Infanterie-Regiment gegen das auf 15 Monate Gefängnis und Dienstentlassung wegen Mißhandlung in 968 Fällen lautende Urteil.

Staatsanwalt gegen Schwurgericht. Am 19. d. M. wurde von der Strafkammer des Landgerichts Zweibrücken die Beleidigungsklage des Obersten v. Knapau in Karlsruhe und des Majors v. Ledebur in Tansig verhandelt. Der Schuhfabrikant Ipsen in J. war bei einer Submission auf Lederabfälle durch das Karlsruher Militär-Bekleidungsamt, dem v. Knapau und zeitweise v. Ledebur vorgestanden haben, schwer geschädigt worden und hatte in einem Flugblatt das Verfahren des Amtes scharf kritisiert. In einem Begleitschreiben hatte er den Ausspruch „schlechte Handlungsweise“ gebraucht.

Nun gehören in Bayern die Freßhergehen vor das Schwurgericht. Das ist aus dem Staatsanwalt nicht unbekannt. Aber er mochte wohl auch glauben, daß bei der Lage des Prozesses kein Schwurgericht eine Verurteilung ausgesprochen hätte. Wie aus den Akten vorgetragen wurde, hat nun der Staatsanwalt den Strafanktrag auf die Beleidigung durch den Brief redigieren, da sonst die Klage vor das Schwurgericht komme und ein Schwurgericht nie zu einer Verurteilung kommen werde. Dieser eigentümliche Rat des bayerischen Staatsanwalts wurde befolgt und die Strafankträge, soweit das Flugblatt in Frage kommt, zurückgezogen. Damit wurde der Angeklagte dem Schwurgericht, vor das er ordnungsmäßig gehörte, entzogen. In der Verhandlung bestritt der Verteidiger die Zuständigkeit der Strafkammer. Das Gericht wird am 26. d. M. die Entscheidung über die Zuständigkeitsfrage publizieren.

Ausland.

Die Interpellation Delfor.

Die liberal-nationalistische Interpellation betreffend die Ausweisung des elsässischen Abgeordneten Delfor gelangte heute im

französischen Parlament zur Verhandlung. Gesamtlisch handelt es sich um ein Mandat, durch Entlassung des Chauvinismus das Ministerium Combes zu Falle zu bringen. Nicht im Namen der Freiheit, im Namen des Gastrechts protestiert die Rechte gegen die thörichte Ausweisung, sondern im Namen der „elsässischen Patrioten“, als deren Vertreter man Delfor ansieht. Auf die Freiheit können sich die Nationalisten schon deshalb nicht berufen, weil sie seiner Zeit die Ausweisung der elsässischen Abgeordneten Webel und Buch durchaus in der Ordnung gefunden hatten.

Die Regierung wird vermutlich den Schatz der ihrer Gegner dadurch zu durchkreuzen suchen, daß sie Beweise für die politische Doppeltzügeligkeit des nationalistischen Schüßlings Delfor erbringt, der in Frankreich den französischen, in Deutschland den deutschen Patrioten posierte. Ob sie die Ausweisung selbst zu verteidigen wagen wird, erscheint zweifelhaft, da es sonst den Radikalen und der Zurechtstufenden Gruppe der Sozialisten schwer werden dürfte, für die Regierung zu stimmen.

Ueber den bisherigen Verlauf der Sitzung meldet der Telegraph:

Saal und Tribünen sind dicht besetzt. Corrad des Effarts (Nationalist) begründet seine Interpellation über die Ausweisung des Abbe Delfor. Redner führt aus, der Vorfall in Lunville sei eine nationale Angelegenheit; er bespricht die Vorgänge, die sich vor der Ausweisung Delfors abspielten. Er erzählt, wie ein Specialkommissar Delfor, der bei ihm, dem Redner, wohnte, aufsuchte, um ihm den Ausweisungsbefehl bekanntzugeben und wie Delfor sich weigerte, das Schriftstück zu unterzeichnen, wobei er erklärte, daß er nur von guten Absichten befehle nach Frankreich gekommen sei. (Beifall in der Mitte und auf der Rechten.)

Redner erhebt dann für seine Person ebenfalls Einspruch gegen die Ausweisung (Beifall auf denselben Bänken) und dagegen, daß ein Elsässer in Frankreich als Ausländer bezeichnet werde. Er führt aus, mit welcher Freude und welcher Achtung diejenigen von den „elsässischen Brüdern“ empfangen würden, die ihnen vom Vaterlande sprächen. (Beifall rechts und im Centrum.) Die Regierung hätte dem französischen Patriotismus die Kränkung, die in der dem Abbe Delfor gegenüber ergriffenen Maßregel liege, ersparen können. (Beifall auf denselben Bänken.) Die Regierung hätte sich nur an die Veranstalter der beabsichtigten Verammlung zu wenden brauchen und diese würden alles geopfert haben, um sich und Delfor diese schmerzliche Kränkung zu ersparen. (Beifall rechts und im Centrum, Bewegung.) „Wir haben“, sagt Redner, „die Elsässer stets als unsere gewaltigsten vom Vaterlande getrennten Brüder angesehen. (Beifall rechts und im Centrum.) Sie haben mit einer Tradition gebrochen, gleichwie wenn Sie eine Hoffnung, einen Traum aus der Welt schaffen wollten. (Beifall auf denselben Bänken.) Die Persönlichkeit Delfors muß für die Verhandlungen gleichgültig sein. (Beifall rechts und im Centrum. Lebhafter Widerspruch links.) Contant (revolutionärer Sozialist) ruft: Er hat für das Kriegsbudget gestimmt. Corrad des Effarts führt fort: Die Kammer hat nur über die Maßregel der Regierung ihr Urteil abzugeben, die Persönlichkeit Delfors muß ausbleiben. Delfor ist einer von den Männern, welche in vornehmster Weise die Wünsche der elsässischen Seele verkörpern. (Bewegung.) Sie werden vielleicht versuchen, das parlamentarische Leben Delfors hier vorzuführen. (Unterbrechungen.) Contant ruft: Sie mißbrauchen die kostbare Zeit der Kammer. (Lärm.) Corrad wiederholt, da es sich nicht um die Person Delfors, sondern um die Maßregel der Regierung handle. Die beschimpfenden Verdächtigungen Delfors seien auf alle Elsässer zurück. (Beifall rechts und im Centrum.) Ueber die Empfindungen der Elsässer hier zu diskutieren, das hieße, sagt Redner, uns selbst verraten.

Zum Schluß seiner Rede bittet Corrad die Kammer, den Ausdruck für die nationale Einigkeit zu finden. Grosjean (Nationalist) führt aus, das ganze Lächerliche des Zwischenfalles liege in den Ausdrücken, in denen der Ausweisungsbefehl abgefaßt sei. Man habe den Elsässern eine Verleumdung, eine Schmach angethan. Man habe versucht, die Ausweisung Delfors zu rechtfertigen und bis zu dieser Stunde habe man auch versucht, die zu rechtfertigen, die die Verantwortung für die Ausweisung tragen; man habe sich nicht genügen lassen, hierfür die Presse zu benutzen, auch auf anonymem Wege habe man den Deputierten verführerische Mitteilungen über Delfor zugehen lassen. „Ich aber“, sagt Redner, „will in Delfor nur den Elsässer sehen“ (Bewegung), „und ich beuge die Hoffnung, daß man in diesem Hause das Unglück Elsaß-Lothringens nicht in den Schmutz ziehen wird.“ (Zwischenrufe auf der äußersten Linken.)

Frankreich.

Zum Fall Millerand.

Aus Paris wird telegraphisch gemeldet: Die sozialistische Gruppe der Kammer fasste einen Beschluß, in welchem der von dem sozialistischen Verbands des Seine-Departements gegen Millerand erhobene Vorwurf, er habe die Parteidisziplin verletzt, als unbegründet zurückgewiesen wird.

Man darf gespannt darauf sein, wie die Zurechtstufende Fraktion ihre seltsame Anfassung begründen wird.

Italien.

Große Unruhen werden aus Monciglione gemeldet. Dort demonstrierte die Bevölkerung gegen die vom Gemeinderat beschlossenen Steuern; die Mönche zog vor das Gemeindehaus, zertrümmerte die Türen, Fenster, elektrischen Lampen usw. Gendarmen und Truppen sind in erheblicher Zahl dort zusammengezogen. — Aus Bologna und auch aus Süd-Italien kommen Nachrichten von großer Arbeitslosigkeit. In Bologna zogen einige hundert Maurer durch die Straßen und verlangten Brot und Arbeit.

England.

Majestät Chamberlain. Dieser Tage fand in der Londoner Guildhall (der große Saal des Londoner Rathhauses) unter Vorsitz des Lord-Mayors eine große Versammlung statt, in der Chamberlain über seine Pläne sprach. Chamberlain wurde bei seinem Eintritt mit „königlichen Ehren“ empfangen, die Musik spielte: „God save the King.“ Chamberlain nahm diese Ehrungen unter herablassendem Lächeln und leichten Verbeugungen als ganz selbstverständliche entgegen. Es war dies die erste Rede, die der Exminister über seine sozialpolitischen Pläne in London hielt; eine Resolution zur Abstimmung zu bringen, war vom Lord-Mayor nicht erlaubt worden, und so konnte die Meinung der Londoner zu den Plänen Chamberlains nicht festgesetzt werden.

Rußland.

Peterburg, 22. Januar. Zur weiteren Ausarbeitung der Entwürfe neuer bürgerlicher Gesetze, welche der Minister des Innern auf Grundlage des Manifestes vom 11. März 1903 ausgearbeitet hat, sowie zu deren Auspassung an lokale Bedürfnisse befehlt ein kaiserliches Ukas, in den Gouvernements, in denen Landhauptleute funktionieren, und in den Gouvernements Aien, Polhymien und Podosien unter Vorsitz der Gouverneure Gouvernements-Veranstaltungen zu veranstalten. In denselben werden Vertreter des Adels, der Landtschaft, sowie andere Personen herangezogen, deren Beteiligung an den Beratungen mäßigend erscheint.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags entspann sich am Freitag bei der Beratung des Etats der Reichs-Eisenbahnen eine sehr lebhaft allgemeine Eisenbahndebatte. Es wurde von der falschen Kost in den Speisewagen der internationalen Schlafwagen-Gesellschaft und der elektrischen Beleuchtung der D-Züge, von der Ausrüstung der Wagen vierter Klasse und von den bayerischen Schnellzug-Wartelstätten, von Tunnelbeleuchtung und Klosettapparat und noch einigen andern Dingen geredet. Herr Minister Wulde zeigte sich den Anregungen zu Verbesserungen auf technischem Gebiete im allgemeinen nicht abgeneigt; hätte er nur halb soviel Verständnis für die Lage und Bedürfnisse der Eisenbahnproletariat! Der Referent der Kommission, Genosse Webel, war in der angenehmen Lage, bei den meisten Etatspositionen Bewilligungen beantragen zu können, da es sich dabei um Förderung wirklicher Kulturaufgaben handelt; im einzelnen beantragte er einige Absätze, da noch bedeutende Restbeträge aus den Bewilligungen des Vorjahres vorhanden sind. Bei der Beratung über die Forderungen zum Umbau des Bahnhofs in Metz werden die Verhandlungen abgebrochen. Am nächsten Dienstag legt die Kommission ihre Arbeit fort und wird sich dann dem Kolonialetat zuwenden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Aussperrung in der Filzschuhfabrik von Kusche. Wer noch leise Zweifel darüber hegte, ob die Entlassungen der Arbeiter in der Filzschuhfabrik von Kusche, Büschingstr. 8, auch wirklich auf die beabsichtigte Zerstörung der Organisation und Vohreduktion zu zurückzuführen seien, dem ist sicherlich durch die Vorgänge im Laufe der Woche auch der letzte Zweifel darüber gründlich genommen worden. Denn kann, daß Herr Kusche seine Arbeiter hinausgeworfen hat, führt er sich schon gemüßigt, nach Arbeitsskräften durch Annoncen in der „Volks-Zeitung“ und „Morgenpost“ zu suchen. Wir ersuchen besonders den Berliner Korrespondenten des Fabrikantenorgans „Der Schuhmacher“, dieses zu beachten, da derselbe in der letzten Nummer desselben die falsche Behauptung aufstellt, als hätte es sich bei den Vorgang nur um ein „Aussehen“ wegen Mangel an Beschäftigung gehandelt, und selbstverständlich, wie stets bei solchen Konflikten, dem Verein deutscher Schuhmacher wieder Streik- und Sperr-Terrorismus vorwirft. Glücklicherweise wissen auch wir zwischen „Aussehen mit der Arbeit“ und direkter Entlassung sehr wohl zu unterscheiden, und daß wir mit unseren Maßnahmen den richtigen Weg eingeschlagen haben, um die dunklen Mäntel des Herrn Kusche zu durchkreuzen, davon sind wir fest überzeugt.

Kollegen und Kolleginnen, haltet den Zugang streng fern.

Die Ortsverwaltung Berlin des Vereins deutscher Schuhmacher.

Zur Lohnbewegung der Einseher. In einer hoch besuchten Versammlung der Einseher (Sektion des Holzarbeiter-Verbandes und Lokalverein) erstattete gestern Abend Secse Bericht über die bisherigen Maßnahmen, die zur Anerkennung des den Unternehmern vorgelegten neuen Tarifs getroffen sind. Bekanntlich enthält der Tarif unter anderem die Forderung einer 5-10 prozentigen Lohnerhöhung.

Rum hat der Vorstand der Arbeitgeber geantwortet, er sei zu Verhandlungen nicht ohne weiteres kompetent, sondern müsse erst die diesbezüglichen Beschlüsse der am Montagabend stattfindenden Generalversammlung der Bauhilfswerkmeister abwarten. Um nun den Arbeitgebern den Beweis zu liefern, daß die Einseher bereit sind, erst als Mittel zur Erzielung einer friedlichen Verständigung zu erschöpfen, ehe sie zu dem äußersten Mittel, der Arbeitsniederlegung schreiten, beschloß die Versammlung, ebenfalls erst das Resultat der am Montag zu fassenden Meisterbeschlüsse abzuwarten und am Dienstag dann ihr ferneres Verhalten zu besprechen.

Die Vereinigung der Maler zc. hat auf ihrem letzten Verbandstage beschlossen, daß, wo mehrere Zirkale in einem Lohngebiet bestehen, dieselben sich zu verdammen haben. In Frage kommen hier mehrere Großstädte mit Vororten. In einigen dieser Orte ist man bereits an die Ausführung des Verbandstagsbeschlusses gegangen, in andern noch nicht. In Berlin besteht neben der 2000 Mitglieder zählenden Zirkale I noch eine Zirkale II, der nur die Ladirer angehören, ferner die Zirkale Charlottenburg, Kisdorf und Groß-Lichterfelde. Diese hätten sich nach dem Beschluß des Verbandstages mit der Zirkale Berlin I zu verdammen. Nachdem die Verdammenfrage in den Zirkalen seit einiger Zeit diskutiert worden ist, hat der Verbandsvorsitzende Zoller aus Hamburg infolge einer von Berlin an ihn ergangenen Aufforderung in den letzten Tagen Vorträge in den genannten Zirkalen gehalten mit dem Erfolge, daß zunächst die Zirkale Kisdorf und Groß-Lichterfelde die Verdammen mit Berlin I beschlossen haben. Am Donnerstag hat auch die Zirkale der Ladirer, nach einem Vortrage Zollers, den gleichen Beschluß gefaßt, unter der Voraussetzung, daß den Ladirern zur Wahrung ihrer besonderen Berufsinteressen ein gewisses Maß von Selbständigkeit als Sektion vorbehalten bleibt. Der Beschluß wurde mit 82 gegen 5 Stimmen gefaßt. Die Zirkale Charlottenburg umhat bis jetzt noch einen partikularen Standpunkt ein. Sie hat als einzige für Berlin und Umgegend noch abstoßende Zirkale die Verdammen mit 42 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Deutsches Reich.

Wegen Bedrohung von Arbeitswilligen fanden am Donnerstag vor dem Breslauer Gericht der Gauleiter der jüdischen Maurer, Genosse Adoler, der Vorsitzende des Breslauer Ortsvereins der Maurer, Widera, und ein weiterer Maurer, Namens Wened. Alle drei sollten durch Schimpftreden und Prügelandrohung zwei Hamburger Streikbrecher „beleidigt“ haben, sich somit gegen den § 153 veründigt haben. Der Staatsanwalt hielt alle von den heiligen Arbeitswilligen gemachten Angaben für erwiesen und beantragte gegen Widera 6 Wochen, gegen Köster 1 Monat und gegen Wened 1 Monat Gefängnis. Das Gericht traute den Streikbrechern diesmal aber nicht, die beiden Verbandsbeamten haben sicher nicht als Störenfriede auf den Bauten wirken wollen, sondern sich Mühe gegeben, um zu versöhnen. Sie wurden freigesprochen, Wened dagegen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Ein Neue Tadel für die Scharfmacher. Die jetzt von den Herren Scharfmachern in allen denkbaren Gewerben inszenierten Aussperrungen dienen bekanntlich samt und sonders dem Zweck, die Organisation der Arbeiter zu zerstören oder, wie die Herren sich ausdrücken pflegen, „der Sozialdemokratie eine Niederlage zu bereiten“. Daß durch jeden verlorenen Streik oder eine von den Unternehmern siegreich durchgeführte Aussperrung die Sozialdemokratie gewinnt, indem die Arbeiter von der Gewerkschaftsbewegung auf die politische Betätigung verwiesen werden, haben wir aus Anlaß der Aussperrung in Crimmitschau wiederholt nachgewiesen. Aber auch das Verbrechen der Herren, die gewerkschaftliche Organisation zu vernichten, wird durch die von ihnen in Scene gesetzten Ausperrungen nicht erreicht. In Kassel wurden bekanntlich im vergangenen Sommer sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt. Man verlangte von ihnen, sie sollten auf die streikenden Arbeiter einen Einfluß dahin ausüben, daß diese die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Also an Stelle der in südblichen Ländern so beliebten Generalstreiks eine Generalausperrung. Von den an der Aussperrung beteiligten Gewerkschaften liegt uns jetzt die Abrechnung der Zimmerer vor. Die Aussperrung kostete den Zimmerern und 20 000 M. Aber das Charakteristischste der Abrechnung ist wohl, daß die Mitgliederzahl des Verbandes in Kassel sich am Jahreschluss vor der Aussperrung belief auf 121, am Jahresabschluss nach der Aussperrung betrug sie 235, also beinahe das Doppelte. — So hat die brutale Aussperrungspolitik der Unternehmer die Arbeiterschaft zusammengeschmiedet.

Ein Crimittschau im Kleinen. In der Stadtbräuererei zu Glauchau sind die organisierten Brauer gemahregelt worden, weil sie eine Stunde Mittag verlangten.

Nachklänge von der Aussperrung in Crimittschau.

Wie selbst das Gericht die Arbeitswilligen einschätzt, trat in einer Verhandlung zu Tage, die sich gegen den Weber Mar Weber richtete. Dieser hat den Arbeitswilligen Hesse in der Fröblich'schen Gastwirtschaft dadurch beleidigt, daß er zu diesem äußerte: „Du alter Lumpen! kommst immer arbeiten. Du machst Sommer und Winter nicht.“ Der Anwalt beantragte, den Angeklagten auch wegen Vergehens nach § 153 der G.O. zu bestrafen. Der Zeuge beschwor seine Aussage. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Das Gericht erkannte an, daß der Zeuge keinen günstigen Eindruck gemacht habe und es zweifelhaft sei, daß der Angeklagte den Zeugen veranlassen wollte, die Arbeit zu verlassen.

Wie die Straßenpolizei-Verordnung wirkte, selbst ganz Unbeteiligten gegenüber, zeigte sich in dem Falle des Härberci-Arbeiters Jent. Dieser hat sich ein Vergehen gegen die Straßenpolizei-Verordnung, sowie wegen Widerstandes gegen die Polizei-Organe zu Schulden kommen lassen. Jent stand vor der Strafgerichtlichen Kammer und erwartete den Rest, da er ein krankes Kind hatte. Vom Gendarm Fröhlich wurde er verteidigt und als er der Aufforderung nicht Folge leistete, sistiert. Der Anwalt setzte er Widerstand entgegen durch Einstimmen mit den Jähren. Die Vernehmung ergab, daß die Angaben des Angeklagten der Wahrheit entsprachen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Verordnung zu zwei Mark, wegen Widerstandes gegen die Beamten zu zehn Mark Geldstrafe.

Die Gendarmen waren unbedingte Herren in Crimittschau. Wie berichtet seiner Zeit über einen Fall, in dem ein Arbeiter am Bahnhof von einem Gendarmen hingestoßen worden war. Der betreffende Arbeiter strengte gegen den Gendarm eine Klage an, wurde aber damit abgewiesen. In der Zurückweisung der Klage durch die königl. Staatsanwaltschaft in Zwickau heißt es:

„In diesem Verhalten des beschuldigten Gendarmen (des Gendarmen. Red.) ist eine strafbare Handlung nicht zu erblicken. Gendarm war nach der Bekanntmachung des Stadtrats zu Crimittschau vom 25. August 1903 verpflichtet, gegen das Stehenbleiben und Herandrängen Geislers sowie gegen die Ansammlung von Personen, unter denen Geisler sich befand, einzuschreiten, und er war weiter nach § 146 der Straßenpolizei-Verordnung für die Stadt Crimittschau berechtigt, den Anzeige-Erstatter Geisler zur Erhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung in und vor dem Bahnhof zu Crimittschau fortzuweisen. Da Geisler aber den deshalb getroffenen Anordnungen des Polizeibeamten nicht nachkam, vielmehr sein das Einschreiten des Gendarmen veranlassendes Verhalten fortsetzte und da Gendarm in dem gegen seine eigne Person sich richtenden Vorgehen des Anzeige-Erstatters mit Recht eine Aufsehung gegen seine Amtsausübung erblickte, so war der Beschuldigte befugt, die Durchführung seiner Anordnung durch Gewalt zu erzwingen. Die Art und Weise, in der er seinen Willen Geltung verschafft hat, erscheint durchaus angemessen und es würde auch dann nicht von einer Ueberschreitung der Amtsbefugnisse Gendarmen gesprochen werden können, wenn derselbe in der vom Anzeige-Erstatter behaupteten Weise gegen diesen eingeschritten wäre.“

Gegen den Gendarmen vorzugehen, fand also die Staatsanwaltschaft keinen Anlaß. Den Arbeiter aber, der sich naiver Weise beschwert hatte — verurteilte man zu einem Tage Haft wegen Vergehens gegen die Straßenpolizei-Verordnung!

Aus Industrie und Handel.

Große Berliner Straßenbahn. Wenn noch bisher ein Zweifel darüber bestand, ob die Große Berliner zu einer Kapitalerhöhung greifen werde, so ist dieser durch die gestrige Aufsichtsrats-Sitzung völlig gehoben worden. Nachdem die günstige Entwicklung der Westlichen Berliner Vorortbahn im letzten Jahr erörtert worden war, welche die völlige Tilgung der früheren Unterbilanz gestattet, ging man ohne Umschweife zur Frage der Kapitalvermehrung über. Daß eine Erhöhung des Kapitals nötig sei, wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, nur über die Art der Kapitalbeschaffung war man sich nicht einig. Die eine Gruppe möchte die Kapitalbeschaffung durch die Ausgabe von Obligationen, die andre möchte sie durch Begebung von Aktien bewirken. Zu einem Beschluß kam es nicht; die Frage soll noch erst näher geprüft werden, doch darf man wohl annehmen, daß es schließlich doch zur Auflegung neuer Aktien kommen wird, da nur dadurch der eigentliche Zweck der Kapitalerhöhung, die Verminderung des der Stadt zufallenden Gewinnanteils, erreicht wird. In der Sitzung wurde allerdings als Zweck der Kapitalbeschaffung die Regulierung der finanziellen Verhältnisse der Vorortbahnen, d. h. die Entlastung des Bahnkörper-Tilgungs-Fonds von den Aktien der Vorortbahnen, genannt. Gründe sind bekanntlich noch billiger als Brombeeren.

Die Gründung der neuen Petroleum-Gesellschaft, der wir in letzter Nummer erwähnten, ist schneller erfolgt, als man nach den in die Öffentlichkeit gedruckenen Nachrichten annehmen durfte; sie ist bereits am Donnerstag vor sich gegangen. In der offiziellen Meldung wird als Gegenstand des Unternehmens die Gewinnung, Verarbeitung und Verwertung des Erdöles und der daraus herzustellenden Erzeugnisse bezeichnet. Die Gesellschaft ist auch beauftragt, sich bei Unternehmungen im In- und Auslande, die sich mit der Petroleum-Industrie befassen, zu beteiligen. Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin. Das Kapital beträgt 20 Millionen Mark, wovon 8 Millionen Mark voll einbezahlt, die restlichen 12 Millionen mit 25 Proz. einbezahlt sind. Gründer sind die Deutsche Bank, der Wiener Bankverein, die Bank für Handel und Industrie, die Mitteldeutsche Kreditbank, die Nationalbank für Deutschland und die Firma Jakob S. Stern. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Max Steinthal (Vorsitzender), Moritz Laner (stellvertretender Vorsitzender), Konrad Otto Braunsfeld, Wilhelmer Geheimrat Dr. v. Jagannath, Assessor Dr. Kommann, Vorstandsvorsitzender Dr. Winkler, Geheimrat Regierungsrat A. Witting und Arthur Gwinner. Den Vorstand bilden die Herren Julius Jeller und Dr. Arthur Herz.

Welche Pläne die Gesellschaft verfolgt, ist noch recht dunkel. Um den Konkurrenzkampf mit der Standard Oil Co. aufnehmen zu können, ist sie zu schwach, besonders da die Diskonto-Gesellschaft, der es gelungen ist, die bedeutendsten der rumänischen Petroleumfelder an sich zu bringen, nicht mit zur Gründungsgruppe gehört; oder sollte die Gründung nur in der Absicht erfolgt sein, sich schließlich vorteilhaft von der Standard Oil Co. abfinden zu lassen?

Der Konkurrenzkampf zwischen deutschem und englischem Nähgarn. Zu dem kürzlich gemeldeten Anlauf der Sächsischen Nähfadefabrik normals A. Heydenreich durch die J. u. W. Coats Co. in Glasgow schreibt der „Confectionär“ nach einer Schilderung der Nachrichten letzterer Firma auf dem Weltmarkt:

„Die Firma war schon seit langen Jahren die gefürchtetste Konkurrenz auch der deutschen Fabriken. Aber in unserm eignen Lande erwehrt wir uns bisher mit Erfolg der Uebermacht der englischen Firma. Es wäre dies voraussichtlich auch selbst trotz der ungünstigen Situation der Heydenreich-Gesellschaft noch fernherhin möglich gewesen, wenn sich der geplante Zusammenschluß aller deutschen Nähfadefabriken hätte durchsetzen lassen. Aber die beabsichtigte Konvention scheiterte an dem Widerstande der Gögginger Fabrik, die — die erste der Branche in Deutschland — sich in keiner Weise binden wollte, da sie die Fessel einer Konvention bei ihrer glänzenden Prosperität für überflüssig erachtete. So konnte

mit Leichtigkeit eine Preisliste die deutsche Nähfadefabrikindustrie gelegt werden, durch die jetzt die englische Gesellschaft nach Deutschland kommt, um sich hier einzunisten. Der Schaden, den die deutsche Zwirn-Industrie durch diese Manipulation erleiden wird, ist vorläufig noch ganz unberechenbar, — er wird ganz enorm sein. Die englische Firma wird das Geschäft in Deutschland selbstverständlich zuerst einmal vollständig ruinieren — denn das ist ja der Zweck ihres Eindringens, sie will Alleinherrscherin auf dem deutschen Markte werden. Es wird jetzt ein Zwitterkrieg von enormer Heftigkeit entbrennen. Die Coats-Gesellschaft wird unentwegt ihr Ziel im Auge haben, das deutsche Geschäft an sich zu reißen. Hierfür wird sie erfahrungsgemäß zwei Mittel und Wege zur Anwendung bringen. Einerseits wird sie alle Preise, gleichviel auf welchem Niveau diese schon herabgefallen sind, konsequent unterbieten, koste es was es wolle, — andererseits wird sie gar zu unbedeutende Konkurrenten durch verlockende Kaufangebote aus dem Wege zu räumen suchen. Und es ist ein alter Erfahrungssatz: Wer Geld laßt, Man kann es einem durch die Uebermacht der Konkurrenz an den Rand des Abgrundes gebrachten Unternehmen nicht einmal verdienen, wenn es unter günstigen Bedingungen seine Selbständigkeit aufgibt. Die Gefahr ist sehr groß, und der Zusammenschluß aller Interessenten ist jetzt in verdoppelter Nähe notwendig. Noch ist es vielleicht Zeit Gegenmaßnahmen zu treffen.“

Wie es von seiten der englischen Konkurrenz „gemacht“ wird, zeigen die Verhältnisse in Oesterreich. Dort ist der Zwitterkrieg bereits entsetzt. Die Spulenzwinnpreise sind trotz der Baumwollaufkäufe von den englischen Fabriken und der mit ihnen stützten Aktiengesellschaft, der Vorländer Baumwollzwirnerei, wesentlich herabgesetzt. Angeblich haben diese Fabriken unter der Konkurrenz einiger in- und ausländischer Firmen zu leiden“. Selbstverständlich ist das nur ein — recht durchsichtiger — Vorwand. Gerade umgekehrt ist es der Fall gewesen. Die englische Invasion hat schon erfolgreich einige große und viele kleine Fabriken aus dem Wege geräumt. Auch der Beweggrund der diesmahligen Preisherabsetzung ist der, einigen kleinen, in Oesterreich neu entstandenen Fabriken sowie einigen ausländischen Erzeugern den Abzug unmöglich zu machen. Wenn man bedenkt, daß der jährliche Umsatz der isolierten Spulenzwinn-Fabrikanten, die angeblich so sehr unter der Konkurrenz zu leiden haben, 13 Millionen Kronen in Oesterreich allein beträgt, während der Gesamtumsatz aller andern Spulenzwinn-Fabrikanten in Oesterreich mit zwei Millionen Kronen kaum zu niedrig geschätzt werden dürfte, so ist es klar, daß davon keine Rede sein kann, daß die Vorländer und die mit ihr verbundenen englischen Produzenten irgendwie unter der Konkurrenz wesentlich zu leiden haben.

In die patriotische Jeremiade des „Confectionär“ einzustimmen fällt uns nicht ein. Dieser Konkurrenzkampf zwischen kleinen und großen Firmen mit dem Ergebnis, daß die großen die kleinen aufzehrt, gehört nun mal zu den Eigenheiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die das Blatt sonst liberal verteidigt. Daß es eine ausländische Firma ist, die diesmal sich als die stärkere erweist, ändert daran nichts. Wenn deutsche Firmen großbritannische auf dem englischen Markt unterbieten und dort ihr Absatzgebiet ausdehnen, findet sicherlich der „Confectionär“ das höchst erfreulich. Jedemfalls ist es vorteilhafter für die deutsche Volkswirtschaft, wenn die Coats Co. die deutschen Nähfadefabriken aufkauft und deren Betrieb fortsetzt, als wenn sie ihre Produkte von England aus auf den deutschen Markt wirft.

Abgesehen aber von dem in der Notiz des „Confectionär“ stehenden Profitpatriotismus sind die Ansichten des deutschen Nähgarnmarktes richtig geschuldet. Es sieht auf ihm ein Konkurrenzkampf zwischen deutschem und englischem Garn bevor, der noch manche Fabrik zu Fall bringen dürfte.

Vom Stahlwertverband-Projekt. Unter den Firmen, die für den geplanten Stahlwertverband in Betracht kommen, ist nach der Mitteilung der „Mittel-Weich. Ztg.“ offener Zwist ausgebrochen. Auf der einen Seite stehen die für den Zusammenschluß eintretenden Träger- und Holzzeugwerke, auf der andern Seite die vornehmlich Schienen- und Eisenbahn-Baumaterialien-fabrikierenden Firmen. Der erstgenannten, zur Gründung eines Stahlwertverbandes geneigten Gruppe gehörten ursprünglich 13 Werke an, nämlich Laderer-Hüttenverein, Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Gutehoffnungshütte, Förder-Vergewerksverein, Eisenwerk Hoesch, Rheinische Stahlwerke, Dortmunder Union, Vurbach, Röhring, Lombarder Hütte, Stumm, de Wendel und Feiner Walzwerk; diesen haben sich weiter angeschlossen: Differdingen, Döbelingen und Maximilianshütte, so daß also im ganzen 16 Werke dem Stahlwertverband zustimmen. Außerhalb des Verbandes stehen: Bochumer Gußstahlwerke, Georg-Marien-Hütte, Krupp, Phönix, Westfälische Stahlwerke, Gußstahlwerk Witten, Tümpel, Dillinger Hütte, Hooper Eisen und ferner die ober-schlesische Gruppe. Der Produktion nach umfassen die erstgenannten 13 Werke 4,8 Mill. Tonnen der Erzeugung, während die ursprünglich für den Zusammenschluß vorgesehene 20 Werke ungefähr 8 Mill. Tonnen Stahlerzeugung darstellten.

Die Absicht der geeinigten Werke geht nach den gestrigen Verhandlungen dahin, in der auf den 5. Februar angesetzten Sitzung möglichst alle Holzzeug- und Trägerwerke zu einer Kampforganisation gegen die ansehensreichen, größtenteils Schienen- und Eisenbahn-Oberbaumaterial-erzeugenden Werke zu vereinigen und auf diese Weise die ansehensreichen zum Beitritt zu zwingen. Ob das sich erreichen läßt, erscheint fraglich, denn es handelt sich bei den ansehensreichen Werken hauptsächlich um solche, die im Inlande wie im Auslande wegen der Güte ihrer Erzeugnisse einen guten Ruf haben und deren Material deshalb vielfach bevorzugt wird.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

In der „Leipziger Volkszeitung“ ist folgendes Inserat zu lesen: „Der Vorstand der Leipziger Orts-Krankenkasse beschuldigt die Leipziger Kerzte, durch zu ausgiebige Behandlung der Angehörigen der Mitglieder der Orts-Krankenkasse die Preise für die Einzelleistungen selbst herabgedrückt zu haben. Es wird deshalb hierdurch das hiesige Erziehen an die Mitglieder der Orts-Krankenkasse sowie deren Angehörige gestellt, soweit sie sich über zu ausgiebige Behandlung seitens der Krankenkerzte äußern zu können glauben, ihre Adresse und entsprechende Angaben behufs Bearbeitung des einschlägigen Materials an Dr. Kovis, Leipzig, Sophienstr. 34, part., einzusenden zu wollen.“

Ungeheuer schau! Nach einiger Zeit werden dann die Herren trümpfend mitteilen, daß sich kein einziges Kassennützlich gemeldet habe, das sich durch zu ausgiebige ärztliche Behandlung beschwert gefühlt hat. Auf dem Wege ist natürlich zu reichliche Behandlung nicht zu erweisen, sondern nur durch entsprechende sachmännliche Kontrolle der Kerzte und der Kranken, die an den zu vielen Einzelleistungen beteiligt sind, kann dies erwiesen werden. Uebrigens ist es sehr naiv sich anzustellen, als ob das nicht vorläme. Das wird ja selbst von Kerzten unumwunden zugegeben. Aus diesen ähnlichen citieren wir z. B. Dr. med. F. Grimm in Stuttgart „Mißstände der Kerzteversorgung“:

„Ebenso könnte es nichts schaden, wenn den Pointenjägern bei der Bezahlung der sogenannten Einzelleistung in den Topf gekaut würde, wenn sie bei einer regelrecht verlaufenden Influenza, wo ein ärztlicher Regierungsrat mit 8 bis 10 Besuchen zufrieden ist, ihre 40 bis 50 Krankenbesuche abfordern, ohne den Kranken einmal recht angehen zu haben.“

Oder Dr. med. Anke: „Die Krankenfrage“. Verlag der Arbeiterversorgung:

„Denn diese geforderte freie Arztwahl und Bezahlung der Einzelleistungen würde nicht nur verhängnisvoll für die Kranken-

lassen und den Staat, sondern auch für die Kerzte selbst kein Segen sondern ein Fluch werden. Dadurch würden die stärksten Motive geschaffen für die Produktion ärztlicher Einzelleistungen, das heißt der Charlatanerie.“

Wir können mit mehr aufwarten! In Köln führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis. Die Kerzte bestanden auf freier Arztwahl und die Kassenvorsteher lehnten das ab. Darauf lehnten die Kerztevertreter die weiteren Verhandlungen ab.

Der Regierungsvertreter teilte mit, daß die Aufsichtsbehörde nunmehr gezwungen sei, einzuschreiten, da nicht in genügender Weise für ärztliche Hilfe gesorgt sei. Das Einschreiten kann natürlich auch nicht in der Gewährung der freien Arztwahl bestehen. Die Kassen sind bereit, Kerzte gegen angemessenes Honorar anzustellen, die Kerzte sind jedoch durch Ehrenwerte und Konventionalkassen gebunden, keine Anstellung zu angemessenem Honorar anzunehmen.

Verfammlungen.

Die Tapezierer hielten am Mittwoch im Gewerkschaftshause ihre regelmäßige Quartalsversammlung ab. Nachdem Lohs ein ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung gegeben hatte, verlas der Kassierer Wolski die Abrechnung. In der Bilanz wurde eine Einnahme von 2105,82 M. erzielt, der eine Ausgabe von 2079,48 M. gegenübersteht. Mit Einschluß des früheren Bestandes ist ein Vermögen von 4628,77 M. vorhanden. Der Jahrestelle gehören gegenwärtig 650 Mitglieder an. Einer Anregung des Bibliothekars zufolge beschloß die Versammlung, die Bibliothek aus dem bisherigen Verlehrslokal nach dem Verbandsbureau im Gewerkschaftshause zu verlegen, um dadurch die Bibliothek den Mitgliedern zugänglicher zu machen und eine höhere Lesesziffer zu erzielen. Die Beschlusfassung über die außerdem noch vorliegenden Anträge wurde der vorgerückten Zeit halber bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Ausweisung

des Abgeordneten Delfor vor der Deputiertenkammer. Paris, 22. Januar. (B. L. B.) Olivier (liberal) führt aus, der Präfect des Departements Reurthe et Moselle suche vergeblich, die Wahregel zu rechtfertigen, die gegen einen Mann verhängt worden sei, der in Deutschland ein Beispiel treuer Erinnerung gebe. (Beifall rechts und im Centrum.) Redner fügt hinzu, der Ministerpräsident habe eine That begehen lassen, die er — Redner — eine Entweihung nenne und die andre als die schwerste aller Dummheiten bezeichnen würde.

Der Deputierte für Nancy, Ferri de Ludre (Nationalist), wirft der Präfecturverwaltung Parteilichkeit und Chilianeracht vor. Er könne nicht zulassen, daß man einen Elsäßer, wie Delfor, der in der Liebe zu Frankreich erzogen sei, als fremden Unterthan bezeichne. (Beifall rechts und im Centrum.) Der Ministerpräsident Combes erklärt, er wolle die Debatte wieder in einfachere Bahnen lenken. Er werde sich nicht an die Methode halten, welche hier angewendet worden sei, um dem absterbenden Nationalismus wieder ein wenig Prestige zu verschaffen. (Beifall links.) Combes verliest den Artikel eines Freundes des Herrn Delfor, in welchem erklärt wird, daß Delfor ein unabhängiger Abgeordneter sei und sich im Interesse der Religion mit den Thatfachen abgefunden habe. (Bewegung.) Somit sind Delfor und dieser Freund weder Franzosen noch Deutsche, sie sind eben nur Sachwalter. (Beifall links.) Sie operieren gemeinsam für die liberale Politik. Es ist also nicht die Wahrheit eines Faktums, was Corrad des Effacts zur Einmischung bewegen hat, sondern der Wunsch, die Regierung in Verlegenheit zu setzen. (Bewegung.) Lärm rechts, und diesen mehr oder weniger unglücklichen Vorfall für sich auszunutzen. Combes fährt fort: Sie haben den Nationalismus unter das Patronat Delfors gestellt. Ihre Art der Auffassung des Patriotismus ist ebenso lärmend wie großmäulig. Sie besitzen nichts von dieser stillen Trauer, die Gambetta im Herzen trug. (Beifall links, stürmische Protestrufe auf den Banken der Nationalisten.) Der Ministerpräsident giebt nun seinerseits an der Hand des Berichtes des Unterpräfecten in Luneville den Thatbestand wieder. Es folgt daraus, daß man ein großes Geheimnis um den Vortag, der stattfinden sollte, noch man hatte darum das Recht, in Erwägung zu ziehen, daß dieser Vortag nur die Fortsetzung der bei den in Luneville wohnenden Elsäßern begangenen Campagne war hinsichtlich der Municipalwahlen, daß Delfor gekommen war, um die Wahlpropaganda gegen den Maire von Luneville zu eröffnen, der der Konkurrent von Corrad des Effacts bei der Deputiertenwahl war. Man kann es bedauern, daß der Präfect von Nancy, ansatz zur Ausweisung seine Zustucht zu nehmen, sich nicht mit einer bloßen Drohung der Ausweisung begnügt habe, die vielleicht dieselbe Wirkung gehabt hätte. Im übrigen ist das Formular, dessen sich der Präfect bediente, ein seit 30 Jahren gebräuchliches. Man hat sich gegen die Worte „deutscher Unterthan und Ausländer“ gewandt, der Unwille ist ein sehr verheerender. (Beifall auf der Linken.) Seit dreißig Jahren tragen sämtliche Beschlüsse diese Ausdrücke. Sämtliche Minister haben sie angenommen. Unter diesen Ministern giebt es einen, der die Lage der Elsäßer gut geheißen hat, er hat das Elfaß mit einem Federzug gestrichen, hat den „deutschen Unterthan“ in dem Ausweisungsbeschlusse verschwinden lassen, aber hat an seine Stelle „geboren in Elfaßweil Deutschland“ gesetzt. Dieser Minister ist Ribot. (Beifall auf der Linken.) Ich verziehe nunmehr, weshalb er mich in der vorigen Woche aufzuforderte, die Tribüne zu besteigen. (Beifall links.)

Der Socialist Paul Constant protestiert gegen jede Art der Ausweisung. Er verziehe nicht, daß man jenseits der Grenze geborene Leute als Wilde betrachte, und mißbillige auch die unter Ribot bedredierten Ausweisungen. Sodann besteigt Ribot die Tribüne und hält Combes vor, er habe acht Tage lang die Akten durchwühlen lassen, um die Ausweisungsbeschlüsse zu finden, die er (Ribot) seiner Zeit gegen Verbrecher oder Strafgefangene erlassen habe und die von Beamten des Sicherheitsdienstes ausgefüllt worden seien. Niemand denke daran, aus dieser Frage, welche die zartesten Gefühle des französischen Herzens berührt, eine Kabinettsfrage zu machen. Er frage aber alle Deputierten, was man von einer Wahregel denken solle, die mit solcher Ungeschicklichkeit ergriffen worden sei, und frage weiter, ob sie nicht alle die patriotische Erregung billigen.

Sarrien beantragt im Namen der Linken eine einfache Tagesordnung, um dem Zwischenfall nicht eine Bedeutung zu geben, die er nicht verdiene. Diese Abstimmung werde eine Billigung der Erklärungen Combes' in sich schließen. Hierauf werden mehrere motivierte Tagesordnungen eingebracht. Combes spricht sich für die einfache Tagesordnung aus, die darauf mit 205 gegen 203 Stimmen unter dem Beifall der Linken angenommen wird.

Rußlands Antwort.

Köln, 22. Januar. (B. L. B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird heute von ihrem Petersburger Korrespondenten telegraphisch, wie ihm von russischer amtlicher Stelle mitgeteilt werde, sei die Ueberrückung der russischen Antwort an Japan nicht vor Sonntag zu erwarten.

Streik von Straßenbahnangehörigen.

Wrag, 22. Januar. Die Bediensteten der hiesigen elektrischen Straßenbahn sind wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

Wise, 22. Januar. (B. L. B.) In Anzien wurden fünf Maurer, die in einer Fabrik der Gesellschaft für Hochöfen einen Gasapparat errichteten, durch ausströmende Gase getötet.

Reichstag.

17. Sitzung. Donnerstag, den 22. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Bofadowitz, Hr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Prüfung der Wahl des Abg. Will (sonj.) im 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Köln (Stolz-Lauenburg).

Die VII. Abteilung beantragt Beweishebung darüber, ob die durch § 8 des Wahrgesetzes vorgeschriebene Veröffentlichung des Verzeichnisses der Wahlvorsteher, deren Stellvertreter, der Wahlbezirke usw. durch die zu amtlichen Publikationen dienenden Blätter richtig erfolgt ist.

Verichterstatter Abg. Deype (natl.) befürwortet diesen Antrag. Die betreffende Veröffentlichung befindet sich nicht bei den Wahlakten. Wahrscheinlich ist sie nur in einem Kreise des Wahlbezirks, im Kreise Stolz, erfolgt. Allerdings bestand in der Abteilung Meinungsverschiedenheit darüber, ob durch das Fehlen dieser Publikation die Wahl für ungültig zu erachten sei oder für vorläufig gültig erklärt werden könne. Abgeordneter Will ist mit einer Majorität von 570 Stimmen worden. Ich persönlich habe in der Abteilung die Ansicht vertreten, daß die Wahl der Wahlprüfungskommission zu überweisen sei, die Rechte entschieden sich aber dahin, selbständig den Antrag auf Beweishebung beim Plenum zu stellen. Es sind nun nachträglich noch die Zeitungs-Belegexemplare über die Publikation in zwei Städten des Kreises Stolz, nicht aber für den ganzen Kreis selbst, der Abteilung beigebracht worden.

Abg. Dr. Spahn (C.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich habe den Bericht so aufgefaßt, daß die Abteilung die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl ausgeht hat und zunächst die verlangten Beweise beigebracht wissen will. Da aber nachträglich noch für zwei Städte des Kreises Stolz die Beweise zur Stelle gebracht sind, so könnte der Reichstag wohl über das Bedenken der Abteilung hinweggehen und die Wahl für gültig erklären, zumal ein Protest dagegen nicht vorliegt.

Präsident Graf Ballestrem: Stellen Sie einen bestimmten Antrag?

Abg. Dr. Spahn (C.): Jawohl, auf Gültigkeit der Wahl.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen, dann über die Resolution der Abteilung.

Für den Antrag Singer erheben sich die Socialdemokraten, die freiwirtschaftlichen Gruppen, die Nationalliberalen und einige Centrumsdaggeordnete. Der Präsident erklärt das für die Mehrheit (Heiterkeit) und den Antrag für angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird auch die Resolution der Abteilung angenommen. Damit ist die Angelegenheit zunächst erledigt.

Die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1901 wird in erster Lesung debattiert.

So folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte.

Abg. Frick-Düffeldorf (C.): Meine politischen Freunde bedauern, daß die Regierung nicht, entsprechend einer Resolution des Reichstags, gleichzeitig mit dem neuen Servistarif ein neues Wohnungsgeldzuschuß-Gesetz vorgelegt hat. Andererseits bietet aber die Vorlage wissenschaftliche Vorteile gegen früher, namentlich für viele Orte des platten Landes. Dafür sind wir dankbar. Wir werden aber den neuen Servistarif nicht, wie die Vorlage will, bis zum 31. März 1913, sondern nur auf 3-5 Jahren bewilligen. Dann können in nächsten Jahr die Resultate der Volkszählung von 1905 und die Resolution wegen der Wohnungsgeldzuschüsse mit Berücksichtigung werden. Ich beantrage die Verweisung des Entwurfs an die Budgetkommission.

Abg. Höffel (Sp.): Der Entwurf entspricht freilich nicht ganz den Wünschen des Reichstags, besonders nicht der Wohnungsgeldzuschuß-Resolution von 1902, bietet aber im ganzen eine annehmbare Grundlage zu den Beratungen der Kommission.

Abg. Glöckner (fr. Bg.): Auch wir stimmen der Verweisung an die Kommission zu, haben aber materiell dieselben Bedenken, die Abg. Frick anspricht. Die Vorlage bietet keinen Fortschritt, sondern steht auf genau derselben Stufe wie der Entwurf von 1902. Sie bedeutet für eine ganze Reihe von Städten, u. a. für zahlreiche rheinische Städte, eine große Enttäuschung. Auch dieser Entwurf hat die Verbindung von Personalaris und Wohnungsgeldzuschuß beibehalten, obwohl der Reichstag 1907 und 1902 eine völlige Trennung dieser beiden Leistungen gefordert hat. Durch diese Verbindung entsteht eine solche finanzielle Belastung für das Reich, daß Heraushebungen der Ortsklassen von vornherein auf das engste beschränkt werden müssen. Meine Partei, ebenso die Nationalliberalen und das Centrum, vertritt schon lange den Standpunkt, daß man den Personalaris ganz aufheben und den Servistarif nur für Einquartierungsstellen bestehen lassen soll. Wir wollen damit die Militärpersonen nicht schädigen. In der Kommission wäre näher zu erörtern, welche Kompensation man ihnen für den Wegfall des Personalaris gewähren könnte.

In untern lebhaften Bedauern hat die Regierung, entgegen dem einmütigen Verlangen des Reichstags, ihren Standpunkt festgehalten, es bei der bisherigen Normierung der Wohnungsgeldzuschüsse zu belassen. Besonders für die unteren und die Subaltern-Beamten wird der Unterschied zwischen den Wohnungsgeldzuschüssen und den steigenden Mietpreisen immer größer. Seiner Zeit wies die Regierung darauf hin, daß die Gehälter der Beamten ja erhöht seien, aber durch eine allgemeine Gehaltserhöhung werden doch die Ungleichheiten nicht beseitigt, die infolge der verschiedenen Wohnungsverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Vaterlandes bestehen. Die Steuerzuschüsse entsprechen ja noch am meisten dem Wohnungsgeldzuschuß, sie sind aber nicht pensionsberechtigigt, und wir würden gern bereit sein, sie überhaupt aufzugeben, falls eine befriedigende Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse erfolgt. Der Termin des Inkrafttretens im Jahre 1913 ist schon deshalb viel zu spät gewählt, weil inzwischen die Beamten, die schwer unter der Lebensmittelerhöhung durch den neuen Soldatentarif zu leiden haben werden. Im Jahre 1878 hat Fürst Bismarck selbst erklärt, daß die Beamten wegen der Lebensmittelerhöhung durch den Soldatentarif von 1879 durch höhere Bezüge entschädigt werden müßten.

Ich habe wenig Hoffnung, daß es gelingen wird, etwas Brauchbares zu Stande zu bringen. Sollte der Versuch misslingen, so können wir jedenfalls alle Verantwortung ab. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Gerddorf (L.): Wir behalten uns unsere endgültige Stellungnahme vor, bis wir sehen, wie der Entwurf aus der Kommission herausgekommen ist. Vorläufig befriedigt er uns nicht im geringsten, vor allem, weil wiederum eine Veräußerung des Servis und des Wohnungsgeldzuschusses festgefunden hat. Den Termin des Inkrafttretens halten auch wir mit dem 1. April 1913 für viel zu spät gegriffen.

Abg. Dürwintler (natl.): Der Tarif bringt für das platte Land und kleine Städte, die durch Einquartierung stark belastet werden, eine gewisse Milderung. Andererseits erzeugt die Neueinteilung der Orte vielfache Enttäuschung. Für den Wohnungsgeldzuschuß darf nicht die Einwohnerzahl der Städte zu Grunde gelegt werden, hier kommen ganz andre Faktoren in Betracht.

Abg. Burdhardt (wirtsch. Bg.): Der Herr Vorredner hat darin durchaus recht, daß der Entwurf bei den Beamten große Enttäuschung hervorgerufen hat. Ich kann mich der Kritik der Vorredner nur anschließen.

Abg. Schrader (fr. Bg.): Alle Parteien sind einig in dem Bedauern, daß die Regierung den Weg nicht gegangen ist, den der Reichstag vor zwei Jahren für richtig gehalten hat. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Regierung wenigstens ihren abweichenden Standpunkt etwas ausführlicher begründen wollte, als dies in der schriftlichen Begründung geschehen ist.

Die Schwierigkeiten für die Regierung, den Weg zu betreten, den der Reichstag wünscht, verkenne ich nicht. Es ist aber zweifellos, daß Wohnungsgeldzuschuß und Servis nach ganz verschiedenen Grundfragen bemessen werden müssen. Ich glaube ja nicht, daß es dem Reichstag leicht sein wird, das Gesetz in der Form, wie es vorliegt, abzulehnen, die Vorlage wird also wohl schließlich angenommen werden, aber nur auf wenige Jahre. Hoffentlich wird es dann endlich zu einer wirklichen Revision kommen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Graf Bofadowitz: Ich bin selbstverständlich gern bereit, die Gründe der Regierung anzugeben, wollte aber erst die Einwände aus dem Hause gegen die Vorlage abwarten. Die Herren können sich darauf verlassen, daß die Resolution in Bezug auf Teilung von Servis- und Wohnungsgeldzuschuß sehr ernst von der Regierung geprüft worden ist, aber es ist uns leider bei dieser Prüfung ebenso gegangen wie dem hohen Hause. Wir haben keinen besseren Weg dafür gefunden. Das hohe Haus hat uns auch keinen Weg gezeigt. Der einzige Weg, der hier erörtert worden ist, man sollte die von jedem einzelnen Beamten wirklich gezahlte Miete zu Grunde legen, ist unumkehrbar.

Sollte aus der Mitte des hohen Hauses noch ein besserer Weg vorgeschlagen werden, so werden wir ihn selbstverständlich prüfen. Der Hauptentwurf gegen den Entwurf ist ja der, daß die Offiziere durch ihn bevorzugt würden. Ich möchte Sie dringend warnen, in rein mechanischer Weise die Einkommensverhältnisse der Offiziere gegenüber zu halten den Einkommensverhältnissen der Civilbeamten. Ich weiß mich wirklich vollkommen frei von einer einseitigen Verlangenschaft für den Militarismus, aber das muß man doch anerkennen, daß die Stellung des Offiziers innerhalb einer gebildeten, angestrebten Körperschaft eine wesentliche andre ist, als die Stellung des Civilbeamten. (Sehr richtig! rechts.) Der Offizier hat durch seine ganze Stellung, durch die Verpflichtung, Uniform zu tragen, außerordentlich viel Ausgaben, die der Civilbeamte nicht hat. Besonders die Verpflichtung, ein Pferd zu halten, legt vielen Offizieren manchmal ganz unübersehbare Opfer auf. Die Abstufung des Servis nach großen und kleinen Orten ist auch notwendig, denn es wird niemand bestreiten, daß im größeren an den Offizier in bezug auf die ganze äußere Erscheinung

viel weitergehende Anforderungen gestellt werden. Wir haben versucht, den vom Reichstag vorgeschlagenen Weg zu gehen, nämlich den Personalserwis mit dem Gehalt zu verbinden. Das konnte aber nicht durchgeführt werden, weil sonst in einer ganzen Anzahl von Ortschaften — wir werden Ihnen das in der Kommission für jeden einzelnen Ort nachweisen — die Offiziere gegenüber ihrem bisherigen Einkommen geschädigt werden würden. Nicht richtig ist, daß die Einwohnerzahl mechanisch für die Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses maßgebend gewesen ist. Wir sind gern bereit, in der Kommission für jeden einzelnen Ort die Gründe mitzuteilen, die für seine Einordnung in eine bestimmte Klasse maßgebend waren.

Wir haben mit der Vorlage eine ganze Reihe von Forderungen erfüllt, die bei der Beratung des früheren Gesetzentwurfs aus der Mitte des hohen Hauses erhoben worden sind. Ich gestehe allerdings zu, daß das Verhältnis zwischen Mietpreisen und Wohnungsgeldzuschüssen sich wesentlich zu Ungunsten der unteren Beamten verschoben hat. Aber ein Ausgleich dieser Differenzen müßte schließlich auf eine allgemeine Gehaltsverbesserung hinauslaufen. Um solche Ausgaben zu machen, muß man genügend Geld haben. In einer Zeit aber, wo unsere Wirtschaftspolitik dahin gekommen ist, daß wir Zuschußanleihen aufnehmen müssen, daß wir laufende Ausgaben mit Schulden tilgen müssen, muß man sich den Verhältnissen fügen und auf eine bessere Gestaltung der Dinge warten. Ich wünsche dringend, daß eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der unteren Beamten in den großen Städten und den Industriezentren sich ermöglichen lassen. Wenn wir das Geld haben, sind wir sehr gern bereit, diesen Wünschen in weitestem Umfange zu genügen.

Abg. Vattmann (Ant.) stimmt der Verweisung an die Budgetkommission zu und läßt einen Antrag an, die Stadt Kassel in die Klasse A zu versetzen.

Damit schließt die Diskussion; die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. Verlängerung des Friedenspräsenzgesetzes vom 25. März 1899 um ein Jahr.

Kriegsminister v. Einem mit einem Stabe von Offizieren betritt den Saal.

Abg. v. Giers (L.): Namens meiner politischen Freunde habe ich unserem Bedauern Ausdruck zu geben darüber, daß in der Vorlage nur eine einjährige Periode für die Feststellung der Friedenspräsenz in Aussicht genommen ist. Wir bedauern das um so mehr, als die Regierung wohl in der Lage gewesen wäre, den Reichstag früher einzuberufen und ihm Gelegenheit zu geben, schon früher in die Beratung dieses Gesetzes einzutreten, das alsdann sicher zur Verabschiedung gelangt wäre. Wir fürchten, daß die Parteien, die einer mehrjährigen Feststellung der Friedenspräsenz unfreundlich gegenüberstehen, die jetzige Vorlage später demagen werden, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Wir werden in diesem Jahre für die Vorlage eintreten. Ich bitte aber die Regierung dringend, uns im nächsten Jahre ein Gesetz mit einer mehrjährigen Friedenspräsenz vorzulegen.

Abg. Webel (Soz.): Der Vorredner hat sich gewundert, daß die Regierung die Friedenspräsenzstärke nur auf ein Jahr festlegen will. Voraussetzlich wird sie nächstes Mal mit einer bedeutenden Erhöhung kommen, und deshalb jetzt diese Vorlage. Ich habe nicht die Absicht, zu der eigentlichen Vorlage zu sprechen. Wir stimmen aus demselben Grunde heute gegen sie, aus dem wir vor fünf Jahren gegen sie gestimmt haben. Ich will nur meiner Verwunderung Ausdruck geben über die Art der Motivierung. Der Reichstag soll keine Zeit mehr haben zur Beratung einer größeren Vorlage. In andren Sesssionen sind wir in einer ganz andren Weise abgelenkt worden und das hat die verhandelten Regierungen nie abgehalten, Vorlagen von politischer Wichtigkeit vorzulegen. Und Militärvorlagen sind für die Regierung immer wichtig. (Heiterkeit.) Wie jetzt aber Militärvorlagen begründet werden, ist unglücklich. Man verlangt 1 1/2 Millionen zur Bekämpfung des Herero-Aufstandes. Weßhalb der Aufstand ausgedehnt sei, wisse man nicht. Man verlangt die Festsetzung der Friedenspräsenz nur auf ein Jahr, weil der Reichstag angeblich mit Arbeiten überhäuft ist. Und dabei hat er außer dem Etat vorläufig nur zwei Vorlagen zu erledigen, von denen wir die eine gestern, die andre heute beraten haben und die die Zeit des Reichstages schwerlich sehr in Anspruch nehmen werden. Die Session wird also vergleichsweise kurz sein. Wir müssen energisch dagegen protestieren, daß man uns blauen Dunst vormacht und müssen die wirklichen Gründe verlangen. Man will eine bedeutende Vermehrung der Friedenspräsenzstärke, vielleicht auch bedeutende organisatorische Veränderungen. Die können aber der demaligen Lage der Finanzen unter keinen Umständen erfüllt werden, und aus diesem Grunde und aus keinem andren hat die Regierung diese Vorlage gemacht. Wenn sie das einfach erklärt hätte, hätte ich kein Wort gesagt.

Abg. Frick (C.): Wir sind der Ansicht, daß es überhaupt zweckmäßig wäre, die Friedenspräsenz jährlich festzusetzen. Daher sind wir mit der Vorlage durchaus einverstanden. Die Begründung scheint auch mir wenig ausreichend zu sein. Sonst ist die Militärverwaltung nicht so rücksichtslos gegenüber den Arbeiten des Reichstags gewesen, sondern hat stets gefordert, was den militärischen Interessen entspricht. Ich hoffe, daß uns in der Budgetkommission einmütigere Meinungen eingeschickt werden über das, was im nächsten Jahre zu erwarten ist. Ich kann, ohne die Stellungnahme meiner Fraktion zu binden, schon jetzt erklären, daß, wenn die Vorlage im nächsten Jahre irgend welche ins Gewicht fallende Erhöhung des Quinquennals bringen würde, sie die Zustimmung meiner Freunde nicht finden würde. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Sattler (natl.): Wir haben stets betont, daß wir eine Bindung der Friedenspräsenz auf mehrere Jahre für durchaus notwendig halten. Daher erfüllt uns der Weg, den die Regierung in diesem Jahre eingeschlagen hat, mit Besorgnis. Wir sind auch für Kommissionsberatung.

Abg. Schrader (fr. Bg.): Die Motivierung der Vorlage geht uns nichts an, daß sie nicht zutreffend ist, davon sind wir alle mit einander überzeugt. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Es ist möglich, daß im nächsten Jahre eine Vorlage kommt, die uns nicht gefällt. Jetzt handelt es sich nur darum, das Gesetz zu Stande zu bringen, um vom 1. April an unsere Militärverhältnisse aufrecht zu halten und da uns keine neuen Lasten damit auferlegt werden, so haben wir gar keinen Anlaß, dem Gesetz zu widersprechen. Wir werden ihr wohl alle zustimmen mit Ausnahme meiner Freunde auf der linken Seite. (Rufe rechts: Freunde? Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Mir scheint die Sache ganz einfach so zu liegen, daß wir jetzt die Vorlage annehmen und uns alles übrige vorbehalten.

Kriegsminister v. Einem: Ich möchte dem Herrn Redner vom Centrum erwidern, daß ich hoffe, in der Budgetkommission Gelegenheit zu haben, mich darüber auszusprechen zu können, was die Vorlage des nächsten Jahres enthalten wird. Ich bin überzeugt, sie wird nicht das Bedeutenende enthalten, was Herr Webel erwartet.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Präsident Graf Ballestrem: Wir würden jetzt zur zweiten Beratung des Reichshaushalts-Etats kommen. Ich glaube aber nicht, daß es sich empfiehlt, dieselbe an einem Sonntag abzuhalten (Sehr richtig!) und schlage Ihnen daher vor, die nächste Sitzung zu halten Montag 1 Uhr mit der Tagesordnung: 2. Beratung des Etats und zwar Etat des Reichstags und des Reichsamts des Innern.

Schluß 3/4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Der Dresdener Parteitag und die sächsische Wahlreform.

Der sächsische Regierung, die im Jahre 1896, sieben Jahre vor dem Dresdener Parteitage, das damalige gleiche Wahlrecht abschaffte und damit die Arbeiterklasse vollständig von der Vertretung im Landtag ausschloß, hat es gefallen, sich jetzt für die Verweigerung des gleichen Wahlrechts auf den Dresdener Parteitag zu berufen. Durch diesen faulen Zauber hat sich die Chemnitzer „Vollstimmte“ zu einer argen Ungeschicklichkeit verleiten lassen, indem sie schrieb:

„In der Uebersicht, die die Denkschrift von den verschiedenen Reformvorschlägen giebt, wird die Forderung untrer Partei und der Freisinnigen nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht auf der Grundlage des Proportionalstems vornehmlich unter Berufung auf den Verlauf des Dresdener Parteitags abgethan als etwas, was für die sächsischen Verhältnisse nicht passe. Weil Bebel sich als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Staatsordnung bezeichnet und der Parteitag ihm zugestimmt hat, deshalb müsse das allgemeine gleiche Wahlrecht unbedingt verworfen werden, weil es Mittel und Weg zum socialdemokratischen Endziel sei. Nun, hätte Bebel jene Worte nicht gesagt und hätte der Parteitag anstatt „revolutionär“, „revolutionsfähig“ entschieden, so würde die Denkschrift das allgemeine gleiche Wahlrecht sicherlich aus einem andern Grunde ebenfalls unbedingt verworfen; immerhin beweist diese Verwertung des Verlaufes des Dresdener Parteitags durch die Regierung, wie recht unser Platz hatte, als es in der Kritik des Dresdener Parteitages dem Sinne nach äußerte, daß man dort unsern Gegnern Waffen verschafft habe. Die Wiedererlangung des gleichen Wahlrechts ist jetzt, nach dem Dresdener Parteitage, auf unabsehbare Zeit so gut wie ausgeschlossen.“

Es hieße die gemeinste Schmeichelei vor den Führern untrer Partei treiben, wenn wir den schweren Fehler, den die Redseligkeit auf dem Dresdener Parteitage begangen hat, bei dieser Gelegenheit nicht als das Bezeichnen wöhlten, was er ist.“

Wir sind gewiß nicht entzückt gewesen vom Verlauf des Dresdener Parteitages und haben das zur rechten Zeit auch gesagt, aber jetzt, wo es sich darum handelt, den Kampf gegen die Verweigerung des wichtigsten Volksrechtes, gegen die Majorisierung der Volksmehrheit durch eine Minderheit zu führen und durch rücksichtslose Aufhebung der in ihre Gründe der herrschenden Clique dem Volke die Augen zu öffnen, jetzt sich hinziehen und sagen: seht, das kommt davon, das mag dem künftigen Zuschauer eines netten Spieles als überlegene Objektivität wohl anstehen, dem Kampfe für die Rechte des Volkes dient eine solche Taktik jedoch nichts.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat bereits sehr scharf gegen die Auslassungen der „Vollstimmte“ protestiert und auch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hat sie entschieden zurückgewiesen. Wir erwarteten, die „Vollstimmte“ werde einsehen, daß sie einen Fehler gemacht, nachdem sie aber heute in Erwiderung auf die allerdings sehr heftigen Angriffe der „Leipziger Volkszeitung“ ihre Taktik als eine ganz besonders kluge noch zu rechtfertigen sucht, wollen auch wir mit unserer Meinung nicht hinter dem Berge halten. Jetzt gilt es den entschiedensten Kampf gegen die sächsische Reaktion; mit Klagen über Vergangenes schlägt man keinen Feind, am wenigsten einen solchen, der so strapalos von seiner Macht Gebrauch macht, wie die herrschende Clique.

Zur Stimmhaltung untrer Reichstags-Fraktion gegenüber der Nachtragsforderung zum Arzney gegen die Hereros schreibt die „Freie Presse“ in Elberfeld:

Wir müssen gestehen, daß uns der Beschluß der Fraktion nicht gefällt. Mag man auch zugleich betonen, daß unsere bisherige grundsätzliche Haltung zur Kolonialpolitik dadurch nicht alteriert werde, in Wirklichkeit ist das doch der Fall. Wir befürchten, daß das erste Schritt ist, die Kolonialpolitik auf halbem Wege mitzumachen, etwa in dem Sinne, den Bernheim schon längst entwickelt hat. Und von da bis zur Welt- und Kontinentalpolitik der Freisinnigen Vereinigung ist nur ein weiterer Schritt. Unter der Begründung, welche untrer Fraktion ihren Beschluß gegeben hat, werden sich eine ganze Anzahl weiterer Forderungen der herrschenden Klasse bewilligen lassen, welche die Partei bisher grundsätzlich abgelehnt hat.“

Auch die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ spricht ihr Bedauern über die Haltung der Fraktion aus.

Die Stuttgarter Gemeindevahlen.

In der Parteiverammlung, die sich mit dem Ausfall der Wahl beschäftigte, kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Der Vorsitzende des städtischen Komitees, Genosse Heymann, beschuldigte, so schreibt man uns von dort, in seinem einseitigen Referat die Redaktion der „Tagwacht“, daß sie Artikel in die Parteipresse lanciere, um sie dann als „Preßstimmen“ reproduzieren zu können, insbesondere rühre die scharfe Kritik in der Nummer vom 10. Dezember des „Vorwärts“ von dem Stuttgarter Korrespondenten des „Vorwärts“ her, der in der Redaktion der „Tagwacht“ sitze. Wir haben, meinte Heymann, es mit einem geschlossenen Kreis zu thun; diesen müssen wir überwinden, sonst sind wir verloren! Wenn in einem andern Artikel des „Vorwärts“ getadelt werde, daß die Kandidaten der Partei „als echte und rechte Vertreter des Mittelstandes“ empfohlen worden, so müsse gesagt werden, daß dieser Satz nur eine polemische Antwort an die deutsche Partei gewesen ist. Man könne nicht annehmen, daß der Schreiber des „Vorwärts“-Artikels so dumm gewesen sei, dies nicht zu merken; so bleibe nichts übrig, als bösen Willen anzunehmen. Der Ausfall der Wahl sei durchaus kein Beweis für die Unzuverlässigkeit der Volkspartei; denn die Zahl der unabgeänderten Stimmzettel sei gegenüber der letzten Wahl von 1906 auf 1947 gestiegen. Auch sei ein Flugblatt, welches das socialdemokratische Kommunalprogramm enthielt, am Tage vor der Wahl zur Verbreitung bestimmt gewesen. Man dürfe also nicht den Vorwurf erheben, daß keine prinzipielle Agitation geschrieben worden sei. Wenn leider (wie es sich in der Versammlung ergab), kein einziger der vier Redakteure der „Tagwacht“ und eine sehr große Zahl der Verammlungsbesucher von diesem Flugblatt und von vier andern Special-Flugblättern keine Kenntnis erhielt und von ihrem Erscheinen erst in der Versammlung erfahre, so sei daran die Nachlässigkeit der für die Flugblattverteilung angestellten Arbeiterlosen schuld. Zu dem Ausfall der Wahl habe auch die wenig glückliche Auswahl der Kandidaten beigetragen. In längeren und zum Teil sehr scharfen Ausführungen kommt Genosse Heymann sodann auf die Entwicklung der Proporzfrage zu sprechen, die einer Anregung des Genossen Sperka entsprang. Die in der „Tagwacht“ gemachten Darlegungen über den rein rechnerischen Charakter der Wahl weise er zurück und er möchte den Parteigenossen, der auf einen socialdemokratischen Vorschlag deutschparteiliche, konservative und Centrums-kandidaten setzen wolle, wie es die Befürworter des „freiwilligen Proporz“ wollen, nicht der Kritik einer Parteiverammlung aussetzen.

In der Diskussion wies Genosse Sperka darauf hin, daß es ein andres gewesen sei, der Volkspartei auf dem Rathhauser Wahlhelfe zu leisten, solange sie Minorität gewesen sei, und ein andres, wie jetzt, wo sie die absolute Mehrheit habe, mitverantwortlich zu machen für ihre Thaten, die die scharfe Kritik herausfordern. Das Wahlhindernis aber verurteile nur in der Agitation zum Schweigen; wir können die Wirtschaft auf dem Rathhauser nicht angreifen, wenn wir selbst der Majoritätspartei zur Verlängerung ihrer Alleinherrschaft freiwillig verheißt. Die Art, wie die Volkspartei bei dem Kompromiß die Socialdemokratie regelmäßig über's Ohr haue, müsse die Abneigung gegen das Kompromiß noch verstärken. Des-

halb sei bei ihm der Gedanke eines „freiwilligen Proporz“ aufgetaucht, den er in Besprechungen rein privaten Charakters mit Führern der Deutschen Partei erörtert habe. Es sollte auf Grund des Kräfteverhältnisses, welches die verlegte Gemeindevahl auswies, eine Aufteilung der Mandate an die verschiedenen Parteien erfolgen; dadurch wäre zwar die Deutsche Partei auf dem Rathhauser gestärkt worden, aber auch die Socialdemokratie; diese hätte statt eines Mandats, deren drei oder vier erhalten, und wäre infolge Verdrängung der Volkspartei aus der absoluten Majorität das Jünglein an der Wage geworden. Dann hätte sie ihre Macht gebrauchen können, während sie heute — selbst bei einer weiteren Verneuerung der Mandate — zur Ohnmacht verurteilt ist gegenüber der kompakten Majorität der Volkspartei.

Landtags-Abgeordneter Genosse Keil protestierte scharf gegen Heymanns Unterstellungen bezüglich des Artikels in der Parteipresse. Bei der durch das Listen-Wahlhelfe bedingten Ausschließlichkeit, allein etwas zu erreichen, sei er nicht gegen Kompromisse überhaupt; aber er könne ein politisches Zusammengehen weder mit der Volkspartei, noch mit einer andern Partei aus andern als aus rechnerischen Gründen befürworten, niemals aber aus politischer Zuneigung. In dem Augenblicke, wo die Volkspartei die absolute Mehrheit auf dem Rathhauser erlangt habe, müsse sich unsere Opposition gegen diese richten. Wenn wir eine Oppositionspartei bleiben wollen, müssen wir nicht nur bei den Gemeindevahlen socialdemokratische Politik treiben, sondern auch auf dem Rathhauser. Aber die Uebereinstimmung untrer Rathhauservertreter in sehr wichtigen Dingen ist leider zu vernachlässigen. Der zerfahrenen Rathhauser-Politik müsse ein Ende gemacht werden, damit man endlich einmal wieder zu einer einheitlichen, richtigen, proletarischen Taktik gelange. (Beifall.) Genosse Fischer erklärte sich mit den Darlegungen Heymanns vollständig einverstanden. Es sei falsch, die Volkspartei vollends nach rechts hinüber zu treiben.

Die Genossen Oster, Frey und Rudolph erklärten sich für nicht einverstanden mit der Art der betriebenen Agitation. Vetterer griff die „Tagwacht“ scharf an, weil sie gegen die Stegmüller-Reise, wie sie bei der diesmaligen Gemeindevahl unterlaufen sind, nicht genügend scharf Stellung genommen habe. — Um 1 Uhr nachts wurde die Versammlung abgedröckert und die Fortsetzung der Diskussion auf die nächste Woche vertagt.

Die Annahme des Genossen Heymann, daß die kritischen Artikel im „Vorwärts“ von Redakteuren der „Tagwacht“ herrührten, ist irrig. Keiner dieser Artikel stammt von einem Korrespondenten; es sind Redaktionsartikel, die geschrieben wurden auf Grund der Mitteilungen und Artikel in der „Schwabischen Tagwacht“. Daß uns von einer Agitation zu den Wahlen nichts bekannt geworden ist, kann man uns wohl nicht zur Schuld anrechnen, wenn nicht einmal das Parteiblatt und die Besucher der Parteiverammlung etwas davon erfahren haben. Sehr erheblich kann sie danach nicht gewesen sein.

In dem einzigen und bekannt gewordenen Aufrufe ist in der That von dreien der aufgestellten fünf Parteikandidaten nur gefogt, die Partei „präsentiere in ihnen drei echte und rechte Vertreter des kleinvererblichen Mittelstandes“. Es ist richtig, daß der Aufruf gegen den Vorwurf polemisiert, die Socialdemokratie wolle den Mittelstand vernichten, aber wir können den Vorwurf der Mittelstands-Vernichtung sehr wohl widerlegen, ohne uns als Mittelstands-Vertreter zu empfehlen. Und schließlich gehört zur Wahl-agitation noch etwas mehr wie die bloße Verwahrung gegen einen solchen Vorwurf.

Aus den Organisationen. Der socialdemokratische Verein Magdeburg hat jetzt rund 1600 Mitglieder, das sind seit dem 1. Juli 340 Zuwachs. Aus der Abrechnung geht hervor, daß die Landtagswahl den Verein 3200 M. gekostet hat.

Eine Kreisconferenz für den Reichstags-Wahlkreis Ugedom-Bollin beschloß die Gründung eines Wahlvereins für den ganzen Kreis mit dem Sitz in Jahnitz. Als Beitrag wurden 20 Pf. pro Monat festgesetzt.

Der socialdemokratische Verein in Offenbach hatte am Jahresabschluss 1530 Mitglieder gegen 1051 am Beginn des Jahres 1903. Die Einnahmen betragen 5089 M., darunter 3311 M. Beiträge.

Der socialdemokratische Verein in München zählt jetzt 3004 Mitglieder gegen 3132 am 1. April. Die Jahreseinnahme belief sich auf 24551 M., darunter 10306 M. an Beiträgen und Eintrittsgeldern; aus Darlehen werden 2970 M. und aus dem Reservefonds 1500 M. als Einnahme genannt, alles übrige sind reine eigne Einnahmen der Organisation.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt! Sonntagabend 5 Uhr findet im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103, eine Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Bartels seinen dritten Vortrag über „Das Erfurter Programm“ halten wird. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Um rege Theilnahme ersucht
Der Vertrauensmann.

Steglist. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Wählerlisten auch am kommenden Sonntag von 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags im Rathhauser, Zimmer 15, ausliegen.

Nieder-Schöneweide. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Franz, Grünauerstraße, die fällige Vereinsversammlung des Wahlvereins statt. Desgleichen werden die Parteigenossen ersucht, soweit sich noch Urania-Billets in ihren Händen befinden, dieselben abzuliefern oder den Betrag dafür abzurechnen, da noch anderweitig Billets verlangt werden. Die Gemeindevahl-Wahl-Listen liegen für unsern Ort im Gemeindehauser in der Zeit der Vorkaufstunden bis zum 31. d. M. öffentlich aus. Für diejenigen, welche keine Gelegenheit haben, die Listen nachzusehen, wird dieses von den Parteigenossen Paul Bengsch, Haselwerderstr. 2, sowie von Johann Franz, Grünauerstr. 5, besorgt werden.

Lokales.

Altberliner Zeitungspfadereien.

Wir haben uns bereits vor einigen Tagen mit dem lesenwertigen Buche von Constantius „Die Berliner Zeitungen bis zur Regierung Friedrichs des Großen“ beschäftigt und daraus nachgewiesen, daß die Demütigungen vor Kaufhaus altes Herkommen in Preußen sind. Aber ebenso alt sind die Scherereien, die an sich den Zeitungen in Preußens Hauptstadt bereitet wurden. Die ersten Spuren gedruckter Blätter sind aus dem Beginn des dreißigjährigen Krieges erhalten und aus derselben Zeit bringt der Verfasser auch Nachrichten über Censurmahnahmen. Auf eine Beschwerde des kaiserlichen Gesandten über Nachrichten in dem damaligen Berliner Blatt, die in Wien unangenehm empfunden wurden, verordnete der Kurfürst Georg Wilhelm,

das Man das Jenige ungedruckt lasse, was zu Vermuthen, das offenkundig erregen könnte, und las Allen das übrige gedruckt und was dergestalt Aufgefallen wird, doch wohl denen, welchen die gedruckte Avisen zugesandt, dabei geschrieben werden.

Im Jahre 1691 beschwerten sich die Berliner Geheimen Räte beim Rat zu Hamburg über die in der dortigen Zeitung über Brandenburg gedruckten „ausverkauften Lügen“; und bei dieser Gelegenheit wurde auch dem damaligen Berliner Zeitungsbruder Christoph Klinge von neuem der Befehl erteilt, nichts zu denken, so einem oder andern Potentaten anzüglich sein kann“ und seine Zeitung dem Cammer-Secretario zur Revision zu bringen. Doch scheinen diese Sicherheitsmahnahmen nicht genügt zu haben, denn in einer Verordnung vom 5. März 1692 befahl Kurfürst Friedrich Wilhelm dem erwähnten Buchdrucker, daß er sich von dato an des Druckes der Zeitungen durchaus enthalten solle.“

Lange Zeit scheint dies Verbot nicht bestanden zu haben, denn es finden sich schon aus dem nächsten Jahre wieder Reste

an Zeitungen. Im Jahre 1691 wurde der Geheimen Secretär Fischer als Censor bestellt und zwar mit der Weisung, daß er sich von dem Geheimen Räten Befehl holen sollte, wenn er „einigen Scheußel“ in einem Zeitungsblatt fände. Um die Wende des Jahrhunderts war trotz der Censurenemungen die Zeitungslehre so allgemein geworden, daß „man fast kein Handwerk's Mann, der des Lesens und Schreibens kundig ist, sich findet, der nicht gern wochentlich seine Zeitung lesen solle“. Das Zeitungslesen gab nach der Ansicht der Behörde „auch Gelegenheit zu allerhand unzüchtigen und ungebührlichen auch öfters in der Republicke schädlichen discursen und urtheilen“. Es schien mithin nötig, den Verkauf der Zeitungen in gewisser Weise zu beschränken, und da die „Köffen“ fast das ganze Kollieum der leitenden Post füllten, sollten sie zum Teil der fahrenden Post übergeschrieben werden.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts erhielt der Censor Anweisung, alles zu streichen, was die Ehre Gottes verlete, der christlichen Religion oder der gefunden Moral schaden konnte. Er durfte nicht zulassen, daß von der Regierung und hohen Obrigkeit verächtlich gesprochen wurde, und hatte darauf zu sehen, daß der schuldige Respekt gegen die höchsten Häupter gewahrt würde. Es durfte nichts gegen das Interesse des Königs und seiner hohen Alliierten gesagt werden, der Censor hatte auch ein vornehmliches Utheil über sündliche Handlungen zu unterdrücken und „ein vernehtes Gräbeln in den Geheimnissen des States“ nicht zu dulden. Sächelich hatte der Censor auch alles zu streichen, „woraus dem publico mehr schaden als nutzen erwachsen und die Leser mehr geärgert als erbauet werden möchten“.

Im Jahre 1713 wandte sich Friedrich Wilhelm I. in einem ungnädigen Dekret gegen den damals wie heute äppig wuchernden Byzantinismus. „Sie (des Königs Majestät) wolle nicht, daß wenn Sie kaum ertliche Stunden aus der Stadt reisen, oder das Geringste, was Sie hier nur vornehmen, gleich in den Zeitungen hier und anderswo gedruckt werden.“ Daß dieser Monarch im übrigen auf eine strenge Censur hielt, zeigen die Mitteilungen, die wir über seine Mahnahmen wegen der russischen Beschwerden veröffentlicht haben. Als am 14. Februar 1737 ein Lustspiel „Die Pöflichkeit im Pöflichkeit-Rode“ in der Zeitung angezeigt wurde, erregte dies solchen Anstoß, daß ein neues überaus strenges Censur-Edict erlassen wurde. Bis aber damals mit Freyju d e r n umgeprägungen wurde, lecht eine Mitteilung, die am 18. Dezember 1728 auf Befehl des Königs in die Zeitung gedruckt wurde:

„Es hat sich hierleibt ein betrügerlicher Mensch gefunden, welcher allerhand gottlose und grund-falsche Zeitungen, von hier an, an seine unwürdigen Korrespondenten und Gazetteiers geschrieben. Da er aber darüber ertarpet, und zur gebührenden Inquisition gezogen werden solle, hat sich derselbe des Nachts, zwischen dem 16. und 17. dieses, auf dem Bett liegend, aus Trüb seines bösen Gewissens, mit einem heimlich bey sich getragenen Federmesser entleibt.“

Wäge dieser tragische Fall heute noch allen, die eine gottlose Feder führen, zur Warnung dienen!

Das Berliner Fernsprechen hat jetzt die Zahl von fast 73000 Anschlüssen zu Anfang dieses Jahres erreicht. Die Zusammenstellung der Anschlüsse im Ober-Postdirectionsbezirk Berlin, wie sie alljährlich auf Grund der Fernsprechgebühren erfolgt, hat 72869 Haupt- und Nebenanschlüsse ergeben. In Betracht gezogen sind hier lediglich die Orte des Berliner Bezirkes, deren Teilnehmer im Fernsprech-Verzeichnis unter Alphabet gebracht sind. Die Anschlüsse der Vororte im Potsdamer Bezirk sind dabei nicht einmal gezählt. Das Berliner Fernsprechen hat sich demnach im Jahre 1903 um fast 10000 Anschlüsse vergrößert. Nicht viel mehr als dieser Zuwachs, nämlich 10923 Anschlüsse, entfallen auf die Vororte. Der ganze Rest mit nahezu 62000 Anschlüssen kommt auf die Vermittlungsstellen in Berlin selbst. Die genaue Zahl ist 61949.

Verkehrsverhältnisse am Potsdamer Platz. Seit Jahren ist man seitens der Stadt bemüht, die Verkehrsverhältnisse am Potsdamer Platz zu bessern. Die bisher zu diesem Zweck angewandten Mittel haben den erhofften Erfolg indessen nicht gehabt, wie sich leicht jedem-mann überzeugen kann. Auch in der gestrigen Magistrats-sitzung fand wieder einmal eine Besprechung der mihlichen Zustände statt, und zwar anlässlich einer Aufforderung seitens des Polizeipräsidenten, Einzelnen der vom Polizeipräsidenten vorgeschlagenen Maßregeln konnte nicht zugestimmt werden, so der Anlage eines neuen Fußweges vor der Postischen Konditorei. Zur Erörterung kam auch, ob nicht die Anlage einer Unterführung für den Personen-verkehr unter dem Potsdamer Platz den überstarken Verkehr auf dem Plage ablenken würde. Man sah aber davon ab, einem solchen Plane näherzutreten, weil, abgesehen von dem Kostpunkte, eine Unterführung auf der in Frage kommenden kurzen Strecke nicht von Nutzen sein würde, ebensowenig wie das Verbot, leeren Droshken nur den Weg hinter den Steuerhäusern zu gestatten. Dagegen fand der Vorschlag, den Taxameterdroshken zu erlauben, den weiteren Weg durch die Kennstraße und Pohlrstraße, anstatt durch die Wellen- und Pohlrstraße zu fahren, Annahme. — Einem Durchbruch der Margarethenstraße nach der Potsdamerstraße wurde nicht zustimm, weil dadurch eine Erleichterung des Verkehrs kaum stattfinden dürfte. Die Beratungen haben also zu keinem greifbaren Resultat geführt.

Unglückliche Liebe zum Militär. Ein fahnenflüchtiger Freiwilliger vom 3. Garde-Infanterie-Regiment, der seit neun Tagen aus Potsdam abgänglich war, wurde in Berlin, wo er früher als Schneider gearbeitet hatte, festgenommen und zu seinem Regiment zurückgebracht. Ebenso wurde in Plauen an der Havel ein vom 3. Feld-Artillerie-Regiment in Brandenburg a. N. desertierter Kanonier, der erst kürzlich neun Monate Festung verbüßt hatte, festgenommen.

Der Schwindler Major von Schiemann ist der hiesigen Kriminal-polizei schon vor etwa 4 Monaten von Ais Hof aus signalisiert worden. Die Bemühungen der Kriminalpolizei, des Vorfalles habhaft zu werden, waren lange Zeit vergeblich, obwohl Schiemann im Verkehr mit Damen heiz unter seinem richtigen Namen auftrat. Erst Dezember vorigen Jahres konnte die Polizei feststellen, daß der Major eine Wohnung in der Nähe der Remonstrationsstraße hatte, sie vermachte aber den Gauner noch immer nicht zu fassen. Indessen gingen fast täglich Meldungen bei der Polizei über das Auftreten des Schwindlers ein, der bald Heiratsabsichten zu erkennen gab, bald Agent war, je nachdem er sich irgend welche Geldmittel verschaffen konnte. Er besaß u. a. auch eine Vollmacht zum Verkauf eines Specialitäten-Theaters in New York und suchte längere Zeit nach Personen, die die Wösch hatten, eine kleine Anzahlung zu leisten. Schiemann verstand es vorzüglich, sich den Anschein eines reichlichen Mannes zu geben und besaß eine ganze Kollektion von Diamantringen und Solitärs, deren Steine zum Teil von gerabegte riesenhafte Dimensionen waren und, wenn sie echt gewesen wären, ein ungeheures Kapital repräsentiert hätten. — In der Auswahl seiner Bräute war der amerikanische Offizier durchaus nicht besonders peinlich; die Kapitänswitwe hatte mit Dienstmädchen, Kellnerinnen und Artifinnen zu konkurrieren, die Heiratsverprechen von Schiemann erhalten hatten und vielfach dem im Augenblick in Geld-verlegenheit befindlichen zukünftigen Gatten kleinere oder größere Geldbeträge liehen. Natürlich haben die Bräute das Geld nie, den Bräutigam nur ausnahmsweise wieder gesehen.

Die Sonntagsjagd gegen die Engelmacherin Krüger aus Schöneberg ist noch immer nicht abgeschlossen. Es liegen der Untersuchungs-behörde neue Meldungen vor, durch welche die R. beschuldigt wird, durch systematisch schlechte Behandlung den Tod von Säuglingen herbeigeführt zu haben. Die bisherigen Vernehmungen haben dazu geführt, daß die Untersuchung auch auf Personen ausgedehnt worden ist, welche Kinder in Pflege gegeben haben. Es wird behauptet, daß die Beschuldigten Kenntnis von der Art der Behandlung der Kleinen gehabt hätten. Die Krüger ist schon vor mehreren Jahren wegen ähnlicher Vergehen in Untersuchung gewesen und wegen Miß-handlung ihr anvertrauter Kinder bestraft worden.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich gestern morgen auf der Stadtbahnhofstation Oranienburger. Der Mutter Wanec wollte gegen 7 Uhr einen in der Richtung nach der Stadt fahrenden,

Bereits in Bewegung befindlichen Sühnzug befehlen und setzen auf das Trittbrett des vorderen Wagens. Als er die Gegend überblickt, glitt er aus, fiel jedoch nicht auf den nachfolgenden Bahndamm, sondern geriet mit den Beinen in die schmale Spalte zwischen Trittbrett und Betonwand. Der Maurer stürzte in die Tiefe, so daß er mit den Füßen auf dem Bahndamm zu stehen kam, während sein Unterleib zwischen dem Trittbrettern des Zuges und der Vorderwand des Wagens festgeklemmt wurde. Durch die Rufe der Bahnbedienten und der Passagiere aufmerksam gemacht, gab der Lokomotivführer sofort Gegenampf, doch rollte noch der Sühnzug des Zuges über den Körper des Mannes. — Die nächsten Jahrgänge glauben, daß der Verunglückte völlig zermalmt sein müßte. Wunderbarerweise jedoch hatte der Maurer nur leichte Querschnitten am Unterleib und Verletzungen am linken Bein erlitten und konnte nach erfolgter Personalfeststellung seine Arbeitsstelle auffuchen.

Staatsanwaltliche Verfolgung von Humor. Nachdem der Strafantrag der Staatsanwaltschaft gegen die Redaktion des „Humoristischen Extrablattes“ wegen einer politischen Aufschrift in Nr. 4 des Blattes vom königlichen Landgericht abgelehnt worden ist, unter der Begründung, daß sich der fragliche Artikel mit zugehörigen Bildern nur als eine Karikatur darstelle, hat auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts der Strafantrag des königlichen Kammergerichts beschloffen, namentlich doch das Hauptverfahren gegen die Redaktion des „Humoristischen Extrablattes“ zu eröffnen.

Einen empfindlichen Verlust erlitt gestern nachmittags ein Kaufmann aus Moabit, der in der Dierichstraße in der Nähe der Spandauer Brücke ein Café besaß und um 4 Uhr mit der Stadtbahn vom Bahnhof Börse wieder nach Moabit fuhr. Entweder im Café oder auf dem Wege zum Bahnhof kam ihm seine Brieftasche mit 20 500 M. abhanden. Erst als sich der Zug in Bewegung gesetzt hatte, nahm er den Verlust wahr. Die Tasche besteht aus schwarzem Leder und hat einen länglichen schwarzen Riemen. In ihr befand sich ein Notizbuch, das 20 Einlaudemarscheine, 5 Einlaudemarscheine und einen Fünfundzwanzigmarschein barg.

Vom Fahrstuhl erschlagen wurde gestern nachmittags der 48 Jahre alte verheiratete Schlossergehülfe Rudolf Gramsch aus der Ackerstraße 111, als er auf einem Fahrstuhl in der Ackerstraße 129 mit einer Ausbesserung der Anlage beschäftigt war. In dem Augenblick, als er sich in den Schacht vorbeugte, kam der Stuhl herunter, traf ihn im Genick und zerhackte ihm den Wirbelsäule, so daß er tot zusammenbrach.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich im Untersuchungsgefängnis ein Arbeitsbürsche Alfred Ziegler aus Steglitz, der sich seit kurzem in Haft befand. Als man ihn aufwand, war er tot. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde am 20. d. M. in dem Haus Nr. 10 der Pichelsbrücke 1 gefunden. Die Leiche war in graues und gelbes Packpapier eingewickelt. Zur Umhüllung war ein Stück Bindfaden und ein Stück Gardinenschur benutzt worden. Auf der linken Wange befand sich ein blauer Fleck, anscheinend von einem Schläge herrührend.

Zweidientliche Ermittlungen zur Ermittlung der Mutter des Kindes wollte man auf dem nächsten Polizeirevier zu Nr. 643 IV, 27. 01 machen.

Am Arbeiterinnenheim wird am Sonntagabend 7 Uhr ein Lichtbild-Vortrag „Eine Reise durch Italien“ gehalten. Der Eintritt ist frei; Mädchen und Frauen sind willkommen.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Montag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Herr Professor Dr. Hoeningher seinen Vortrag über „Soziale Geschichte Deutschlands von der Reformation bis zur Revolution“ in der Aula des städtischen Realgymnasiums in Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 210. Eintrittskarten zu einer Nacht für den sechs Abende umfassenden Kursus sind zu haben in Rixdorf, Bismarckstraße 13, und am ersten Vortragsabend im Realgymnasium.

Im Circus Busch haben Sprößlinge einer bengalischen Königin und eines Senegalapen am Donnerstagabend das Licht der Welt erblickt. Die Senegalesische Raubtiergruppe, welcher die Eltern angehören, hat durch diesen Zuwachs eine ganz besonders interessante und außerdem noch recht wertvolle Bereicherung erfahren, denn Bardiade von Löwe und Tiger zählen in der That zu den seltensten Vorkommnissen auf zoologischem Gebiet. Herr Richard Sawade hat in Beziehung auf Jagdresultate übrigens Glück; „Fenu“, die augenblinde Wäckerin, übertrifft jetzt schon zum zweitenmale mit solchen Fortschritten. Vom ersten Wurf leben vier prachtvolle Exemplare und gedeihen vorzüglich; sie sind vorläufig im Carl Hagenbeck'schen Tierpark in Homburg untergebracht und sollen demnächst als Paarhülle mit einer Dachstuhlgruppe zur Weltausstellung nach St. Louis gehen. Die Bardiade zeigen in Kopf- und Färbung, desgleichen in der gelben Grundfärbung Lebhaftigkeit mit dem Vater, haben aber von der Mutter die schwarzen Streifen. „Milan“, der Löwenwürger, befindet sich zur Zeit bei einer andern Treffergruppe. Die jüngsten Geburten, Drillinge, nahmen unter Aufsicht des bekannten Tierarztes Mlingner einen durchaus normalen Verlauf; die kleinen, etwa 8 Zoll langen Mädchen sehen niedlich aus und werden von der Mutter mit rührender Sorgfalt behütet und genährt. Wann „Frau Fenu“ ihr nächstes Debit in der bekannten Senegalesischen Gruppe geben wird, ist unbestimmt; bei der kräftigen Konstitution der fünfjährigen Mutter dürfte es aber nicht allzulange auf sich warten lassen. Dochinteressant ist es, zu beobachten, wie sanft und anheimelnd dankbar sich die Tigerin ihrem Herrn und Meister, Herrn Sawade, gegenüber beweist, der die persönliche die peinlichste Sorgfalt und Pflege angedeihen läßt; ein leichtes, behagliches Schurren nach Magenart löst sie hören, sobald er sich ihrem Käfig nähert.

Reptilien-Sternwarte. Nur noch kurze Zeit wird der größte Planet, Jupiter, am Abendhimmel zu beobachten sein. Die Sonne nähert sich immer mehr dem Sternbild des Wassermann, in dem der Jupiter steht. Eine Zusammenfassung der neuesten Forschungsergebnisse über diesen noch in der Notiz befindlichen Planeten, der in seiner Entwicklung zwischen Sonne und Erde steht, gibt Direktor Ardenhold am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 5 Uhr, auf der Reptilien-Sternwarte in dem Vortrag „Jupiter und Saturn“. Das Thema für den 7 Uhr-Vortrag lautet: „Der Mond im Reptilien-Sternwarte“. Montag, den 25. d. M., lautet das Thema abends 7 Uhr: „Ueber die Bewegungen der Planeten“. In den frühen Abendstunden wird zunächst der Jupiter, dann der Mond mit dem großen Fernrohr den Besuchern gezeigt.

Aus den Nachbarorten.

Parteienoffen! Seht die Wählerlisten zur Gemeinderwahl bis zum 30. Januar nach oder beauftragt die an den einzelnen Orten bekannt gegebenen Personen mit der Durchsicht der Liste!

Aus Spandau schreibt man uns: Mit militärpolizeilichen Arbeiter-Wohnhäusern soll nun unter allen Umständen unsere Nachbarstadt Spandau bedacht werden. Nach den bisher in Bezug auf die Abhängigkeit der Mieter solcher Wohnungen gemachten Erfahrungen kann es dem denkenden Teile der Arbeiter vollständig gleichgültig sein, ob die vorhergehenden 500 Arbeiterwohnungen gebaut werden oder nicht; jedenfalls können einjährige Leute sich nicht entziehen, weshalb man jetzt noch diese „gemeinnützigen“ Bauten so forciert, da doch die Spandauer Staatsbetriebe immer mehr eintrocknen werden, und man in maßgebenden Kreisen gerade jetzt mit der Abicht umgehen soll, weitere Massenentlassungen in den Militärverhältnissen vorzunehmen und die männlichen Arbeiter durch weibliche zu ersetzen. Zur Zeit ist infolge gesteigerten Bauhätigkeit von einem Mangel an kleinen Wohnungen keine Rede mehr, zumal ja die Bevölkerungsziffer Spandaus infolge der fortwährenden Massenentlassungen eher sinkt als steigt.

Die steht es aber mit der Befestigung der schwer unbefestigten Wohnstände im Spandauer Eisenbahnviertel? Möchten doch die staatlichen Instanzen den Umbau der Spandauer Wohnanlagen ebenso energisch betreiben, wie den Bau von Arbeiterwohnhäusern. Auf ein bedeutendes Mittel verfallen die Hausbesitzer infolge ihres, um Geld für ein Kaiser Wilhelm I.-Denkmal zu bekommen. Sie veranlassen Hauskollektoren und verschonen dabei selbst solche Mieter nicht, die ihnen als Sozialdemokraten bekannt sind. Daß ihnen bei diesem Kollektieren zuteilen Antworten zu teil werden, die sie sich nicht hinter den Spiegel stecken, ist begreiflich.

Alt-Weihensee. Die Gemeindevertretung ermächtigt in ihrer letzten Sitzung den Gemeindevorstand zur Vertriebssteuer von 100 auf 33 1/2 Proz. Einem Antrage an die Englische Gasanstalt, das Gas billiger als bisher zu erhalten, will diese Gesellschaft nachkommen, wenn die Gemeinde den Vertrag mit der Gesellschaft um 20 Jahre verlängert. Dann solle der Preis für Leuchtgas von 18 auf 16, für Kochgas von 18 auf 10, für gewerbliches Gas von 12 1/2 auf 10 W. erniedrigt werden, ebenso sollten die Straßentatelnene Gasglühlicht erhalten. Die Gemeindevertretung lehnte das Verlängerung der Gesellschaft ab mit der Motivierung, daß bei dem heutigen Stande der Technik nach so viel Jahren jedenfalls mit einer besseren und billigeren Beleuchtung zu rechnen sei. Der bestehende Vertrag läuft noch bis 1919. Somit hat Alt-Weihensee in dieser Angelegenheit Neu-Weihensee überflügelt, denn diese Gemeinde hat bei Einführung des Gasglühlichts den Vertrag mit der Gesellschaft um 20 Jahre, also bis 1939, verlängert.

Neu-Weihensee. Bei den im März stattfindenden Gemeindevorstandswahlen ist die dritte Abteilung in drei Bezirke geteilt, während die zweite und erste Abteilung über den ganzen Ort wählt. Für die dritte Abteilung kommt nur der 1. und 3. Bezirk in Betracht und es muß in diesen je ein Hausbesitzer (Angeheuer) gewählt werden. Die zweite Abteilung wählt fünf (mindestens zwei Angeheuer) und die erste Abteilung zwei Gemeindevorsteher, letztere können Unangeheuer sein. Wie ungleich das Stimmenverhältnis ist, ersehen wir aus folgenden Zahlen: die dritte Abteilung hat (in zwei Bezirken des Orts) 3786 Wähler; die zweite Abteilung 988 und die erste Abteilung 210 Wähler. Das Verhältnis der dritten zur ersten Abteilung ist 18:1, der dritten zur zweiten Abteilung 4:1. Hinzu kommt noch, daß die dritte Abteilung in einem Bezirk ganz ausfällt.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung damit, alte Sünden wieder gut zu machen. Aus Erparnis-Motiven hatte man in der Siegfriedstraße seiner Zeit nur eine Seite mit Gasröhren besetzt. Nunmehr mußten die sehr verwerflichen Mittel für die zweite Rohrleitung bewilligt werden. Aus denselben Ursachen hat man jetzt in die Verfestigung der Gasröhren nach Neu-Lichtenberg einwilligen müssen. Der Eisenbahnstich möchte gern der Unterhaltungspflicht für diejenigen Straßen ledig sein, die er wegen der durch Bahnbauten kassierten Wege hat schaffen müssen. Die Gemeindevertretung erklärte sich mit der Übernahme der Pflicht in dem Falle einverstanden, daß der Sticht die sogenannten Parallelwege, die sich heute in „bodenlosem“ Zustande befinden, in der durch das Ortsstatut vorgeschriebenen Weise ansaufähig herstellt. Unsere Parteigenossen regten bei dieser Gelegenheit von neuem an, daß die Bahndurchlässe an der Gärtelstraße und an der Pflanzstraße, die heute ein Verkehrshindernis schlimmster Art sind, verbessert werden möchten.

Aus Lichtenberg schreibt man uns: Allmählich kommt Klarheit in die Angelegenheiten der hiesigen Orts-Krankenkasse, und wir hoffen, daß auch die Aufsichtsbehörden sich nachgerade davon überzeugen, daß es in der Kasse nicht ordnungsgemäß zugegangen ist. Auch ist zu hoffen, daß sich das Mittel löst, warum der mit 2000 Mark Pension in den Ruhestand getretene Herr Kaufmann alle Maßnahmen des Vorstandes durchkreuzen konnte, auch wenn diese Maßnahmen sich in Schriftstücken an die Aufsichtsbehörde und darstellten, von denen er nach Meinung der Bescheidführer keine Kenntnis erhalten haben konnte.

Der im Dezember vorigen Jahres unter so seltsamen Umständen „erkrankte“ Gemeindevorsteher Kaiser hat zum 1. April um die Entlassung aus dem Amte ersucht und diese Entlassung erhalten. Er ist schon jetzt vom Dienste entbunden worden. Durch Bearbeitung der Krankenkassen-Angelegenheiten ist dieser Beamte, gegen den wegen Amtsvergehens eine Untersuchung eingeleitet ist, auch mit Herrn Kaufmann in Verbindung gekommen. Die Amtsniederlegung hat auf den Fortgang der Untersuchung keinen Einfluß.

Steglitz. Endlich scheint der schwer empfundene Uebelstand, daß unter Ort von dem Nachbarortverkehr mit Berlin ausgeschlossen war, beseitigt werden zu sollen. Auf eine vor längerer Zeit abgeordnete, mit über 2000 Unterschriften besetzte Petition und eine besondere Eingabe des Gemeindevorstandes ist nunmehr vom Reichspostamt, die Antwort eingegangen, daß in Aussicht genommen sei, bei der nächsten, voraussichtlich schon im März d. J. stattfindenden Erweiterung des Nachbarortverkehrs auch für den Postverkehr zwischen Steglitz und Berlin die Erststape zuzulassen.

Zehlendorf. Mit 1899 Wählern schließt die hiesige Gemeindevorstandswählerliste ab. Danach sind 17,62 Proz. der Einwohnerzahl wahlberechtigt. Der ersten Klasse gehören ganze 35 Wähler an, der zweiten 174 und der dritten 1600 Wähler. In der ersten Klasse zählt der niedrigste Steuerzahler 2350 M.; der letzte der zweiten Klasse zahlt 538 M. Man muß also über ein ganz respektables Einkommen verfügen, um noch Wähler der zweiten Klasse zu sein. Obwohl noch nichts für die ärmere Bevölkerung in den letzten Jahren getan wurde, ersahlt schon jetzt wieder der Auf- Bürger, seid einig gegen die bösen Soci., sonst könnte uns so ein Unpassier in die Karten sehen. Komisch wirkt dieser Auf, weil ihn auch angeblich freimüthige Rassen erbeben. Hoffentlich gelingt es diesmal meinen Genossen, einen der übrigen ins Ortsparlament hineinzubringen.

In Wilmerdorf sind die Parteigenossen bereits in die Agitation zur Gemeindevorwahl eingetreten. Während sie am Dienstagabend ein Flugblatt verbreiteten, hielten sie Donnerstag in Bittes Volksgarten eine Vollversammlung ab, in der die drei sozialdemokratischen Gemeindevorordneten über ihre Thätigkeit im Ortsparlament Bericht erstatteten. Bemerkenswert ist, daß die Wählerliste auch am Sonntagmittag von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr im Rathaus, Brandenburgische Straße 2, ausliegt.

Rowwies. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung kam nach einigen Mitteilungen die von den Sozialdemokraten eingereichte Interpellation zur Besprechung: Welche Maßregeln gedenkt der Gemeindevorstand zu ergreifen, um eine Wiederholung solcher Vorfälle, wie sie sich in der Nacht vom 7. zum 8. Januar auf dem alten Friedhofe ereignet haben, für die Zukunft unmöglich zu machen und die Ruhe und Sicherheit des Ortes während der Nachtzeit mehr als bisher zu schützen?

Der Amtsvorsteher gab die Erklärung ab, daß sich auch der Amtsvorsteher in seiner letzten Sitzung mit dieser Frage beschäftigt habe, aber zu einem positiven Resultat nicht gekommen sei. Gegen einen solchen Vandalismus gebe es keinen sicheren Schutz, auch eine nächtliche Polizeiwache sei nicht im Stande, solche Vorkommnisse zu verhindern. Der in Frage kommende Nachtwächter habe erklärt, wiederum in der betreffenden Nacht am Friedhofe vorbeigegangen zu sein, ohne etwas Verdächtigtes zu bemerken. Um die Wächter zu kontrollieren, sei die Einführung von Kontrollbüchern das einzige Mittel; von der Vernehmung der Greuelthäter sei keine Abhilfe zu erwarten. Genosse Grubel betonte, daß bei den mittelalterlichen Zuständen, die hier im Nachtwächterdienst herrschten, schon weit mehr Hohnen vorgekommen wären, wenn wir nicht eine so gefittete Bevölkerung hätten. Verlangte man von den Wächtern prompte Mithat, so möge man die Leute auch entsprechend bezahlen, ihnen Beamtencharakter und Pensionberechtigung verschaffen. Heute könne man es einem solchen Manne nicht verdenken, wenn er sich hätte, seine Haut zu Markte zu tragen. Auch sei zu erwägen, ob nicht eine nächtliche Polizeiwache eingerichtet werden müsse. Genosse Hoffmann erklärte, daß schon im Vorjahre von den Sozialdemokraten ein Antrag auf bessere Bezahlung der Wächter eingebracht, von der

Mehrheit aber abgelehnt worden sei; letzterer fehle jedes sociale Verständnis. Ein Gehalt von ca. 400 M. sei keine angemessene Entlohnung, im übrigen stellte sich Redner auf den Standpunkt des Genossen Grubel und sprach die Hoffnung aus, daß der Gemeindevorstand demnächst eine im obigen Sinne gehaltene Vorlage einbringen werde. Ein bürgerlicher Vertreter wandte sich gegen den Vorwurf der socialen Verantwortungslosigkeit. Schließlich erklärte der Amtsvorsteher, daß er der Vertretung in einer der nächsten Sitzungen eine Vorlage bezüglich der Wächterverhältnisse unterbreiten werde. — Mit der Ausführung des Kanalisationsprojekts, das eine gemeinschaftliche Kanalisation der Gemeinden Rowwies und Rowwiesdorf vorsieht, soll am 1. April 1905 begonnen werden.

Wegen einer ungeschickten Eheheftung hatte sich der Gemeindevorsteher Hermann Hille aus Döberitz (Kreis Westhavelland) vor der Potsdamer Straßammer zu verantworten. Er war hiesiger Stabsbeamter und vollzog am 27. Mai 1901 die Eheheftung zwischen dem Arbeiter Edmundo und der Marolise Schütte, obgleich der Bräutigam erst 19 Jahre alt war. Hille entschuldigte sich damit, daß er geglaubt habe, er dürfe dies thun, weil sein Vorgänger, der verstorbene Stabsbeamte Webes, auch einen Minoranten, Namens Bolle, ehelich verbunden hatte. Erst bei einer Revision sind diese Verhältnisse entdeckt worden. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts erhielt Hille 3 M. Geldstrafe eventuell 1 Tag Haft.

Ein humorvoller Konflikt zwischen Kriegerverein und Ortsgeistlichen ist gegenwärtig in dem Schifferdorf Caputh an der Havel ausgebrochen. Der seit über 30 Jahren bestehende Kriegerverein beging immer die Feiern von Kaisers Geburtstag durch einen Festzug nach der Kirche, in welcher der Geistliche dann eine Festpredigt hielt. Für kirchliche Zwecke wurden dann früher stets von den Mitgliedern des Kriegervereins einige Spenden in die Sammelbüchse gelegt, was aber seit etwa 2 Jahren unterblieb. In diesem Jahre hat sich nun der Ortsgeistliche, Prediger Hermann, geweigert, bei der Kaiser-Geburtstagsfeier des Kriegervereins die Festrede zu halten und dies mit dem „ungünstigen“ Ausfall der Reichstagswahl in Caputh begründet. Der Kriegerverein zählt mehrere hundert Mitglieder und trotzdem sind nur ca. 50 konservative Stimmen in Caputh abgegeben. Von den Vorstandsmitgliedern in Caputh wurde darauf hingewiesen, daß viele seiner Mitglieder ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, weil sie sich auf Schiffahrt befanden, aber der Geistliche ließ diesen Entwand nicht gelten und verließ bei seiner Weigerung, so daß jetzt gegen ihn vom Kriegerverein eine Beschwerde beim Konsistorium der Provinz Brandenburg eingereicht wurde.

Danach scheint auch der Ortsgeistliche die heutigen Tages ganz natürliche Auffassung zu hegen, daß die Kriegervereine Geschäftsagenturen der konservativen Partei sein sollen. Man kann dem Herrn dankbar dafür sein, daß er so naive diese Ansicht zum besten giebt.

Nieder-Schöneweide. Im Stabelwerk Oberpree verunglückte am Freitagvormittag durch die Explosion beim Ablochen von Imprägniermasse der Arbeiter Förster, Ober-Schöneweide, der Arbeiter Lito und der in der Nähe beschäftigte Schlosser Schulz. Förster, welcher den Keisel bediente, goß einen Eimer neuer Masse in den Kessel, als der Inhalt sich entzündete, bis zur Decke geflammte wurde und die drei Arbeiter überschüttete. Während Lito leichter verletzt ist, sind Förster und Schulz schwer verbrüht. Allen Anschein nach war Wasser in der neu zugesetzten Masse enthalten, welches die Explosion bewirkte.

Gerichts-Zeitung.

Polizei und Vereinsgesetz. Anlässlich des Metallarbeiterstreiks bei der bekannten Firma Mehlisch hatte der Verbandsvertreter Cohen zwei Streikversammlungen zum 15. Juni v. J. einberufen und beide auch vorschriftsmäßig polizeilich angemeldet. Der Berliner Polizeipräsident verbot jedoch einfach aus eigener Machtvollkommenheit die Abhaltung der Versammlungen im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, deren Störung er durch die Streikenden angeblich befürchtete. Da eine Beschwerde über das Vorgehen der Polizeibehörde vom Oberpräsidenten als unbegründet zurückgewiesen wurde, fragte Cohen beim Ober-Versammlungsgericht. Dieses entschied kürzlich zu Gunsten des Klägers unter ausdrücklicher Verwerfung der Ungehorsamkeit des polizeilichen Versammlungsverbots. In der interessanten schriftlichen Urteilsbegründung heißt es namentlich: ... Die Polizei ist, da das Vereinsgesetz eine dahingehende Vorschrift nicht kennt, nicht befugt, Versammlungen in geschlossenen Räumen wegen der Befürchtung von Ausschreitungen der zu einer Versammlung zusammenzutretenden Personen zu verbieten, damit keine Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorkommen. Nur bei Versammlungen unter freiem Himmel kann die Genehmigung der Ortspolizeibehörde, von deren Erteilung die Abhaltung von Versammlungen dieser Art abhängig ist, versagt werden, falls Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist. (§ 9 des Vereinsgesetzes.)

Soweit es sich um andre Gefahren handelt als diejenigen, die durch die Abhaltung von Versammlungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erwachsen können, ist die Polizeibehörde allerdings auf Grund des § 10 a. a. O. auch dann zum Einschreiten berechtigt, wenn die Personen, die dadurch betroffen werden, ihr versammlungsmäßiges Versammlungsrecht ausüben wollen. Von diesem Grundsatze hat der Gerichtshof insbesondere Anwendung gemacht, wenn der Zustand des Versammlungsraumes die Versammelten zu gefährden geeignet ist.

Die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, denen im vorliegenden Falle das Verbot der Versammlungen vorbeugen sollte, stehen in Wahrheit mit der Abhaltung der letzteren gar nicht in ursächlichem Zusammenhang, sondern nur in rein äußerer Verbindung. Die Polizei furchete, daß ihre Aufgabe, in der Sophienstraße die öffentliche Ordnung des Reichs aufrecht zu erhalten, erschwert werden würde, wenn der infolge des Streiks absehbar gesteigerte Verkehr des Publikums noch durch die Besucher der Versammlungen weiter angehalten wäre; deshalb sollten die an sich zulässigen Versammlungen in Wegfall gebracht werden. Die Verbote waren also bestimmt, der Polizei die Fürsorge für die öffentliche Ordnung zu erleichtern. Dazu mochte die öffentliche Ordnung durch die Versammlungen, sei es durch Regelung des Ab- und Zugangs zu den Versammlungen, sei es auf andre Weise, treffen. Letztere zu verbieten, was sie nicht beugt, weil damit ohne genügende Unterlage in die Versammlungsfreiheit eingegriffen wurde. Die Maßnahme des Verbots der Versammlungen verletzte das bestehende Recht schon deshalb, weil sie nicht die „nötige Anhalt“ darstellte, um polizeiwidrige Zustände zu verhüten.

Daß es dieses Urteils erst bedurfte, um die Berliner Polizeibehörde über das Versammlungsrecht zu belehren, ist für die hauptsächlichsten Polizeistände ja recht charakteristisch, es bleibt aber immerhin noch anzuerkennen, ob die Polizei diesen gerichtsähnlichen „Widern“ in Zukunft auch entsprechend respektieren wird.

Unverständenes Freudentum. Die „preussische“ Sprache ist für den stud. med. Walter Musculus zu Halle a. S. in München verhängnisvoll geworden. Das Landgericht I in München hat ihn am 9. Juli v. J. wegen Verletzung des Prinzregenten und eines Schutzmannes zu 4 Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte auf einem Rasenball mit einem andern Studenten getanzt und dabei hatte einer von ihnen unabsichtlich einen andern Tänzer auf den Fuß getreten. Das Publikum war — so heißt es im Urteile — die beiden preussisch sprechenden Studenten einfach hinaus. Es war nachts 3 Uhr. Auf der Straße schimpfte die Menge über die preussischen Studenten. Die Gefährten des Angeklagten gingen weg, dieser aber ging auf einen Schuttmann zu und sagte: Was bleiben Sie da stehen? Schaffen Sie mir den Fädel fort! Die Menge wurde aufgeregt, trotzdem sprach der Angeklagte wieder von Fädel. Der Schuttmann nahm ihn nun fest, um ihn in Sicherheit zu bringen. Unterwegs machte

Kunst und Wissenschaft.

Theater des Westens. Wenn schon die Skatierung von etwas Ursprünglichem ein künstlerisches Bild geben kann, das seinem Gegenstande kein Unrecht anzuthun braucht, so wird die Skatierung einer Nachahmung des Ursprünglichen oder gar der Nachahmung einer Nachahmung erst recht ihren Platz ohne Unfug einnehmen können. Besonders dann, wenn die Nachahmung selber schon unfreiwillig zur Skatatur neigt. Eine solche war die Nachahmung des Griechentums in der Zeit vor hundert Jahren. Napoleons I. „Empire“ hatte mit einer angeblichen Antike geprägt, und dieses französische Griechentum zog sich noch lange nach seinem politischen Falle weiter. Dann kam mit dem dritten Napoleon die Nachahmung des ersten. Da konnten Sport und Hohn auf die doppelte Unoriginalität nicht ausbleiben und ließen die Künste der Parodie und der Travestie und der Skatatur so gut gehen, wie nicht bald anders. Da gab es die richtigen Stoffe für den Zeichner Daumier, für die Postenmacher Heilbrunn und Galyon und für den Operettenkomponisten Offenbach. Heute sind es 40 Jahre, daß das Hauptwerk des Zusammenarbeitens der drei Zeitgenossen, die „Schöne Helena“, in Paris zum erstenmal herauskam. Seitdem hat sich diese scharfgezeichnete Darstellung des Hades, zu dem ein Mißbrauch führen konnte, als einer der glänzendsten Schätze des Theatererfolges so siegreich behauptet, daß eine Wiederaufführung der „Schönen Helena“ schäblich mehr ein Bühnenergebnis sein kann. Die Geschichte, doch völlig auf der Oberfläche befindliche Anpassung der Kunst an den ihr — wie sonst nicht häufig — überlegenen Text kennt man nun zur Genüge. Daß wir der dargelegten Neuentdeckung des Stückes im Theater des Westens überhaupt ein referierendes Wort widmen, rechtfertigt sich durch die außerordentlichen Aufwendungen, die diesmal angelündigt waren. Eine „secessionistische“ Ausstattung soll eigens aus Paris geholt worden sein, und im dritten Akt gab es eine Einlage, eine Ballettpantomime von dem Direktor jenes Theaters, Alois Prash, mit Musik von Siegfried Landecker. Ausstattung und Einlage waren das, was man hübsch nennt; weiter langt es nicht, und der gute Einfall, in dieser Ballettmusik Motive aus Wagner und aus Offenbach zusammenzubringen, ist doch einer intensiveren Behandlung wert. Im übrigen sah man wieder, welche Reichhaltigkeit solche scheinbar einfache Aufgaben, wie die einer Vorführung jener Operette, verlangen, und wie selten sie eine solche wenigstens bei uns finden. Herr Reinhold Bellhoff als König Menelaos und etwa noch Gustav Kaitan als Paris sowie Vertha von Martinowitz als Orestes ausgenommen, waren die Darsteller von einer etwas solid-säuerlichen Weise, die zweifelhaft läßt, ob jenseits der romanischen und süddeutschen Welt überhaupt der richtige Boden für eine solche Kunst zu finden ist. Dazu kommt, daß uns auch noch der rechte Sinn für Skatatur zu fehlen scheint. Unser Zeitalter von künstlerischen Vergangenen verlangt eine neue „Schöne Helena“, vielleicht einen „Richard Wagner in der Unterwelt“ — auf der Oberwelt haben wir ja ebenso nur seinen Schatten, wie damals von einem wirklichen Griechentum nur der Schatten herabwandelte. Daß das Zeitalter von Offenbach noch immer eine künstlerische Fortführung seines Schaffens ersehen muß, ist genug Beweis für unsern Bedarf an einer solchen und vielleicht sogar genug Material für sie. —

eines abgestumpften Regels gemeint, wie man sie überall in Vorderasien als Reste alter Städte findet. In Europa finden sich solche Zells nicht; der westlichste ist der von Dikarist, das alte Troja. In diesen Zellen liegen Schicht an Schicht die zerstörten Ansiedlungen aus verschiedenen Zeiten übereinander, die ältesten zu unterst. Auf palästinenschem Boden giebt es mehr als hundert Zellen, wovon noch keiner systematisch untersucht worden ist. An einen haben die Engländer einigermaßen Hand gelegt. Da zeigte sich nun schon, daß die kanaonische Kultur durchaus auf babylonischer Grundlage beruhte. Den Beweis liefern die gefundenen Thontafeln, die zeigen, daß die Ägypter Palästina damals auf babylonisch untereinander korrespondierten. In den Tell, in dem sich die alte Festung Megiddo birgt, hat sich der Deutsche Palästina-Verein gemacht; ein Versuchsgarten hat hier eine Mauer aus getrockneten Lehmziegeln bloßgelegt, die auf eine Festschicht fundiert ist. Archäologische Werkzeuge sind hier dringend vonnöten. Ein zweiter Tell findet sich im Jordanthal: darin steht das älteste Jericho. Hier ist noch alles zu thun. Im Hauran hat die Expedition selber einen Fund gemacht. In der Nähe der Stelle, wo der sogenannte Diodorstein, ein Denkmal des ägyptischen Eroberers Rhamesses II., steht, wurde ein Löwe entdeckt, in mehr als Lebensgröße in Basalt gemeißelt. Er ist die erste Spur einer alten Kunst im Hauran der Zeit gegen 1000 v. Chr. Er erinnert an den assyrischen Stil, ist aber plumper als die assyrischen Vorbilder.

Aus der jüdischen Zeit ist, was Jerusalem angeht, nicht viel zu hoffen. Der Tempel ist auf immer verschunden. Es ist nicht einmal möglich, an die Reste seiner Fundamente heranzukommen, denn der Platz ist mit einer Moschee besetzt. Dagegen sind in Galiläa stattliche Reste von antiken Synagogen erhalten; von einer steht die Fassade, von einer andern zwei Eingangsthore aufrecht. Diese wichtige Bautengruppe will die Orientgesellschaft als einen ihrer nächsten Untersuchungsgegenstände in Angriff nehmen. Der römischen Herrschaft gehört die Ruine eines Theaters in Hauran an. Aus derselben Epoche stammt eine Säulenstraße in Dikarist, wo sich auch ein antikes Theater findet. Ueber das Altertum hinaus führt ein Bau im Moaberland, das Schloß von Bisbetta. Es mag zu Anfang des 7. Jahrhunderts n. Chr. entstanden sein, zur Zeit der Sassaniden, die damals das Ostjordanland beherrschten. Der Bau ist dadurch bemerkenswert, daß er ein bisher unbekanntes Uebergangsstadium vom byzantinischen zum islamitischen Stil darstellt. Die Fassade zeigt herrliche Arabesken, wohl die feinsten, die bekannt sind; daneben aber erinnern zahlreiche Tierbilder an byzantinische Vorbilder. Die Fassade ist seit kurzem in Berlin und wird bald im Kaiser Friedrich-Museum zu sehen sein. Das Großartigste von monumentalen Resten in Palästina sind die mittelalterlichen Schloß- und Kastelle der Kreuzfahrer, von denen noch imposante Trümmer aufrecht stehen.

Es ist höchste Zeit, all das zu erforschen. Schon durchziehen mehrere Eisenbahnlinien das Land, und in wenigen Jahrzehnten wird alles Original, Altentümliche in Palästina unwiederbringlich verschunden sein. Schon jetzt sieht man die alten einheimischen Trachten immer seltener. Der malerische Kopfschmuck der Frauen z. B. ist bereits nicht mehr häufig anzutreffen. Auf archäologischem und kunsthistorischem Gebiet bietet Palästina also ein großes Arbeitsfeld, das noch fast ganz brach liegt, aber baldiger Befahrung bedarf und reichen Ertrag verspricht. —

Gewerkchaftliches.

Für die ausgeübten Weber in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beträge ein: Buchdruckerei Janitzki 5,50. Stukkatureur v. Henck, Bau Charlotten, 10. Töpfer Bau Hildebrandt, Richter 5,50. Holzschuhmacheramt Hammacher u. Pöhl 7,50. Verein d. Formner 50. — Prozeute 6. — Stern, Seeliger Co. 7. Rate 12,60. Tischlerei v. Böhm u. Horowitz, 5. Rate 11. — Möbelfabrik Dumsch, 11. Rate 19,35. Tischlerei Pränzel (dar. Wille 1548 6.), 6. Rate 15,25. S. u. H. Saal 32 A, 3. Rate 23,50. Dachziegel Denzigerstr. 7,40. Arb. v. Heber, Weidingerstr. 2. Rate 16,50. Buchdruckerei G. Richter, 10. Rate 7,20. Personal der Schuhfabr. Ratropf u. Jan und Volker u. Mojstans, 3. Rate 17,60. Tischlerei Sprange, Nebenmaderstr. 3. Rate 9,50. Tischlerei Bornmann, Admiraalstr. 6,1 Rate 10,70. — H. C. G. N. I., 5. Rate 36,25. Grobmutter's Gesundheitsfabrik 3,95. Tischler von Kohl u. Boll, Brandstr. 9,35. Raufschuh Buchdruckerei, 4. Rate 11. — Möbelfabrik der Genossenschaft „Ostend“, 4. Rate 11,70. Kattengarnerei Th. Kroll, Himmelsburg 18,50. Buchdruckerei H. Kroll, 5. Rate 10,70. H. C. G., Adlerstr. Saal 9 A, 3. Rate 42,55. Bergkolonie „Löhner-Brücke“, 2. Rate 5,05. Hölzener, Kroll u. Co., Saal 2, mit Kattengarnerei, 5. Rate 20. — Beckhaff Karoff 17,95. Wille 5910 (A. Bohlreis) 5,95. Tischler von Sommerlatte, Stralau, 4. Rate 12,10. Scheller von Gebr. Krüger, Köpenick 7. — Werkstättenvereinigung v. d. H. C. G., 8. Rate 5,75. Bildbauer von Schrade, Färstentstraße 5. — Buchdruckerei G. Schade (E. Franke), 4. Rate 21,10. Firma A. Jander, Schönbergerstraße 13,50. Bau Hofmeisterstraße 12,90. Seifert u. Wolf, Fruchtstraße 36 19,15. Rate Hindlante Feldensfeldstraße, Gebauer 2. — D. Vollmann 27,75. Tischler u. Polierer v. Harris u. Schidon 9,25. Buchdruckerei E. Rosen, 8. Rate 5. — Brangenhofers, d. Karionach, 13,30. Schildermaler, Bahnhöfer, Holzmarktstraße, 3. Rate 5. — Buchdruckerei Beckel, Weissenberg 7. — Stillungsmittel d. Raufschuh „Victoria“, Richter 10. — Kattengarnerei H. A. Schwaner, Wilmersdorf, 4. Rate 12,20. Arb. v. Romoim, Rarientstraße 17,20. Kronleuchterfabr. Frosch u. Ebné, 6. Rate 42,30. Gaswerk Stralauerplatz 5,90. Möbelfabr. J. E. Wast, Saal 2, 7. Rate 19,75. Töpfer Bau Schulz, Fontane - Promenade 7,50. Aus dem Wendenbüchel Petersburgerstraße 5. — Tischler v. Mau, Remerstraße, 5. Rate 5,40. Wille 3331, gesammelt bei Hornig, Wille Jacobstraße 8,50. Tischlerei Hellmann u. Co., 6. Rate 6. — Dachziegel u. Weinberg 18. — Ratineer a. 2. Weimarschlag, Königsplatz v. Wimmerquartell „Arius“ und Kattengarnerei „Hoffmann“ 80. — Tischlerfabrik von Jäger u. Richter 13,80. Silberwarenfabrik v. Körner u. Prohl 21,40. Tischlerei Langemann 14,40. Tischlerei Kuttner u. Ham, 5. Rate 18,05. Arb. der Gagarinstraße 14,20. 5,70. Organisierte der Schlosserei Viehl, 3. Rate 5,80. Tischlerei W. Apelt, Reichenbergerstraße, 4. Rate 12,50. Brauerei Wiedersdorf, Brauer u. Handwerker 44,20. Pflanzenbau u. Schmied, Möbelfabrik, 5. Rate 8,65. Bau Karowitz, Töpfer, Hochengerecke 4. — Firma Roth u. Weinland d. Oberhardt 10,05. Brauerei Reichenbergerstraße 6,25. Bronzearbeitenfabrik Thiel u. Vertling 4,15. Drechslerei Blumenthal, Schönberg, 4. Rate 10. — Deutsche Telephonwerke, Saal 19, Sibirien 17,10. Bau Tischlerwerk und Holzputzer 3,10. Riemerei Schäfer 9. — Werkstatt, R. u. H. Brandenburgstr. 16,55. Wiltg. Centr.-Ordnung (dar. Seibel 1. —) 10,20. Lenz 1. — Werkstatt, v. Bern u. Herzberg 3,50. Bergarbeiter v. Andre, Deutsch 9,50. Nestfabrik u. Raffine 20. Dez. d. Wäns, Triftstr., Gellings, „Lieberlust II“ und „Raffine“ 21. — Glasmalerei Bittall 5,50. Buchdruckerei Müller, Göttinger-Str. 5. Rate 10. — Etzold, Bernh. Noo 23,55. Kaiser Bau Stralauer Wille 5,60. Koblandstr. 12 b. Schulz 6,85. 12 233 d. Deltrich 20,25. Gein, Lehmann u. Co., Abteilung III, 4. Rate 25,30. Dritter Wahlkreis auf Hften: 3012 Arb. der Lampenfabrik von Udel u. Glendie, 3. Rate 14,45. 3015 Tischler u. Polierer von Feder, Drantenstraße (außer einem) 27,50. 3097 10,35. 3106 Arbeiter der Metallorgfabrik Solon u. Co. 10,50. 3106 durch Wötte 21,05. 3187 5. — 3195 9,10. 3271 4. — 3297 5,15. 3297 30,80. 11931 Arb. d. Berl. Dampfmaschinen-All.-Ges. (außer einigen) u. Verp. 23,50. 11932 Arb. d. Ledermwarenfabrik Herbert Bunte, 6. Rate 11,25. — Der Bahner v. Benedikt I. Jentzen d. Schall d. Borax 6. — Einsteiml. v. Lampenfabrik u. Bogel 9,05. 8. Schloffer, 1. Klemperer, D. H. Schöffer, 2. Rate 8,50. Bauempfehlerei Müller, Großgörschenstraße 5,33. 6419 (Grüner Wahlkreis) 5. — Gesammelt durch Wulfert bei Theller, Kochstraße 4. — Möbelfabrik Heim und Geisen, 7. Rate 29,25. Gellingserei „Robetta II“ 23. — Firma Schulz u. Co., Chausseestraße 4,75. Tapezierer v. Thiele, Gräselstraße d. Norddorf 5,80. Tischlerei Wolf, Baldemarsstr. 25. — Möbelfabr. J. Rauff, 7. Rate 11,75. Tischler u. Möbelfabrik v. Thomas, Adalbertstr. 9,75. Rauver u. Arb. Bau Tisch 12,75. Arb. d. Metallfabrik Kroll, Wilmersdorf, 2. Rate 5,80. Firma Prädler d. Lenz 12,40. Wilmersdorf u. Zumppe, Buchbinderstr. 5. Rate 36,85. Verband d. Schneider a. Conio auf Witten 140. — Bauarb. b. Haderland, Friedbergstraße 1,70. Raufschuh „Geldmilde Hüper“ 5. — Strahlfabrik, Transpaktur u. Arb. d. H. C. G., 21,40. Hülshard d. H. C. G. d. Krumann 1. — Arb. d. Berl. Genossenschaftsbäckerei, 6. Rate 13,10. I. Wahlkreis: Wille 6422 4,50. 6427 3,50. Planofabr. d. Stadt Straußberg, 5. Rate 28,55. Centr.-Verb. d. Hammerer, Barth a. D. 20. — Stukkatureur und Bildbauer v. Admickolshutz 11,55. Hülshard der Stukkatureur Stegely 9,15. Lotteriekass. „Hoffnungstern“ 10. — Wäschmaschinenbau u.

Nat.-Arch. Rätz 15. — Tischlerei vom Osten, Brunnenstraße, 4. Rate 7. — Töpfer u. Bau Spiegel, Stegely 10,50. Tischlerei H. Kuffin, Wollmerstraße, 6. Rate 17,65. Deinstätte Gütergoh 10,10. D. Woll, Weich 5. — Berliner Holzgewerkschaft 5. — Chemig. Kunststoff u. G. Schütte 9,80. Drei Geleure 1,50. Arb. v. Aug. Schulz, Belleallianerstraße, 5. Rate 7. — Tischlerei G. Seyfert, Wilmersdorf, 2. Rate 8. — Steinmetzen Bau Handorf 5,50. J. Seifert, Berlin 1,05. Die Wollschreiner, 3. Rate 2,90. Lotterieverein „Kiele“ 5. — Rohleger d. „Reptun“ Filiale N.W. 2,95. Heimom Wilmersdorf 17,75. Unbekannt d. B., Dblau i. Schl. 125,00. Töpfer u. Bau Remerstr. 16 6. — Eisblecherei der Schles.-Holst. Landmannschaft 6,65. Möbelfabrikere Tischler u. Co. 13,55. Pers. Haasenstein u. Vogler 45,55. Sparverein „Königser Schweiß“, 2. Rate 17,55. Tischlerei Gerds, 5. Rate 8. — Lopez, v. Bredel 13,85. Buchdruckerei Hoffmann, Anklamstraße, 3. Rate 13,15. Buchdruckerei Hermann, Stahlstraße, 3. Rate 11,10. Handwerkerverein Wilmersdorf a. Nordbahn 20. — Hülshard, Drucker „Wage“, 8. Rate 14,70. Möbelfabrik Böhm, Fruchtstraße 6. — Möbelfabrik Jc. Berndt, 4. Rate 31,00. Hülshard und Hülshardarbeiter von Rosenfeld u. Co. 25,50. Loraberg 10. — Buchdruckerei Kuhn, Wilmersdorf (darunter von Aug. u. Lange 3. —) 30. — Möbelfabrik der Genossenschaft „Stern“ 5. Rate 6. — Arbeiter von R. Koppe, 2. Rate 14,85. S. Oppenheimer, Hamburg 1. — Jander u. Orth 5,55. Tischlerei von Andre, 3. Rate 6,50. Bei einer Bierreise gel. 2,15. Arb. d. Raufschuh. Johannesberg 15,60. Arb. d. Berl. Rotermagenfabr. Tempelhof, 3. Rate 33,65. Tischlerei Gurth, Fruchtstraße 6. Rate 13. — Lange, Werter u. Co., Krossenbr., 7. Rate 7,45. Tischlerei Gark, Graumstraße 1,50. Tischfabr. v. Raude, Marzushof, 4. Rate 10. — Buchdruckerei Kroll u. Bittner 8,70. Tischfabr. u. Tischlermeister 10. — Planofabr. Trautwein, 4. Rate 5,75. Pers. u. Kuhl u. Glatz, 4. Rate 11,95. Rife, Blumenstraße 1. — Leberwarenfabr. S. Markewitz, 12. Rate 6. — Photogr. Fabr. v. Joller, 4. Rate 4,75. Personal v. Langenbrud 8,50. Metallorgfabr. Solon u. Co., 7. Rate 12,15. Grün u. Hedwig, Oranienstraße 25. — Werthele Stein 3,60. Tischlerei Courtois, Schwedterstr. 8. — Rate II 3. — Wöl. d. Böhlg, 4. Rate (dar. Ueberich, d. Franzensende 1,80) 9,40. Arb. u. Arbeiterinnen d. Schiller Wäsch, Balancierfabr. 11,45. Schraubendreher v. Buhle, Brandenburgerstr. 12,45. Bengler, Römisch 18,40. Arb. d. Möbelfabrik H. Lade, 4. Rate 30,50. S. u. H. Lindenhof Saal II, 2. Rate 26,40. Raufschuh 1,85. Dangelstraße 5,50. Süderarb. v. Rosgan, 4. Rate 15. — Bildbauer u. Prof. Taubert 6,25. Planofabr. A. Roth, Prinzstr. 7. — Liste 12 281 d. Conrad 16. — Buchdruckerei Schüller, Graumstraße, 4. Rate 7,80. Buchdruckerei Kufah, Wollstraße 11,95. „Ostend“ 19,50. Gasfabrikfabr. Barckenhoff, 5. Rate d. B. D. 15. — Raufschuh „Einigkeit II“, R. d. H. R. D. 6,50. Tischlerei Rulle, Fruchtstraße, 7. Rate 17. — Gesammelt bei Müller, Yorndorferstr. 11 1,20. Schüller u. Balder, Bauarb. Rohleger, 3. Rate 13,10. H. C. G. Uebertrag, Abteilung Barth 36. — do. Reiter Bahn 13,15. Pianomöbelfabrik E. Jankö, 3. Rate 78. — Gelehrer Grauert, Stralau 29,80. Tischlerei Köhner, 1. Rate 12. — Tischlerei Linke, 3. Rate 12,50. Möbelfabrik „Hoffnung“, 7. Rate 15,75. Tischlerei Jonelleit u. Wast 7,60. Fr. Trümper 3,90. Tischlerei Platon 10,80. Gelehrer Abend der „Lieberlust“ Tischler 12,75. Buchdruckerei Thomas 7,35. Möbelfabrik Krumann u. Bumar, 6. Rate 40. — Fabrik A. u. G. Löwenstein 21,40. Buchdruckerei Schüller 3,50. Tischlerei Kimmel u. Friedrichs 30,25. Gefelliges Besamensein Waler von Gebr. Drabig 17,60. Liste 8992 5,80. Tischler und Polierer Hies u. Co. 5,50. Wegner, Breitenstraße 4,60. Rate Hindlante, Richter, Veltlingstraße 3,16. Franzensende 2,10. Buchdruckerei Besener nebst Einleger, 4. Rate 7,70. Jungnickel, 2. Rate 4. — Rauver Bau Hülshard d. Reonhardt, Sommerstraße 18,85. Buchdruckerei R. Kettmeyer 10,05. Gummi-Arbeiter und Arbeiterinnen von Geh 15,00. Luruspapierfabrik B. Bernand u. Co., 8. Rate 14,70. Ristenfabrik Junf u. Co. 4,35. Firma Vater Stegely, 2. Rate 22,00. Tapezierer v. Dittmar, Möbelfabrik 15. — Personal von Hellmann 2,65. Buchdruckerei Lieberens, 5. Rate 10,50. Raufschuhfabrik Duden, Richter 10,25. Gante u. Reber, Königsbergerstraße, 4. Rate 25,20. Freund's Hengelerstraße 41,95. Möbelfabrik Jelter u. Hatten 30,15. Schlosserei Schüller u. Co. 12. — Baumkempneri Moriz Schulz 14,20. Möbelfabrikerei Hoffmann, Wollstraße 19,65. Schlosserei von Scheibensch, 2. Rate 8,50. Grabente von P. Hübner, Marzushof 4,05. Töpfer vom Bau Woll u. Werner, Harzerstraße 8. — Planofabrik von E. Schopf, 3. Rate 8,40. Rud. Müller, Himmelsburg, auf Hften gesammelt (darunter H. C. G., Radelweiser 8,50) 118,37. Organisierte Fensterputzer v. Wilmersdorf, 3. Rate 9,50. Stammschiff Bauu, Brandenburgerstr. 5. Rate 10. — Wille 12 283 d. Tropf 9. — Lithographen v. Deimann u. Schmidt 20,50. Rieberschönhauser Männer-Gesangsverein 4. — Stukkatureur und Arbeiter von Schuber 9,50. Möbelfabrik Wöhler u. Schwab, 3. Rate 22,35. Einige Stukkatur. aus Dürschade d. 4 v. d. Kappe, 4. Rate 37,15. Telephonfabrik v. Beder, Stahlstraße 4,80. S. u. H., Saal 25 a, 6. Rate 9,75. Möbelfabrik Dein, Wolladenstraße, 4. Rate 12,20. Eisenfabrik d. Wille 57,55. Weimarschlag Wiger 4,75. Buchdruckerei H. B. Schade, 7. Rate 14. — Metallarbeiter Bernert, Charlottenburg, 7. Rate 9. — Durch Fildler, Neue Anstaltstraße 2. — Metallfabrik Rofke 2,80. Tischlerei D. Wehe, Lütznerstraße 7. — Kronleuchterfabrik Reiche, Himmelsburg 7,55. Simons Möbelfabrik, Ballstraße, 2. Rate 16,10. Möbelfabrik Lennig u. Japh 18,60. Buchdruckerei Hildebrandt, 2,60. Tischlerei Grauer, Balladenstraße 3,90. Berliner Wäschfabrik, Elisabeth-Str. 5. Rate 12,45. Schraubendreher v. Louis 9,95. Wille 5005 (6. Kreis) 9,10. Guttmacher, Hülshardstraße 10. — H. Bahard, Geinam 1. — Wähing u. Sohn, Reichenbergerstraße 9,10. Möbelfabrik Schüller, Petersburgerstraße, 4. Rate 15. — Planofabrik „Perfur“, Urbanstraße, 2. Rate 15,60. Werkzeugbau H. B. D. 6,10. Anstaltfabrik H. B. D. 13,95. Möbelfabrikere Belle u. Raumann, Petersburgerstraße, 4. Rate 16. — Gesammelt v. Nardien's Wöhlitz 4. — Planofabrik Lehmann, Königsberger- und Fruchtstraße, 4. Rate 30,60. S. u. H. C. G., H. D. U. H. 13,50. Raufschuh. Automobilfabrik, 5. Rate 35,60. Gölte v. Borff, Reichenbergerstraße 3,10. Stukkatureur von Schiller 10,50. Tischlerei E. Kohl u. Frajerer H. E. E. H. 5. Rate 9,20. Planofabrik Wiese u. Helmeke, 3. Rate 8. — Anstaltfabrik Reine u. Weller, 6. Rate 15,65. Stukkatureur Firma Woll 10,50. S. u. H., Saal 34, 5. Rate 30,30. Arbeiter d. Möbelfabrik J. E. Wast, Saal 4, 10. Rate 16,10. Karl Darmig 2. — Buchbinder H. E. Scherl, Woll 50,50. Kallmeyer Oberpre, Saal B, 3. Rate 25,25. Tapezierer Berlin W., 2. Rate 3. — Veroniml. Seillon 9 d. Hülshard, Woll, Wollstraße 15. — Töpfer v. Raufschuh, Richter, Wollstraße 7,35. Wende aus d. Neuen Hindlstraße, 8. Rate 9,60. Vom Personal der Buchdruckereien: Ferd. Wöhlert, 8. Rate 12,25. C. Behrens auf Wille 8823 4,05. B. Hagenstein, Verbandsamtsglieder, 11. Rate 21,05. Denter u. Nicolai, 7. Rate 15,70. Deutscher Verlag, Gellingserei 52,70. Deutsche Warte, 6. Rate 15. — Otto Glaser 51,50. Gebr. Ormunt, 4. Rate 12,15. Darmig Radf., 2. Rate 9,10. W. Haushmann 9,15. E. G. Hermann, 12. Rate 112,60. Th. Kuller, Stempelstr. 10. — Karl Kühn Ebné, 5. Rate 39,35. Reith Rühl, 9. Rate 7,10. E. G. Richter u. Sohn, 9. Rate 53,05. B. Wöhlert 18,55. R. Wöhlert, Wilmersdorf, Sefer, Drucker, Stereotypen 51,20. R. Wöhlert, Reitung 25,25. „National-Zeitung“, 9. Rate inkl. 3 R. vom Kantinenwirt Burg für eine gut bediente Druckerarbeiten 37,70. Norddeutsche, Saal 6, Wollstraße 8,40. Paß u. Geisel, 8. Rate 39. — Vormittler, 5. 6. Rate 12,10. Rosenhof u. Co., Rungelstraße, 5. Rate 11,15. Seydel u. Cie. 10,75. Seydel u. Cie., Hülshard 5,45. E. Simon Radf., 6. Rate 8,20. H. Seifert, Stereotypen 3,50. Stern-Kler 21. — Stern-Wendehöfner 13,70. Wilmersdorf u. Co., Wilmersdorf, 11. Rate 24. — Wilmersdorf u. Co., Reitung 11. Rate 22,35. Gebrüder Unger, 11. 12. Rate 35,40. Vereinsbureau 4,50. „Vorwärts“, Reitung, 11. Rate inkl. 3 R. v. Gen. Augustin 33. — Stahlh. „Schüler“ 2. — 3. Weller Wahlkreis, gel. auf Witten: 6093 4,05. 6096 8,65. 6097 10,50. 6098 8,15. 6099 Berl. Papiererei - Manufaktur, Schleifstraße, d. Lindner 5,85. 6100 11,05. 6124 6,25. 6128 durch Dertel 13,95. 6079 Tischlerei G. Lindt, Wollstraße 5, 5. Rate 22,35. 6216 Ledermwarenfabrik von Hugo Bunte, 5. Rate 15,30. 6057 3,35. 6254 Bau Holzmeister Wier, Firma Schulz, 4. Rate 9,75. 6258 9,25. 6171 10,20. 6183 b. Jochen-Schnäger 19,90. 6141 2,85. 6144 d. H. Wante 6,15. 6176 10,50. 5927 14,75. 5928 15,25. 5929 9,45. 5934 3,80. 5948 10,50. 5908 17,50. 5899 4,55. 5820 12,65. 5889 5,40. 6009 14. — 6010 16. — 6200 3,70. 12522 Bau Hofmeister Wier, Firma Schulz, 4. Rate 6. — 5870 17. — 5963 Personal von A. Wiltus, Drantenstraße 119, 3. Rate 17,45. 6299 7,50. 5972 12,60. 5960 Tischlerei Schwan 25,90. 12547 Kunstausstellung Wollhüt, 6. Rate 11,10. 5983 Tischlerei von Bodenheim 7,50. 6245 13,10. 6241 d. Karl Brand 7,50. 6980 11,78. 5904 9,15. 5912 9,40. 5918 Road 9,90. 6294 28,80. 6296 27. — 5825 34,80. 5832 neun Töpfer, ein Träger, Bau Paris, Raufschuhstraße 15. — 5838 Buchdruckerei Hagemann, 3. Rate 14,20. 5846 13. — 5801 5,05. 12551 von dem Zimmermann der Firma Geheer bei Rudolph Herzog 4,70. 5851 9. — 5872 9,55. 5880 19,20. 5882 5,80. 5884 5. — 6259 9. — 5872 Berliner Wahlkreis (Wien) auf Witten gesammelt 428,52 (dar. Stadlar Goldmann 6,60. Wille 6709 inkl. 10,25 von Wiltg. des Circus Woll 15. — Einige Rühl d. Verwaltungsratsführung d. Berl. Fein-Ver. 21,83. 8743 Schulfabrik Schiller, Brunnenstr. 11. — 8759 Hülshard, Hülshard, durch Rätz 11,15).

Summa 6287,25 R., bereits quittiert 211 413,94 R., Gesamtsumme 217 701,19 R. Alle noch ausstehenden Beträge und Listen einzulösen wird baldigst in unserm Bureau in der Zeit von 9-1 und 6-8 Uhr abzuheben. Postsendungen sind an H. Korfien, Engel-Str. 15, zu adressieren. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Aus der Frauenbewegung.

Ober-Schönweide. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am Montag eine Versammlung ab, in der Genosse Walter referierte. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, die Versammlungen in verschiedenen Lokalen stattfinden zu lassen. Die nächste Versammlung findet am 15. Februar im Wilhelmshof-Kasino statt.

Proletarische und bürgerliche Frauenbewegung in Norwegen.

Der „Norwegische Frauen-Nationalrat“, der eine Abteilung des „Internationalen Frauenrates“ bildet, hielt vor kurzem seine erste Versammlung in Kristiania ab. In diesem Frauen-Nationalrat sollen sich nach dem Wunsch der Gründerinnen „alle arbeitenden Frauen“, die Vereinigungen gebildet haben, durch Repräsentanten zusammenschließen zu einem großen Verbande, der dementsprechend alle Arten weiblicher Arbeit, Vertreter aller Gesellschaftsklassen, aller Glaubensbekenntnisse und aller politischen Parteien umfassen soll.“ Der Frauen-Nationalrat soll „arbeiten für eine höhere Moral in Politik und Gemeindeverwaltung, in Handel und Wandel des täglichen Lebens und das wachsame Bewusstsein der Frauen sein, das seine Aufmerksamkeit auf Gesetze und Verordnungen richtet, besonders auf solche, die Frauen und Kinder angehen.“

Die sozialdemokratischen Frauen, die man noch vor anderthalb Jahren bei dem großen Frauenkongress vermissen hatte, waren zu der erwähnten konstituierenden Versammlung des „Nationalrates“ freudigst eingeladen, haben aber die Einladung abgelehnt, und zwar wurde sie in sämtlichen dem „Frauenverband der Norwegischen Arbeiterpartei“ angeschlossenen Vereinen abgelehnt. Hierüber hat sich nun in „Socialdemokraten“ eine lange Debatte entwickelt. Die Führerinnen der bürgerlichen Frauen sprachen in Einladungen ihr heftiges Bedauern über die abweisende Haltung der Arbeiterfrauen aus, worauf unsere Parteigenossinnen selbstverständlich die Antwort nicht schuldig blieben. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben übrigens, selbst wenn man annehmen wollte, es wäre unseren Parteigenossinnen möglich, mit einer Organisation wie der oben charakterisierten zusammenzuwirken, die Abfuhr wohl verdient, und zwar wegen ihrer höchst verdächtigen und reaktionären Haltung dem gesetzlichen Arbeiterinnenstand gegenüber. Wie wir weiter Zeit mitteilen, haben sich die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in edler Begeisterung für die Gleichberechtigung der Frauen gegen jeden besonderen Arbeiterinnenstand in der Fabrikgesetzgebung gewandt und damit das gleiche Ausbeutungsrecht der Unternehmer seinen weiblichen wie seinen männlichen Arbeitern gegenüber verlangt. Das haben ihnen die organisierten Arbeiterinnen noch nicht vergessen.

Frau Martha Thynäs schreibt im übrigen zu dieser Gelegenheit: „Die Frauen von der Arbeiterpartei wissen auch, daß, wenn man im Ernste die sozialen Fragen lösen will, man sich dem sozialistischen Programm ganz anschließen muß, weil es nur dadurch möglich wird, wirklich praktische Reformen durchzuführen. Darum schließen sich auch immer mehr Frauen und Männer diesem Programm an, da sie einsehen, daß dies der einzige Weg ist, um zu den Rechten innerhalb der Gesellschaft zu gelangen und alle Mißverhältnisse auszugleichen. Sollte es sich jedoch zeigen, daß der Frauen-Nationalrat wirklich mitwirken will, die sozialen Forderungen zum Wohle der leidenden Menschheit, der arbeitenden Klasse zu erfüllen, so wird ihm unsere Unterstützung nicht fehlen.“

Versammlungen.

Die Berliner Lithographen, Filiale des Vereins der Lithographen, Steinbrüder und Berufsangehörigen Deutschlands, hielt ihre Jahresgeneralversammlung am 13. Januar ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles gab Dübelt den Kassenbericht sowie den Jahresbericht des Vorstandes. Der Versammlungsbefuch hat sich im vergangenem Jahre erfreulich gehoben, und wurde beruflichen Fragen das größte Interesse entgegengebracht. Es fanden 12 Monats- und 8 öffentliche Versammlungen, sowie 14 Vorstands- und 13 Vertrauensmännerversammlungen statt. Außerdem wurden 68 Geschäftsversammlungen veranstaltet, die guten Erfolg hatten. Es gelang, die Mitgliederzahl, die am Jahresanfang 487 betrug, auf 659 zu erhöhen. Die Jahreserinnahme betrug 18 317,30 M. Für Arbeitslosenunterstützung wurden ausgegeben 6103 M., für Unterstützung auf der Höhe 1260 M., Umzugskosten 70 M., Maßregelungsunterstützung 478 M., für örtliche Verwaltung 1580 M., und der Hauptkasse 3786 M. überwiesen. Die Agitation unter den Kerntilithographen und Kartographen war von wenig Erfolg begleitet. Ein-gabe an die Handwerkerkammer und an die Gewerbedeputation, die sich gegen Auswüchse im Lehrlingswesen richteten, blieben resultatlos, während sich durch die öffentliche Kritik die Zahl der Lehrlinge in einigen Geschäften verminderte. An Arbeitslosenunterstützung wurden im Dezember allein 1197 M. gezahlt. Die Arbeitszeit wurde bei einer Firma um eine halbe Stunde verkürzt, bei mehreren kleinen Firmen der Mindestlohn heraufgesetzt. Beschlossen wurde die Verteilung am Heimarbeiterskongress. Die Renovation des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Dübelt; 2. Vorsitzender Kall; 3. Schriftführer Dammid; 4. Schriftführer Habertern; 2. Kassierer Graymann; Beisitzer Gundlach, Bilde, Burchelt und Fuchs; Revisoren Bätold, Kochau und Witttrud; in die Ratineckommission wurden gewählt Albrecht und Zehnede.

Der Verband der Lagerhalter hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Die Konferenz der Lagerhalter der Provinz und Verschiedenes“. Nachdem Lamm die Notwendigkeit und Bedeutung der Konferenz erörtert hatte, wurde beschlossen, dieselbe am 4. April dieses Jahres (2. Osterfeiertag), nachmittags 2 Uhr, zu Berlin im Gewerkschaftshaus abzuhalten. Die Tagesordnung wurde nach kurzer Debatte wie folgt festgelegt: 1. Die Versicherungspflicht der Lagerhalter. 2. Sind unsere Mindestforderungen reformbedürftig? 3. Situationsberichte der Kollegen. 4. Verschiedenes. — Unter Verschiedenem wurde die Freigabe eines halben Tages in der Woche erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß es für die Lagerhalter besonders schwierig sei, ihre Versammlungen abends abzuhalten. Diefelben könnten schwerlich vor 10 Uhr ihren Anfang nehmen, wegen des weiten Weges, den verschiedene Kollegen zurücklegen müßten. Beschlossen wurde, sämtlichen Verwaltungen Berlins und Umgegend einen dementsprechenden Antrag zu unterbreiten, damit die Lagerhalter im stande wären, ihre gewerkschaftlichen Pflichten mit Ruhe wahrzunehmen. Eine Sammlung für die Crimmitschauer Weber ergab 15,70 M.

Verband der Möbelpolierer. In einer Bezirksversammlung für den Osten errieten der Bezirksleiter Varenhitz sowie die Mitglieder der Kartellkommission Bericht über ihre Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Sie war eine sehr rege und auch fruchtbare. 270 Briefschaften wurden zu Sitzungen eingeladen; 450 Kollegen aus 111 Werkstätten leiteten der Einladung Folge. Meistens dienten diese Sitzungen der Agitation, teilweise hatten sie den Zweck, dem Ueberwinden entgegenzuwirken. In dieser Hinsicht ist, namentlich was die organisierten Möbelpolierer anbelangt, eine Besserung eingetreten; dennoch kommt auch jetzt noch übermäßige Ueberzeitarbeit und Sonntagsarbeit nicht selten vor. Ueberzeitarbeit wurde in 35 Werkstätten konstatiert, Sonntagsarbeit in 31. — An die Berichte knüpfte sich eine kurze Debatte, in der besonders gegen die Ueberzeit- und Sonntagsarbeit gesprochen wurde. Sodann berichtete Reuter über die Verhandlungen der Verbandstages. Der Referent konnte wie die Diskussionsredner gingen besonders auf den vom Verbandstag abgelehnten Antrag auf Anschlag an den Holzarbeiter-Verband ein. Der hierin vom Verbandstag gefasste Beschluß wurde von den meisten Rednern nicht für richtig befunden. Darauf wurde über die Frage: „Wie stellen sich die Kollegen zur Anstellung eines Beamten?“ debattiert. Es hat sich gezeigt, daß es immer schwieriger wird, die Leitung der Verbandsgeschäfte und der Agitation durch einen Kollegen zu besorgen, der den ganzen Tag in der Werkstatt tätig sein muß, weshalb es einem Teil der Mitglieder unumgänglich notwendig erscheint, einen besoldeten Verbandsvorsteher anzustellen. Die Bezirksversammlung beschloß nach langer und lebhafter Debatte, die Generalversammlung die An-

stellung eines besoldeten Verbandsbeamten zu empfehlen. Als Bezirksleiter sowie auch in die Kontrollkommission wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. — Bezugnehmend auf den Heimarbeiterskongress machte Reuter noch darauf aufmerksam, daß auch im Möbelpolierergewerbe die Heimarbeit mit allen ihren schlimmen Folgen Eingang gefunden hat, namentlich auch, was die schrankenlose Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte anbetrifft. Er forderte diejenigen Kollegen auf, denen derartige Tatsachen und Zustände bekannt sind, Mitteilung an seine Adresse: Memelerstraße 42, zu senden.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am 17. Januar in der Industrie-Festhalle seine Generalversammlung ab. Nach der Abrechnung vom vierten Quartal, die der Kassierer Wegner vorlegte, beliefen sich die Einnahmen auf 7398,05 M., die Ausgaben auf 3915,95 M., so daß ein Ueberschuß von 3482,10 M. erzielt wurde; dazu der alte Bestand von 31 518,64 M. gerechnet, ergab am Ende des Quartals einen Kassenbestand von 35 000,74 M. Der Kassierer wurde von der Generalversammlung einstimmig entlastet. Dem Berichte des Vorstandes, den der Vorsitzende Schäfer gab, ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr nach außen hin recht ruhig verlaufen ist. Große Bewegungen fanden nicht statt und nur verhältnismäßig wenig Sperren wurden notwendig. Innerhalb der Organisation herrschte dagegen reges Leben. Es fanden im verfloffenen Jahre vier ordentliche, drei außerordentliche Generalversammlungen, sieben Vereinsversammlungen, zehn Bezirksversammlungen und 137 Morgensprachen statt. Wegen der Reisezeit haben 60 Unternehmer 279 Mitglieder des Vereins einen Tag ausgespart. Arbeitslose meldeten sich im Laufe des Jahres 502 auf dem Bureau, verlangt wurden 310, in Arbeit gebracht 245. Die Zahl der Mitglieder ist im verfloffenen Jahre von 1548 auf 1630 angewachsen. Seit 1893, wo der Verein nur 233 Mitglieder zählte, hat, mit Ausnahme des Jahres 1901, wo ein unbedeutender Rückgang stattfand, die Mitgliederzahl von Jahr zu Jahr beständig zugenommen. In gleichem Maße sind auch die Einnahmen und Ausgaben, sowie der Kassenbestand des Vereins gestiegen. Die Ausgaben für Streiks und Maßregelungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 8199,45 M., wovon 1750 M. auf Unterstätungen für Lohnkämpfe in anderen Verufen entfallen. Pro Mitglied wurden im Jahre 1902 5,61 M., 1903 6,07 M. für Streiks und Maßregelungen ausgegeben. Die Summe der gemeldeten Arbeitslosigkeit belief sich im Jahre 1903 auf 3242 Wochen gegen 4078 Wochen im vorhergehenden Jahre. Durch Fragebogen wurde ermittelt, daß 1498 oder 91,4 Proz. der Mitglieder ihre Vereinsbeiträge statutgemäß in Ordnung hatten, 1247 oder 78 Proz. an der Reisezeit teilnahmen, 676 oder 41 Proz. Abkommen des „Vorwärts“ waren und 348 oder 21,2 Proz. politisch organisiert waren. — Die der Bibliothekar Klinger berichtete, haben 406 Bücherverleihungen stattgefunden; 42 Bücher wurden angekauft, der Bücherbestand ist auf 356 Bände angewachsen. — Den Bericht der Rechtschutz-Kommission gab Fischer. Der Kommission wurden im Jahre 1903 38 Fälle gemeldet: 3 Strafsachen, 2 Lohnklagen und 33 Unfallsachen. Bei den Strafsachen kam es zweimal zur Verurteilung, einmal erfolgte Freisprechung. Die Lohnklagen wurden beide gewonnen. Von den Unfallsachen hatten 16 Erfolg, 13 blieben erfolglos. Bei der Berufsgenossenschaft wurden drei Anträge auf Wiederaufnahme des Heilverfahrens und Rentengewährung gestellt. Beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wurden 18 Klagen eingereicht, wovon 11 gewonnen wurden und 7 verloren gingen. 11 Rekurse gegen Urteile des Schiedsgerichts wurden beim Reichs-Versicherungsamt erhoben; davon wurden 5 gewonnen und 6 abgewiesen. Vom Bureau aus sind außer den Gewerbegerichtsachen 6 von den Unfallsachen vertreten worden; bei den übrigen war wegen Mangel an Zeit fremde Hilfe notwendig. — Sodann berichtete Labyki über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartells. Darauf gab Fischer den Bericht von der Kitzlehner-Kommission. Im verfloffenen Jahre sind nur wenige und unbedeutende Differenzen vorgekommen, so daß zu größeren Maßnahmen kein Anlaß gegeben wurde. Der vereinbarte Lohn wurde in den meisten Fällen ohne weiteres gezahlt und dort, wo das nicht geschah, mußte das Fehlende nachgezahlt werden. In einem Falle kam es zur Klage; auch hier wurde der Unternehmer zur Innehaltung der Vereinbarungen veranlaßt. Infolge der guten Konjunktur wurde in vielen Fällen mehr als 67/100 Stundelohn gezahlt. Die festgesetzte Einteilung der Arbeitszeit wurde leider nicht immer innegehalten, was, wie der Redner erklärte, weniger Schuld der Arbeitgeber als der Arbeiter war und auf deren Gleichgültigkeit zurückzuführen ist. Hinsichtlich der Verboden und Aborte ist eine geringe Besserung eingetreten, doch bestehen noch mangelhafte Mißstände.

Ueber die Berichte fand nur eine kurze Diskussion statt. Dagegen wurde sehr lebhaft über einen vom Vorstande, sowie in der erweiterten Sitzung gutgeheißenen Antrag: einen besoldeten ersten Vorsitzenden anzustellen, debattiert. Für den Antrag wurde geltend gemacht, daß der jetzige, vom Verein nur zu zwei Dritteln, im übrigen von der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands besoldete Angestellte nicht Zeit genug übrig hat, um die Interessen der Berliner Zimmerer genügend wahrzunehmen, so daß die Mitglieder sich bei Differenzen oft vergeblich an das Bureau wenden. Der Antrag wurde schließlich mit 15 Stimmen angenommen. Die Wahlen zum Vorstande hatten folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Juppenlag, zweiter Herr Lehmann; erster Kassierer Gottlieb Wegner, zweiter Reicher; erster Schriftführer Glagow, zweiter Labyki. Als Kontrolldelegierten wurden Plantilow und Wislawa gewählt, als Revisoren Hoff und Sorgenfrei, als Kartelldelegierter Fischer und als dessen Ersatzmann Pöster. Die Kartelldelegierten sollen in Zukunft zum engeren Vorstand gehören und zu allen Sitzungen zugezogen werden. In die Kitzlehner-Kommission wurden als Delegierte Juppenlag, Fischer, Hoffmann und Berneder, als Ersatzmänner Weisel, Reicher, Sorgenfrei, Waschulewski und Smylawski gewählt. In die Agitationskommission wurden gewählt: Münnich, Weisel, Waschulewski, Hoher, Schmölke, Sorgenfrei und Meyer. Die Wahl der Rechtschutzkommission wurde vertagt. Da am 21. Februar die Konferenz der Zimmerer Deutschlands stattfindet, wurde beschlossen, die nächste Versammlung, wo die Delegierten zur Konferenz gewählt werden, am 14. Februar abzuhalten. Daß der Vorstand 200 Mark für die Crimmitschauer Weber und 100 Mark für die Zinkgießer bewilligte, wurde von der Generalversammlung genehmigt. Ein Antrag, den ausgesparten Webern noch weitere 100 Mark zu bewilligen, wurde dem Vorstand überwiesen.

Schöneberg. In der am 19. d. M. stattgefundenen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins ehrten die Anwesenden vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Genossen Philipp Pracht in der üblichen Weise. Als dann erstattete der Kassierer den Bericht vom 1. Quartal, aus welchem zu entnehmen ist, daß bei einer Einnahme von 1267,82 M., einschließlich des Bestandes vom letzten Quartal in Höhe von 210 M., eine Ausgabe von 1053,72 M. zu verzeichnen war. An den Streiks wurden insgesamt 1103,72 M. abgeführt. Aus dem Kassenbericht für die Stadtverordneten- und Landtagswahlen ist zu ersehen, daß bei einer Einnahme von 1066,65 M. und einer Ausgabe von 833,95 M. ein Ueberschuß von 232,70 M. erzielt wurde. Genosse Fischer, welcher noch einige Erklärungen zu dem Bericht gab, beantragte die Entlastung des Kassierers, welche einstimmig angenommen wurde. Als dann referierte Genosse Zubeil über „Rückblick und Ausblick“. Er wies darauf hin, daß die Arbeiterklasse auf der Hut sein müsse, gehen wir doch schweren Zeiten entgegen. Zur Zeit lasse sich noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, was die Regierung und die Schatzmacher im Schilde führen. Aber zum Beweise, daß etwas in der Luft liege, möge man nur die Reden des Grafen Bülow und des Reichherren v. Limburg-Sturum, anlässlich der Etablierung im Dezember des vorigen Jahres, aufmerksam nachlesen. Auch der jetzt in Crimmitschau so jäh beendete Kampf der Weber gegen das

Fabrikantentum mußte den nur-Gewerkschaftern doch endlich die Augen öffnen, daß mit der reinen Gewerkschaftsbewegung nicht zu rechnen sei, sondern nur durch ein Zusammenarbeiten von Gewerkschaft und Partei. Unter Hinweis auf die stattgehabten Stadtverordnetenwahlen, bei welchen die Parteigenossen sichtlich abgelehnt haben, wendet Redner sich zum Schluß an die anwesenden Frauen und ersucht dieselben, wenn auch ihre Forderungen in absehbarer Zeit noch nicht betriebligt werden sollten, ihren Schulters an Schulters mit den Männern zu kämpfen zur Verwirklichung des Proletariats und stets ihres Naturgesetzes eingedenk zu sein: „Durch Kampf zum Sieg!“ (Großer, langanhaltender Beifall.) Genosse Kutzer sprach in der Diskussion in längeren Ausführungen im Sinne des Referenten. — Unter Vereinsangelegenheiten gelangten 14 Genossen zur Aufnahme und 64 Genossen zur Abmeldung. Die nächsten Bezirksversammlungen finden am 2. Februar statt. — Zur Kreis-Generalversammlung werden drei Anträge gestellt: 1. Anderweitige Zusammenfassungen des Centralvorstandes; 2. Änderung des § 11 des Organisationsstatuts dahingehend, daß Orte mit bis 200 Mitgliedern 2 Delegierte, Orte mit 200 bis 500 Mitgliedern 3 Delegierte und Orte mit über 500 Mitgliedern für jedes angefangene 500 Mitglieder einen Delegierten mehr entsenden soll; 3. den Mitgliedsbüchern ist das Organisationsstatut und das Programm anzuhängen. Sämtliche Anträge fanden die Zustimmung der Versammlung.

Steglich. Ueber den Nutzen von Bibliotheken für Arbeitervereine sprach Genosse Grundwald-Friedenau in der letzten Wahlvereins-Versammlung. Nach einer kritischen Würdigung der heutigen Volkshilfsmittel und der Konstatierung von deren Unzulänglichkeit in jeder Beziehung, betont Redner die sich daraus für die Arbeiter ergebende Notwendigkeit, wie auf allen anderen Gebieten innerhalb des Klassenkampfes, so auch hier Selbsthilfe zu üben, um eine bessere Allgemeinbildung zu erringen. Als eines der verschiedensten Mittel hierzu empfiehlt Redner die Einrichtung von Bibliotheken und eventuell Lesezimmern und gibt verschiedene Anregungen über deren praktische Ausgestaltung und die Auswahl der Bücher, Zeitschriften usw. Um die gehörten Ratschläge für den Verein nutzbar zu machen, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden eine Kommission gewählt, welche sich mit dem Gegenstande befaßt und einer späteren Versammlung diebezügliche Vorschläge machen soll. Gleichzeitig wurde dieser Kommission aufgegeben, die vom Gewerkschaftsartell vor längerer Zeit angeregte Centralisierung aller hier bestehenden Arbeitervereins-Bibliotheken weiter zu verfolgen, um auf diese Weise die vorhandenen Bücher einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen. Hierfür nahm die Versammlung den Kassenbericht vom letzten Quartal entgegen und wählte die Genossen Dräger und Finart als Delegierte zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins. In der vorigen Versammlung war der Antrag auf Ausschluß eines Genossen, wegen Nichtausübung seines Wahlrechts bei der Landtagswahl, zurückgestellt worden, weil der letztere nicht anwesend war. Wie der Vorsitzende mitteilt, war der Genosse zu einer Vorstandssitzung sowohl als auch zur heutigen Versammlung schriftlich eingeladen, um sein Verhalten zu rechtfertigen. Er hat der Einladung nicht Folge geleistet und wurde nunmehr der Antrag auf Ausschluß nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Die Anfrage, ob das „Vorkommnisse“ freigegeben sei, wie der Wirt gegenüber seinen Gästen behauptet, wurde dahin beantwortet, daß dieses Lokal nach wie vor als gesperrt zu betrachten sei. Aus der Mitte der Versammlung wurde Beschwerde geführt, daß über die letzte öffentliche Versammlung kein Bericht im „Vorwärts“ erschienen sei. Genosse Krause als Schriftführer der betreffenden Versammlung versicherte, daß er seine Pflicht erfüllt und einen Bericht eingeleitet habe. Nachdem noch zur Einverständigung der Wählerlisten zur Gemeindevahl, welche jedenfalls vom 15. Januar bis 1. Februar ausliegen, aufgedruckt war, erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Jeshendorf hielt am Dienstag, den 19. d. Mts., seine jährliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen E. Juch: „Die Entlohnung der bürgerlichen Parteien“. Leider war Genosse Juch verhindert und so sprach Genosse Paul Göhre für denselben ein und gab einen politischen Ausblick, in welchem er alle wichtigen Ereignisse der letzten Zeit Revue passieren ließ und auch unsere bevorstehenden Gemeindevorteiler-Wahlen nicht vergaß. Das Referat, welches sehr beifällig aufgenommen wurde, fand zum Schluß aus in die Aufforderung, daß alle bei den bevorstehenden Wahlen ihre Pflicht thun mögen, um auch in den Karpenteier unserer Gemeindevorteiler einen Schritt in Gestalt eines sozialdemokratischen Vertreters zu entscheiden. In der Diskussion äußerte sich Genosse Fikner im Sinne des Referenten. Den Kassenbericht über das 1. Quartal des Vereinsjahres 1903/1904 gab Genosse Böhm. Die Einnahme betrug 52,58 M.; davon zwei Drittel an den Central-Wahlverein = 35,32 M., verbleibt ein Drittel für den Ort von 17,66 M. Die Ausgabe am Orte beträgt 13,11 M., mithin ist der Ortsbestand 4,55 M. Abgeführt wurden 55 Protokoll- und 4,00 M., so daß insgesamt an den Centralvorstand abgeliefert werden konnten 44,82 M. Nach dem Kassenbericht gab Genosse Fikner den Bericht von der Gemeindevorteiler-Sitzung. Das Interfessionale in dieser war, daß vom 1. April 1905 ab Real-Parallelklassen an hiesigen Gymnasien eingerichtet werden. Vorläufig sind 12 Schüler dafür vorhanden. Trotzdem will man aber doch schon vom 1. April dieses Jahres ab diese zwölf Schüler in den unteren Klassen des Gymnasiums unterbringen mit der Maßgabe, daß für das fortfallende Latein Französisch gelehrt werden soll. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorstandes schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Köpenick. Die hiesige Verwaltungsstelle der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am 10. Januar ihre Generalversammlung ab. Dem Bericht der Ortsverwaltung für 1903 ist zu entnehmen, daß die Filiale bei Beginn des Jahres 45 Mitglieder und am Jahres-schluss deren 114 zählte. Der Durchschnittsbefuch der Versammlungen stellt sich auf 29 Personen. Die Kassenverhältnisse sind durch günstige Abgänge der beiden Vergütigen gute zu nennen; für 1904 konnte ein Saldo von 101,85 M. vorgetragen werden. Die Renovation der Verbandsfunktionäre ergab folgendes: Rinkel, Bevollmächtigter, Semrau Kassierer, Gandel Schriftführer, Kauf 2. Bevollmächtigter, Raschewski und Lange Beisitzer. Gewerkschaftsdelegierte: Kauf und Kaufmann. Die Wahl der Revisoren wurde ausgeübt. Zum Kongress sämtlicher im Transport- und Fuhrbetriebe beschäftigter Arbeiter, Obam in Berlin, wurde Kauf als Delegierter bestimmt, als Stellvertreter Rinkel. Die Versammlungen sollen in diesem Jahre bei Adolf Helling, Schönauerstr. 5, stattfinden. Unter Verschiedenem wurden den Webern in Crimmitschau 20 M. bewilligt. Die Zustände in der hiesigen Orts-Krankenliste wurden wieder einer herben Kritik unterzogen.

Der Wahlverein für Britz hielt am 15. Januar seine Generalversammlung ab, in welcher Genosse Stramm einen Vortrag über „Revisionismus“ hielt. Der Vortrag fand reichen Beifall. Aus dem Bericht des Vorstandes über das verfloffene Quartal sei erwähnt, daß 3 Mitglieder, 3 Vorstands-, 5 außerordentliche Vorstands-, 2 Vollversammlungen und 2 Handzeileverbreitungen stattgefunden haben. Der Bericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 208,89 M., die Ausgabe betrug 169,44 M., mithin verblieb ein Bestand von 39,45 M. Zur Aufnahme kamen 5 neue Mitglieder. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden die Genossen Riech, Bogt und Julius Sandmann gewählt. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß die Wählerlisten zur Gemeindevorteilerwahl vom 15. bis 30. Januar ausliegen. Er wies zu gleicher Zeit darauf hin, daß die Genossen, welche keine Zeit haben, die Listen einzusehen, sich zu melden haben bei Weniger, Werderstraße 27, August Ringe, Chausseestr. 38, im Cigarrenladen und bei Juch, Rudowstr. 36.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Januar, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Aula, Kleine Franzstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr vorm. ebendort: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehrke: „Reichthum und Erlösung“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 23. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues König. Opern Theater.
Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Johannisnacht. — Die Schule der Frauen.
Deutsches. Hofe Bernd.
Deutscher. Hofe von Verklungen.
Leffing. Hofentwurf.
Deutscher. Die schöne Helena.
Neues. Der Strom.
Residenz. Der keusche Casimir.
Central. Das Schwalbennest.
Nachmittags 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Berliner.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner Theater.)
Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.)
Uriel Acosta.
Luisen. Der Weichhändler.
Kleines. Nachtstuhl.
Trianon. Madame X.
Carl Weiß. Der Weichhändler.
Nachmittags 4 Uhr: Die sieben Raben.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Gedr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Reichshallen. Stettiner Sängers.
Casino. Wie einst im Mai. Die Wenzel.
Winter-Garten. Elora. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage-Theater. Entauptung. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Der Erdball als Träger des Lebens.
Nachmittags 4 Uhr: An den Seen Oberitaliens.
8 Uhr im Hörsaal: Prof. Dr. C. Müller: Die Vorgänge der Wasserbewegung und die Ursachen der Wasserbewegung in der Pflanze.
Invalidenkroche 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
Vorher: Der Kammerjäger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Central-Theater.
Heute zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr jeder Erwachsene ein Kind frei. Jed. Kind einen Extraplatz.
Der gestiefelte Kater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Der Rastelbinder. Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Weichhändler.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Der Weichhändler.
Abends: Keim oder: Genie und Leidenschaft.
Morgen: Der Weichhändler.
Dienstag: Der Sohn der Bildnis.
Mittwoch: Zeitprolog. — Alpenkönig und Menschenfeind.

Residenz-Theater
Direction S. Lautenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
Um 8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem reizenden Ballett **Blütenhochzeit.**
9 1/2 Uhr: Die glänzenden **Januar-Spezialitäten.**
Programm: Selma Brautz. Miss Blanche Sloan. Les Perez. Little Pich. Martin Kettner mit neuen Schlägern. Messiers Biophon und Kosmograph. Neue Bilder-Serie.
Anfang 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Sonntag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen:
Gesinde-Ball.

Metropol-Theater
Durchlaucht Radieschen!
Burlacke Ausstattungsszene mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kochen überall gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Herrit Wien. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Montagabend 8 Uhr:
Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzlow.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Kollege Crampton.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Ehre.
Montagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direction Jean Kron
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Allianzestr. 7/8. Amt VI 288.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der reichste Berliner.
Große Ausstattungsszene in 4 Akten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Krebs.**
Hierauf: Der Raub der Sabinerinnen.

Cirkus Schumann.

Nimmer das Original.
Die phänomenale offene Loop.
Createur Konf. Ancillotti.
Die besten dressierten **25 Löwen** des Herrn Seeth
Dressierte Tiere des Clowm Gontard.
Adolf und Coco, die besten Clowns in Berlin.
Gr. Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.
Babel.

Metropol-Theater.
Heute Sonnabend, den 23. Januar 1904:
Zweiter grosser
Metropol-Theater-Ball.
Anfang 11 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Durchlaucht Radieschen.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
An den Seen Oberitaliens.
8 Uhr im Hörsaal: Prof. Dr. C. Müller:
„Die Vorgänge der Wasserbewegung und die Ursachen der Wasserbewegung in der Pflanze.“
Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen
Herkules-Brüder
Der Indianer-Riese
Mianko Karoo.

ALT-CHINA
Kunst-Ausstellung
LAPZIBER-STRASSE 48
Täglich geöffnet 10-8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachmittags 3 Uhr:
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Elektra.**

Ettablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Am Kaiserhof:
Künstler-Ensemble
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Kasseneröffnung 5 Uhr,
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
In den unteren Sälen:
Görtsch-Konzert und **Vodvierceit.**

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Entauptung
einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schläger:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung:
Die sieben Raben.
Abends 8 Uhr: Schauspiel des überausreichen Bauern-Theaters. Beliebteste Stoffe.
Der Weichhändler.
Morgen nachm. 3 Uhr, Parkett 60 Pf.;
Die Schule des Lebens. Ab. 7 1/2 Uhr:
Die Leni von Oberammorgan.

Bernhard Rose-Theater
Gehlsdörferstr. 58.
Heute: **Keine Vorstellung.**
Morgen Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr:
Ein vornehmer Mann.
Abends 7 Uhr:
Der Lumpensammler von Paris.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang Sonntag, Sonntags: 8 Uhr. 7 Uhr.
„Wieder ein neuer grosser Erfolg!“
lautet die einstimmige Kritik der gesamten Presse über die A. und D. Herrnsfeldsche Kompositur:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ode mit den Autoren in d. Hauptrollen.
Ferner: **Januar-Attraktionen** mit Bendix.
Vorverkauf 11-2 Uhr mittags.

Steidl-Theater
Linien-Oranienburger Thor.
strasse 132
Heute Sonnabend, den 23. Jan., zum letzten und 100. Male:
Der große Cohn.
Kollateraler Erfolg! Neu!
Das teure Vaterhaus.
Dramolett von Felix Steidl.
Montag, den 25. Januar 1904:
1. Steidl-Sänger-Ball.
Ein Volksfest in Ruhbergsdorf.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Gala-Abend.
Die offene Schleife
8 Peter Spring.
Der Foottit-Burkhardt, Schulzeit.
Hr. Martha Mohrke, Schulzeit.
Hr. de Holstein, Schulzeit.
Hr. Richard Sawade
mit seiner berühmten
Tiger-, Löwen- u. Bären-Dressur.
Zum 31. Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

Casino-Theater.
Lothringenstr. 37. Amt 8, Sonnt. 7 1/2.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: **Die Wenzel**
und das brillante Januar-Programm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Der vertauschte Sohn.**

Fröbels Allerlei-Theater
St. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebten **Norddeutsche Sängers.**
Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Entree 30 Pf. Spectre 50 Pf.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags: „Biscotte.“

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit
geschlossen.
Sonntag:
Onkel Bräsig.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Palast-Theater
Burgstrasse 22, früher Foon-Palast.
Heute abend 8 Uhr:
Das Millionemädel.
Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern von Jacobson und Biller.
Kaufmanns-erfolgreicher Spezialitäten.
Morgen nachmittags 3 Uhr:
Elite-Vorstellung.
Othello.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Bedeutende Höhe. Halbe Kassenspreise.
Abends 8 Uhr:
Das Millionemädel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Morgen und folgende Tage: **Das Millionemädel.**

WINTERGARTEN
Neues Programm:
Harry Rochez Händeldressur.
Polk & Collins, Banjo-Virtuosen.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydes Gymnastiker.
Cook u. Clinton Amerik. Kunstschützin.
Moers u. Oms Drahtseilkünstler.
Humorist.
Otto Reutter Meister-Jongleur.
Salerno Pariser Opernsänger.
Annetta Giltart Spanische Tänzerin.
Mile. Oléro „Opiumrausch“.
Therese Komischer Hypnotiseur.
„Karnavalsgeister“ Wiener Ballett.
Biograph.

Reichshallen
Stettiner Sängers.
Anfang: 8 Uhr.
Nachmittags: 7 Uhr.

Sanssouci.
Rottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers
und **Tanzkränzchen.**
Neu! Neu!
Grüneberg, gehn Sie mit nach Sierhaus, Vorzugskarten an allen Wochentagen gültig.
Jeden Dienstag: **Theaterabend.**

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Gorn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, Vater und Großvater, der Berggeschlossener
Karl Pachuntke
am 21. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Charité aus auf dem Charité-Friedhof statt.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Allen Kollegen und Genossen die traurige Nachricht, daß am 21. Januar nach langen, schweren Leiden im 53. Lebensjahre der Berggeschlossener
Karl Pachuntke
verstorben ist.
Wir verlieren in demselben einen ausdauernden, fleißigen Kollegen, der da, wo es galt, Arbeiterinteressen zu vertreten, stets seine Pflicht that.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma
Siemens-Schuckert, Charlottenburger Werk.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Charité aus auf dem Charité-Friedhof statt.

Innungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegelfeder-Innung zu Berlin.
SO. 26, Bademarinstr. 39.
Mit dem 1. Januar 1904 tritt das von den Aufsichtsbehörden unter dem 8. Januar 1904 genehmigte Statut in Kraft.
Die hauptsächlichsten Veränderungen dieses Statuts sind aus nachstehender Aufstellung ersichtlich:
Klasse I. Täglicher Arbeitserdienst 4 M. oder mehr, wöchentlich Beitrag 0,66 M., Eintrittsgeld 1,25 M., Krankengeld pro Tag 1,25 M., Sterbegeld 120 M. Der durchschnittliche Tagelohn ist festgesetzt auf 4,00 M.
Klasse II. Täglicher Arbeitserdienst 2,75 bis 3,99 M., wöchentlich Beitrag 0,54 M., Eintrittsgeld 1,25 M., Krankengeld pro Tag 1,65 M., Sterbegeld 99 M. Der durchschnittliche Tagelohn ist festgesetzt auf 3,30 M.
Klasse III. Täglicher Arbeitserdienst 2,00 bis 2,75 M., wöchentlich Beitrag 0,42 M., Eintrittsgeld 1,00 M., Krankengeld pro Tag 1,25 M., Sterbegeld 75 M. Der durchschnittliche Tagelohn ist festgesetzt auf 2,50 M.
Klasse IV. Täglicher Arbeitserdienst weniger als 2,00 M., wöchentlich Beitrag 0,37 M., Eintrittsgeld 0,75 M., Krankengeld pro Tag 0,80 M., Sterbegeld 48 M. Der durchschnittliche Tagelohn ist festgesetzt auf 1,60 M.
Der Vorstand.
3. A.: 11725
Gustav Hördorf, Wilh. Hirschfeld, Vorsitzender, Schriftführer, N.-Platzstr. 13, I. SW., Johannestr. 24 L.

Borstenbergische Sterbekasse No. 31.
gegründet 1845, hält ihre regelmäßige Versammlung an jedem ersten Sonntag im Monat, nachmittags von 4-7 Uhr, im Kaiserhof **Käferstraße 13, Restaurant Sommer.** Männer und Frauen, welche gesund sind und das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben, können dorthin Aufnahme finden.
11665
Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr, findet die **Generalversammlung** statt.
Näheres beim Kassenschriftführer
C. Wünsche, Käferstraße 65.

WUK
Bouillon-Kapsel
Einzig in Qualität und Wohlgeschmack. Nur heisses Wasser aufgießen! Das billigste und vollkommenste Präparat. Eine Tasse feinstes Kraft-Bouillon kostet nur **5 Pfennig.** Jede WUK-Kapsel soll ein Pionier des vorzüglichen WUK-Kraft-Extrakt in Töpfen (1/2 Pfund 65 Pf.) und Flaschen (für 15 Portionen 50 Pf.) sein und wird deshalb so billig abgegeben. Man verlange ausdrücklich **WUK-Bouillon-Kapseln.**
Überall erhältlich.
General-Depot für Berlin und Vororte: Berlin N., Fennstr. 43. Fernspr. II, 1226.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ude Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli, Georg u. Popl Wagner, Bertolotti-Millardo-Renas.
Zum Schluß: **S. B.** Zum Schluß Zeitomödie mit Gesang.
Nach der Vorstellung: **Mittwoch, Sonnabends u. Sonntags: Tanz.**

Socialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauer
Fritz Herkt
(11. Bezirk)
verstorben ist.
Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/3
Der Vorstand.

Centralverband d. Maler, Lackierer, Anstreicher und verwand. Berufe Filiale Rixdorf.
Am 18. Januar verstarb unser Mitglied
Max Benicke
an der Proletarier-Krankheit.
Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus statt.
Jahresbeitrag 2 Mark.
Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Maler, Lackierer, Anstreicher und verw. Berufe (Hilfskassa 71). Filiale Rixdorf.
Am 18. Januar verstarb unser Mitglied
Max Benicke
an der Proletarier-Krankheit.
Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus statt.
Jahresbeitrag 2 Mark.
Der Vorstand.

Sängerverein Norddeutsche Schleife.
Am 18. Januar wurde unser Sangesbruder
Max Benicke
nach langen Leiden durch den Tod erlöst. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
J. A.: Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher.
Am Mittwoch, den 20. Januar, verstarb unser Mitglied
Max Kosio
im Alter von 38 Jahren.
Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Pius-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt.
169/3
Die Ortsverwaltung.

Verein deutscher Schuhmacher.
Am Mittwoch, den 20. d. M., verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied
Julius Arndt
im Alter von 40 Jahren.
Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Bartholomäus-Gemeinde in Weichensee aus statt.
169/4
Die Ortsverwaltung.

Küpenick.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere innig geliebte Tochter
Klara
im Alter von 9 Jahren infolge Erkrankung gestorben ist. Dies zeigen schmerzhaft, um stille Teilnahme bittend, an
Familie Ad. Helling.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Schönfelderstr. 10, aus statt.

Stoff-Reste
für Herrenanzüge, Paletots usw.
spottbillig.
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Rosstrasse 2
Koch & Seeland.

